

Politische Korrektheit
nun auch im Fußball Seite 3



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 33 – 16. August 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Krach auf dem Balkan
Schließung der Balkanroute
entzweit Bosnien und
Kroatien immer mehr **2**

Deutschland

Nun auch im Fußball
Die Politische Korrektheit
greift immer weiter
um sich **3**

Hintergrund

Politiker schüren Ängste
Establishment nutzt Kampf
gegen Terrorismus zur Um-
setzung politischer Ziele **4**

Preußen / Berlin

Grüne Verkehrswende
Berlins Innenstadt soll
ab 2030 für Verbrenner
tabu sein **5**

Ausland

Zunehmend eine Farce
Beitrittsgespräche der EU
mit Balkanstaaten **6**

Kultur

»Spatz« in Museumshand
Museum der Bayerischen
Geschichte eröffnet **9**

Geschichte

Horrorszenario der Rache
Henry Morgenthau Plan
für Deutschland **10**



Verkehrte Welt: Während US-Soldaten in Deutschland stationiert sind, verteidigen deutsche in Kundus US-Interessen

Bild: pa

Politik der Missachtung

Washington glaubt, Deutschland mit Truppenabzug drohen zu können

Die wiederholte und fast schon ultimative Forderung des US-Präsidenten Donald Trump, Deutschland solle für seine Verteidigung mehr Geld ausgeben, geht ins Leere. Denn Deutschland ist nicht bedroht, auch nicht von Russland, aus dem die NATO einen „Gottseibeius“ macht.

Deutschland soll nach Auffassung der US-Regierung mehr Geld für die verschiedenen Kriege der USA und der NATO ausgeben. Ginge es tatsächlich nur um Deutschlands Verteidigung, so wäre der Finanzaufwand von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts durchaus genug. Kurz vor seiner geplanten Europareise ließ Trump in dieser Sache wieder seinen Botschafter in Berlin von der Kette, Richard Grenell, bekannt für seine Unhöflichkeit, die oftmals an das Gehabe eines Kolonialoffiziers erinnert. Grenell erklärte, es sei „wirklich beleidigend“, dass dem US-Steuerzahler die Ko-

sten für die Stationierung von angeblich 50 000 US-Soldaten in Deutschland aufgebürdet würden, wobei er noch einen neidischen Hinweis auf Deutschlands Handelsüberschuss folgen ließ. Was den deutschen Steuerzahler die US-Militärpräsenz hierzulande kostet, wird in Grenells Rechnung nicht berücksichtigt.

Hilfe bekommt der US-Botschafter von seiner Kollegin in Warschau, Georgette Mosbacher. Sie sagt, Polen erfülle seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber der NATO im Gegensatz zu Deutschland und sie würde es begrüßen, wenn US-Truppen aus Deutschland nach Polen verlegt würden. Das entspricht auch dem Wunsch der Regierung in Warschau, die schon länger um mehr US-Präsenz wirbt und dafür den Bau eines „Fort Trump“ vorgeschlagen hat.

In Washington scheint tatsächlich die Meinung zu herrschen, ein US-

Truppenabzug aus Deutschland müsse hier als Drohung wahrgenommen werden. Bei einer seiner Mahnungen nach mehr Geld setzte Trump kürzlich unter anderem in Rechnung, dass ein Land auch für die „Ehre“ zahlen müsse, US-Truppen auf seinem Boden zu „beherbergen“. Überlegungen dieser Art entsprechen dem Bewusstsein von der Erwähltheit Amerikas und der Amerikaner, die mitfinanzieren zu dürfen jedem Partner zu Ruhm und Freude gereichen soll.

Unklar ist, in welchem Maße man das in Europa und speziell in Deutschland auch so sieht. Nimmt man einmal nicht die Regierungslinie zum Maßstab, sondern die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung, so spricht eine klare Mehrheit gegen jegliche militärische Abenteuer. Fast meint man, man sei der gewesenen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen noch dafür Dank schuldig,

dass sie die Bundeswehr in weiten Teilen ruiniert hat, sodass es allein vom Technischen her gar nicht möglich ist, das deutsche Militär noch weiter in die Welt ausschwärmen zu lassen. Jüngstes Beispiel, das schon im Vorfeld für Unmut sorgt, ist der geplante Marine-Einsatz der NATO im Golf von Oman, an dem sich Berlin nicht beteiligen will, vor allem, weil es an die letzten Grenzen der Kapazität geht.

US-Präsident Trump ist so wenig Diplomat wie sein Botschafter in Berlin. Doch beide beherrschen die Technik, durch diplomatische Mittel ihre Missachtung auszudrücken. Trump tut das dadurch, dass er bis heute noch zu keinem Staatsbesuch in Berlin erschienen ist. Einen Truppenbesuch in Ramstein im vergangenen Dezember hat er im Vorfeld in Berlin nicht einmal ankündigen lassen. Doch Ramstein ist für Trump ohnehin US-Hoheitsgebiet. Florian Stumfall

THOMAS W. WYRWOLL:

Falsche Hitze

Ohne Zweifel haben wir in der letzten Zeit in Deutschland wie in weiten Teilen Europas eine Rekordhitze erlebt. Allenthalben wurden die Temperaturen überboten, die in den letzten ein bis zwei Jahrhunderten gemessen worden waren. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) will uns darüber hinaus mit einem neuen Höchstwert ausgerechnet aus dem Emsland beglücken. 42,6 Grad wurden dort von einer Messstation bei Lingen angezeigt. Allerdings ist gerade dieser Wert fehlerhaft. Der Messort liegt nämlich in einer Senke, in der sich die Hitze von Natur aus staut – neben einem Parkplatz, auf dem die dort abgestellten Pkw nochmals mehr Hitze sammeln und in ihre Umgebung abstrahlen. Damit entspricht der hier gemessene Wert eindeutig nicht mehr dem Normwert, um den es bei den Erhebungen laut international maßgeblichen Vereinbarungen geht.

Der DWD ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Dass der DWD als Bundesoberbehörde und nationaler ziviler meteorologischer Dienst der Bundesrepublik Deutschland den falschen Wert von Lingen anerkennt, ist eine höchst zweifelhafte Entscheidung. Sie wird vermutlich nicht zuletzt mit der politischen Anforderung von „Belegen“ zur Begründung für den vor allem in Deutschland verfolgten „Klimaschutz“ zu tun haben. Das Klima ändert sich, aber wenn man diese Tatsache zum wiederholten Mal mit falschen Aussagen und manipulierter „Wissenschaft“ glaubt untermauern zu müssen, merkt der Bürger nur allzu rasch, dass ihm die Politik hier etwas vorspielt – und es ihr dabei am allerwenigsten um eine „Klimaretterung“ geht.

Immigrationsdruck auf Italien und Spanien nimmt ab

Immer weniger Asylsucher wagen die gefährliche Passage über das Mittelmeer – Griechenland wird Ziel illegaler Einwanderer

Die täglichen Meldungen über blockierte sogenannte Rettungsschiffe und ertrunkene Immigranten sowie der Streit über die europäische Zuwanderungspolitik scheinen auch in Nordafrika angekommen zu sein. Immer weniger Asylsucher wagen angesichts dieser Meldungen den gefährlichen Sprung in die Schleuserboote. In den ersten sechs Monaten wurden nur noch etwa 30 000 Immigranten an den südeuropäischen Mittelmeerküsten registriert.

Das ist gut ein Drittel weniger als im Vergleichszeitraum 2018 und der niedrigste Stand seit fünf Jahren. Auch die Zahl der bekannt gewordenen Todesfälle im Mittel-

meer ging stark zurück. Bis zum 3. Juli starben nach der Statistik 681 Menschen bei dem Versuch, Europa per Boot zu erreichen. 2018 waren im gleichen Zeitraum noch 1414 Tote erfasst worden.

Der Rückgang wird vor allem mit der restriktiven Asylpolitik in Italien und Spanien begründet. Die Ankünfte in Italien, dem bisherigen Haupttransitland, haben sich 2019 auf 2800 reduziert, im ersten Halbjahr 2018 waren es noch knapp 17 000. Die meisten Ankünfte über den Seeweg werden derzeit noch in Griechenland und Spanien registriert. Auch in Spanien reduzierte sich die Zahl der Ankünfte im ersten Halbjahr um ein Drittel von 15 000 im Jahr

2018 auf 10 000 im laufenden Jahr.

Italien sperrte seine Häfen für private sogenannte Rettungsschiffe und schloss bereits 2017 mit dem Bürgerkriegsland Libyen ein Kooperationsabkommen. Teil des von der EU unterstützten Abkommens ist, dass möglichst viele Boote von der libyschen Küstenwache abgefangen und zurückgeschleppt werden.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) griffen die Libyer im ersten Halbjahr etwa 3700 Personen im Mittelmeer auf. Auch Spanien, das nach der Regierungsübernahme durch die Sozialisten im Jahre 2018 Haupttransitland für

Zuwanderer nach Europa geworden war, verschärfte dieses Jahr wieder seine Zuwanderungspolitik. Nach dem Vorbild des italienisch-libyschen Abkommens vereinbarte es mit Marokko eine enge Zusammenarbeit beim Kampf gegen die irreguläre Einwanderung. Die Marokkaner wollen seit Jahresbeginn vor der Küste bereits die Reise von 40 000 Personen nach Europa verhindern haben. Dafür wurden Rabat von der EU Finanzhilfen und Ausrüstung für den Grenzschutz zugesagt.

Durch die Abnahme des Immigrationsdrucks auf Spanien wie Italien wurde Griechenland wieder zu jenem EU-Land, in dem

die meisten Boote ankommen. Seit Januar wurden dort nach IOM-Angaben knapp 14 000 Ankömmlinge gezählt. Das sind etwa so viele wie im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2018. Damit ist Griechenland weit von jenen 850 000 entfernt, die 2015 ankamen, bevor sie nach Deutschland weiterzogen.

Im Jahre 2016 hatte die EU den sogenannten „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei geschlossen, der die Zahl der Ankünfte an den griechischen Küsten stark reduziert hat. Griechenlands neuer konservativer Premier Kyriakos Mitsotakis möchte jetzt ebenfalls, wie zuvor schon Italien und Spanien, die Zuwanderungspolitik

wieder unter nationale Kontrolle bringen und weiter verschärfen.

Die offiziellen Zahlen sind jedoch mit großer Vorsicht zu genießen. Von den in Deutschland noch immer jährlich etwa 180 000 neu registrierten nicht europäischen Asylsuchern geben die meisten weiterhin an, über den Landweg eingereist zu sein. Das heißt, sie müssten übers Mittelmeer gekommen sein, wenn sie aus Asien und Afrika stammen. Aber so viele, wie in Deutschland eingereist sind, wurden gar nicht an allen Mittelmeerküsten zusammen registriert. Das legt den Verdacht nahe, dass die Mittelmeerländer weiter mit den Zahlen tricksen. Bodo Bost

MELDUNGEN

Jugendliche
weniger arbeitslos

Brüssel – Die Jugenderwerbslosenquote in der EU ist von 23,7 Prozent im Jahr 2013 kontinuierlich auf 15,2 Prozent im vergangenen Jahr gesunken. Waren 2013 noch 5,6 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren erwerbslos, galt dies im vergangenen Jahr noch für gut 3,4 Millionen. Die höchste Jugenderwerbslosenquote unter den EU-Mitgliedstaaten wies im vergangenen Jahr Griechenland mit 39,9 Prozent (2013: 58,3 Prozent) vor. Spanien mit 34,3 Prozent (2013: 55,5 Prozent) und Italien mit 32,2 Prozent (2013: 40 Prozent) auf. Die niedrigste Jugenderwerbslosenquote verzeichnete im Jahr 2018 Deutschland mit 6,2 Prozent (2013: 7,8 Prozent), gefolgt von Tschechien mit 6,7 Prozent (2013: 19 Prozent) und den Niederlanden mit 7,2 Prozent (2013: 13,2 Prozent).

J.H.

Neue Führung
der Orthodoxie

Istanbul – Der Heilige Synod des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel hat zwei zentrale Ämter der weltweiten Orthodoxie mit ausgewiesenen Gefolgsleuten des Patriarchats besetzt: Als Nachfolger des erst nach vehementem Druck aus Istanbul zurückgetretenen Demetrios wurde der vom Bosphorus stammende bisherige Metropolit von Bursa, Elpidophoros, neuer „Erzbischof von Amerika“, während der bisher in Estland tätige kretische Bioethiker Makarios als Nachfolger des verstorbenen Stylianos nun als „Erzbischof von Australien“ fungiert. Durch die Vernichtung großer Teile des früheren Griechentums in Kleinasien und die Vielzahl griechischer Auswanderer nach Übersee bilden die beiden angelsächsischen Erzeparchien, insbesondere die amerikanische, inzwischen die mit Abstand größten und reichsten Kirchenprovinzen des Patriarchats. Die Wahl Elpidophoros' erfolgte gegen den ausdrücklichen Wunsch der völlig übergangenen amerikanischen Kirchenleitung aus dem Phanar heraus, und es bleibt abzuwarten, ob die selbstbewussten Amerika-Griechen einen solchen Affront wirklich hinnehmen werden. Der an der Universität Bonn promovierte Hoffnungsträger der Istanbul Kirchenleitung besitzt offenbar einen nachrichtendienstlichen Hintergrund und war ursprünglich für einen Einsatz im arabischen Raum auserkoren. In den letzten Jahren stützte er maßgeblich die Position des mehr nach US-amerikanischen als nach kirchenrechtlichen Vorgaben regierenden Patriarchen. Er gilt als einer der Hauptarchitekten von dessen Politik einer Ablösung der ukrainischen Kirche von der russischen und als Erfinder der theologischen Losung „Erster ohne Gleiche“, welche die bisher allgemein anerkannte Rolle des orthodoxen Nicht-Papstes als „Erster unter Gleichen“ ablösen soll. Nach einer Zeit als Sekretär des Heiligen Synods bestimmte man Elpidophoros unter anderem zum Abt des Dreifaltigkeitsklosters auf der Insel Chalki und später zum Rektor der Theologischen Hochschule des Patriarchen. Sollte er seine Position in Amerika nicht halten können beziehungsweise „strategisch ersetzt“ werden, dürfte er wahrscheinlich die Leitung des für die Orthodoxie zentralen, aber vom türkischen Staat 1971 geschlossenen Theologischen Seminars auf Chalki übernehmen, dessen Wiedereröffnung sich zunehmend andeutet.

T.W.W.

Entzweit wegen der Asylantenflut

Schließung der Balkanroute macht Bosnien und Kroatien immer mehr zu Gegnern

Die Asylgestrandeten und wieder zunehmende illegal Reisende auf der Balkanroute haben jetzt zu einem handfesten diplomatischen Streit zwischen Kroatien und Bosnien geführt.

Kroatiens Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic hat mit angeblichen Aussagen über Bosnien einen Eklat im Nachbarland ausgelöst. Bei einem Besuch in Israel soll Grabar-Kitarovic bei einem Treffen mit ihrem israelischen Amtskollegen Reuven Rivlin Bosnien als „instabil“ und unter Einfluss von „militantem Islamismus“ stehend beschrieben haben. „In mancher Hinsicht soll Bosnien von Menschen, die mit dem Iran und terroristischen Organisationen verbunden sind, übernommen worden sein“, soll sie gesagt haben. Die Zeitung „Jerusalem Post“ hatte über Details des Gesprächs, das hinter verschlossenen Türen stattfand, berichtet, ohne Quellen zu nennen. Gegenüber kroatischen Medien betonte die Präsidentin jedoch, das „absolut nicht“ gesagt zu haben.

Bereits 2016 sorgte die kroatische Präsidentin mit Aussagen, wonach tausende IS-Kämpfer nach Bosnien zurückkehren würden, für Empörung im Nachbarland. Beide Male reagierte die bosnische Staatsspitze empört, darunter auch das kroatische Mitglied der dreiköpfigen Staatsführung, Zeljko Komisc. Der kroatische Botschafter in Bosnien wurde ins Staatspräsidium zitiert.

Hintergrund des jetzigen Konfliktes ist ein auf die Schließung der Balkanroute 2016 zurückzuführender Vorgang, der die beiden Länder immer mehr zu Gegnern macht. Damals waren in Bosnien besonders viele Asylsucher von der durch den damaligen österreichischen Außenminister Sebastian Kurz veranlassten plötzlichen Schließung der von Angela Merkel ein Jahr zuvor geöffneten Route überrascht worden. Viele dieser in Bosnien gestrandeten Pakistanis, Iraner und Araber, die eigentlich



In BiHac gestrandet: Asylsucher in einem Camp der Internationalen Organisation für Migration

Bild: action press

aus der Mittelschicht ihrer Herkunftsländer stammten und für die Reise schon im Voraus bezahlt hatten, waren jetzt mittellos. Seither irren sie in Bosnien entlang der langen Grenze zu Kroatien hin und her, um ein Schlupfloch zu finden, um auf eigene Faust ohne Schleuser nach Mitteleuropa zu kommen. Viele wurden schon mehrmals erwischt und dann von kroatischen Grenzbeamten, manchmal auch unsanft, wieder bei Nacht über die Grenze nach Bosnien zurückverfrachtet. Menschenrechtsaktivisten haben sich solcher Fälle bereits angenommen.

Viele dieser an die Zehntausend gehenden muslimischen Asylgestrandeten haben vor allem in der einstigen muslimischen Enklave um die Stadt BiHac im Norden von

Bosnien eine Bleibe gefunden, wo sie von der Bevölkerung massiv unterstützt werden. Einige der Asylgestrandeten haben bereits dort geheiratet und sich endgültig niedergelassen, aber ein Teil strebt weiter nach Deutschland. Von dort aus organisieren diese Asylgestrandeten jetzt mit Hilfe von Menschenrechtsaktivisten ihre Aktionen gegen Kroatien, das sich als guter Grenzschützer bewähren will, weil es den Beitritt zum begehrten Schengen-Raum innerhalb der EU anstrebt. Kroatien schützt also quasi gegenüber Bosnien bereits eine EU-Außengrenze. Anders als Griechenland oder Italien wird es allerdings kaum von der EU dabei unterstützt.

Kroatien fordert von Bosnien, wo diese Asylgestrandeten seit vier

Jahren illegal ohne jegliche Perspektive leben, diese in ein ordentliches Asylverfahren zu nehmen oder aber auszuweisen. Beides lehnt Bosnien, das nicht Mitglied der EU ist, ab, weil es mit Kosten verbunden ist. Bosnien seinerseits wirft den südlichen Nachbarstaaten Serbien und Mazedonien vor, ihren Grenzschutz zu vernachlässigen und weitere Asylsucher nach Bosnien weiterreisen zu lassen, so sich diese dann vor den Toren der EU stauen.

Seit dem Zerfall Jugoslawiens ist der Balkan durch die große Anziehungskraft des deutschen Asylrechts zur großen Durchzugsregion für Asylsucher aus ganz Asien und Afrika geworden. In manchen Ländern haben sich ganze orientalische Dörfer auf dieser Reise nieder-

gelassen und vermehren so heute das Völkergemisch der einst in der Völkerwanderung aus einem ganz anderen Völkergemisch entstandenen heutigen Balkanstaaten. In Albanien sind so bereits einige iranische Dörfer neu entstanden, im muslimischen Teil Bosniens gibt es heute in vielen Orten arabische Minderheiten, einstige Asylsucher, die auf dem Weg sich mit Einheimischen vermischt und niedergelassen haben.

Andere Araber kamen als radikalislamische Prediger aus Saudi-Arabien und haben sich in Bosnien mit ihren salafistischen Jüngern niedergelassen. Darauf hatte sich die kroatische Präsidentin bei ihren jetzt öffentlich gewordenen vertraulichen Gesprächen in Israel bezogen.

Bodo Bost

Unsinnig und unsozial

Vieles spricht gegen die Idee einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Fleisch

Eigentlich können die Grünen die blutige Nase, die sie sich 2013 mit ihrer Forderung nach einem „Veggie day“ (einem vegetarischen Tag) geholt haben, nicht vergessen haben. Nachdem nun Gras über die Sache gewachsen ist, legen sie in ihrem Feldzug gegen den Fleischkonsum nach und fordern eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf Fleisch von derzeit sieben auf 19 Prozent. Doch während sie mit ihrem „Veggie day“ von den anderen Parteien noch Spott und Empörung geerntet haben, zeigen sich zumindest SPD und Union dem Griff in die Tasche der Verbraucher gegenüber aufgeschlossen.

Das ist auch kein Wunder, denn mit der „Fleischsteuer“ würde der Staat angesichts des Volumens der Fleischbranche ordentlich Kasse machen. Den in der vergangenen Woche vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen zufolge wurden in den ersten sechs Monaten 2019 in den gewerblichen Schlachtbetrieben in Deutschland 29,4 Millionen Schweine, Rinder, Schafe, Ziegen und Pferde geschlachtet. Einschließlich des Geflügels produzierten die Schlachtbetriebe 3,9 Millionen Tonnen Fleisch.

Eigentlich müssten die Grünen das mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, denn das ist weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Fleischherzeugung nahm nämlich um

rund 2,6 Prozent beziehungsweise 102.700 Tonnen ab. Die aus gewerblichen Schlachtungen erzeugte Schweinefleischmenge war im ersten Halbjahr 2019 mit 2,6 Millionen Tonnen um gut 100.000 Tonnen und damit 3,7 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Mit 27,2 Millionen Schweinen wurden 1,2 Millionen Tiere weniger geschlachtet. Die Rinderschlachtungen beliefen sich auf 1,6 Millionen Tiere und nahmen somit um 21.300 Tiere oder 1,3 Prozent gegenüber den ersten sechs Monaten 2018 ab. Durch höhere durchschnittliche Schlachtgewichte stieg die erzeugte Rindfleischmenge aber um 0,7 Prozent auf insgesamt 543.300 Tonnen. Außerdem wurden rund 786.800 Tonnen Geflügelfleisch produziert. Dies entspricht einem Rückgang um 0,7 Prozent oder 5300 Tonnen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Schweinefleisch hatte mit rund 65,8 Prozent den größten Anteil an der gewerblichen Fleischherzeugung. Darauf folgten Geflügelfleisch mit 20 und Rindfleisch mit 13,8 Prozent. Schaf-, Ziegen- und Pferdefleisch machten zusammen lediglich einen Anteil von etwa 0,3 Prozent an der Gesamtproduktion aus.

Das viele Geld, das der Staat durch eine Mehrwertsteuererhöhung auf Fleisch einnehmen würde, soll „zweckgebunden für mehr

Tierwohl“ eingesetzt werden. Das wollen zumindest die Grünen, und auch damit könnten sich SPD und Union anfreunden. Die Idee einer zweckgebundenen Fleischsteuer stammt allerdings nicht von den Grünen, sondern vom Umweltbundesamt. Das hat Fleisch und andere Tierprodukte schon lange als besonders „klimaschädlich“ ausgemacht und daher im Jahre 2017 angeregt, „Mehreinnahmen aus der Konsumsteuer im Kampf gegen den Klimawandel“ zu verwenden.

Zum Thema Fleisch und Klimawandel haben sich auch andere „Experten“, nämlich die vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, geäußert – allerdings ziemlich unqualifiziert, wie der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, meint. „Wenn ein hochrangiger Mitarbeiter behauptet, durch Reduzierung der angeblich klimaschädlichen Wiederkäuer würden Flächen für den Anbau von Lebensmitteln frei, so ist das schlicht falsch“, meint Bauernbund-Vorstand Ulf Simon, der dem Institut die Seriosität abspricht.

Dass die Beweidung von Grünland durch Rinder und Schafe der Menschheit im Gegenteil zusätzliche, für die Lebensmittelproduktion sonst nicht nutzbare Nahrungsquellen erschließt, weil nur diese Tiere durch ihr Verdauungs-

system Gras verwerten könnten, sei „landwirtschaftliches Grundwissen“. Der offensichtliche Fehler des Instituts wiege umso schwerer, als er „im Kontext eines Bedrohungsszenarios für das Weltklima“ geäußert werde, das den Emissionen von Wiederkäuern besondere Bedeutung beimesse. Ohne Kühe und Schafe würde der Grasaufwuchs vermodern und aus den Zersetzungsprozessen würden ebenso Treibhausgase aufsteigen, wie sie jetzt von den Tieren in die Atmosphäre abgegeben würden. Zudem würden ohne Nutzung des Grünlandes Millionen Menschen verhungern.

Die umgangssprachlich Mehrwertsteuer genannte Abgabe, die steuerfachlich korrekt Umsatzsteuer heißt, ist der Höhe nach die bedeutendste staatliche Einnahmequelle. Dennoch entschied sich der Gesetzgeber im Jahre 1968 bei ihrer Einführung in ihrer heutigen Form, auf einen Teil der Steuereinnahmen zu verzichten, indem er für bestimmte Umsätze einen ermäßigten Steuersatz festlegte. Damit wollte er sicherstellen, dass Dinge, die zum menschlichen Grundbedarf gehören, für jeden erschwinglich bleiben.

So fällt beispielsweise für Erzeugnisse aus der Land- und Forstwirtschaft, Futtermittel oder Lebensmittel wie Fleisch, Eier und bestimmtes Getreide eben nur der reduzierte Mehrwertsteuersatz an.

Geregelt ist das im Einzelnen in Paragraph 12 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes und der Anlage dazu. Die Auswahl der steuerprivilegierten Produkte ist jedoch in vielen Punkten nicht unbedingt nachvollziehbar.

Den Grünen und ihren Unterstützern von SPD und Union geht es jedoch nicht darum, hier eine längst überfällige Reform einzuleiten, sondern um eine ideologisch motivierte Gängelung der Verbraucher. Den Verbrauchern soll der Fleischkonsum ausgetrieben und gleichzeitig die Staatskasse gefüllt werden. Daran, dass die staatlichen Mehreinnahmen tatsächlich und für immer zweckgebunden für Verbesserungen bei der Nutztierhaltung ausgegeben werden würden, bestehen berechtigte Zweifel.

Da kommt einem unwillkürlich die 1902 eingeführte Schaumweinsteuer, mit der die Kriegsflotte finanziert werden sollte, in den Sinn. Sie wird bis heute erhoben, obwohl des Kaisers Marine seit 100 Jahren Geschichte ist. Damals konnte man den Kritikern der Steuer noch entgegenhalten, dass Sekt kein Grundnahrungsmittel sei und die Steuer nur diejenigen treffe, die sich das Luxusprodukt leisten könnten. Fleisch ist bestimmt kein Luxusprodukt. Eine Fleischsteuer würde Fleisch zu einem Lebensmittel nur noch für Wohlhabende machen.

J.H.

Politik beherrscht das Spielfeld

»Politische Korrektheit« greift auch im Fußball immer weiter um sich – Harmlose Vorkommnisse aufgebauscht

Der Fußball gilt als des Deutschen liebste Nebensache. Doch auch dieser wird zunehmend politisiert, die „Politische Korrektheit“ greift um sich.

Clemens Tönnies gilt als ein mit allen Wassern gewaschener Mann. Der Fleischhändler dirigiert ein Milliarden-Imperium, zudem zieht er seit Jahren beim Fußball-Bundesligisten Schalke 04 die Fäden. In seiner westfälischen Heimat ist er ein gefragter Mann. Vor einigen Wochen trat er vor Mittelständlern auf, dort ging es auch um das Zusammenspiel von Klimaschutz und wirtschaftlicher Entwicklung. Tönnies ist ein Mann fürs Grobe, ein hemdsärmeliger Macher, kein rhetorisches Supertalent. Statt im Kampf gegen den Klimawandel die Steuern zu erhöhen, sagte er, solle man lieber jährlich zwanzig Kraftwerke in Afrika finanzieren. „Dann würden die Afrikaner aufhören, Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn's dunkel ist, Kinder zu produzieren.“ Anwesend war eine Lokalreporterin, das Unheil nahm seinen Lauf.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht sprach von „dumpfem Rassismus“, die DFB-Ethikkommission und der eigene Verein berieten über Konsequenzen. Vorerst muss Tönnies seine Ämter „auf Schalke“ drei Monate lang ruhen lassen. Ob die Affäre damit ausgestanden ist, bleibt offen. War die Tonlage seiner Äußerungen vielleicht missverständlich, in der Sache lag er durchaus nicht daneben. „Die von Tönnies angesprochenen Probleme wie das Verschwinden des Regenwalds und das Bevölkerungswachstum auf dem afrikanischen Kontinent sind real und darüber muss gesprochen und gegebenenfalls kontrovers diskutiert werden“, sagte der Afrika-Beauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke. „Wir müssen uns alle um eine angemessene Sprache bemühen. Jeder sollte sich mit Respekt behandelt fühlen“, sagte der CDU-Politiker an die Adresse Tönnies' gerichtet.

Auch der FDP-Vize Wolfgang Kubicki störte sich allenfalls am Ton, nicht aber am Inhalt: „Die ziemlich drastische Aussage von Clemens Tönnies war nicht nur



Vom Sturm gespielter Entrüstung erfasst: Unternehmer und Fußballfunktionär Clemens Tönnies

Bild: ddp images

zulässig, sondern vielleicht auch notwendig, um auf ein Riesendilemma der selbst ernannten Klimaaktivisten hinzuweisen. Wenn es nicht gelingt – und dies geht nur über Bildung und wirtschaftliche Perspektive –, das Bevölkerungswachstum in den Griff zu kriegen, können wir uns alle Überlegungen zum Erreichen der Weltklimaziele in die Haare schmierem“, sagte der Vizepräsident des Deutschen Bundestags.

Doch das mediale Säbelrasseln brachte dies nicht zum Verstummen. „Trotz aller gegenteiliger Beschwerden ist heute vieles wieder sagbar, auch im Fußball. So wurde Mesut Özil wegen der Erdogan-Fotos nicht nur zu Recht kritisiert, sondern auch rassistisch angefeindet. Und in manchen Stadien hört man schon wieder mal ‚Kanaake‘ und anderes Herrenrassevokabular. Wie man nun weiß, sitzt das Problem auch in den VIP-Lo-

gen“, lamentierte die linksliberale Wochenzeitung „Die Zeit“ in einer Kolumne.

Während Tönnies noch darum bemüht war, seine Ämter zu retten, folgten gleich zwei mehr oder minder aufgebauchte Skandale. Borussia Dortmund, Erzrivale und Dauerkonkurrent der Schalke, hatte im italienischen Trainingslager ein Testspiel gegen Udinese Calcio durchgeführt. Am Mikrofon des Fan-TV: Stadionsprecher Norbert Dickel, ein Ex-Profi, der seit Jahren sein Gesicht für Antidiskriminierungskampagnen des Vereins hinhielt und der frühere Nationalspieler Patrick Owomoyela. Während der Übertragung fiel der Klassiker des antitalienischen Beschimpfungswortschatzes, „Itaker“, genauso, wie ausgerechnet Owomoyela im Tonfall von Adolf Hitler ins Mikro schnarrte: „Große Schlachten, die hier geschlagen werden.“

Beide, so räumten sie hinterher ein, seien „neben der Spur gewesen“, hatten im Vorfeld des Spiels offenbar regionalen Spezialitäten zugesprochen. Obwohl es geradezu grotesk ist, dem farbigen Owomoyela rassistische Tendenzen zu unterstellen, knickte die Vereinsführung ein und zog die Moderatoren vorübergehend aus dem Verkehr. Wohl auch, weil Vereinschef Reinhard Rauball zuvor seine Empörung im Fall Tönnies nicht verbergen konnte.

Empört waren auch die Verantwortlichen des Chemnitzer FC. Kapitän Daniel Frahn wurde Anfang der Woche fristlos gefeuert. Der Angreifer konnte wegen einer Verletzung nicht spielen und sah sich das Auswärtsspiel seiner Mannschaft gegen Halle im Gästeblock an. Nach Angaben des CFC stand der Spieler dort Seite an Seite mit „führenden Köpfen“ der rechten Gruppierung und

der aufgelösten Gruppe NS-Boys und habe seine Sympathie zu diesen „offenkundig zur Schau gestellt“. Dies sei „massiv vereinschädigend“, heißt es in einer Erklärung des Vereins.

Der Klub hatte sich nach den Ereignissen in Chemnitz im Sommer 2018 nach eigenen Angaben dazu verpflichtet, „ein Bollwerk gegen Rechtsradikalismus zu sein“. Seitdem wird eine Null-Toleranz-Politik gefahren. Verantwortlich hierfür ist der Insolvenzverwalter des maroden Vereins, Rechtsanwalt Klaus Siemon, der in Sozialen Netzwerken schon mal dazu aufruft, auf keinen Fall die AfD zu wählen. Mehr als 2000 Facebook-Kommentatoren solidarisierten sich mit Frahn. Einer schrieb: „Hätte er neben einer antifaschistischen Gruppe gestanden, hätten ihn die Medien gefeiert.“

Peter Entinger

MELDUNGEN

Antisemitische Attacke

München – Ein Mann hat einen 53-jährigen Rabbiner und dessen beide 19-jährige Söhne angespuckt und ihnen antisemitische Schimpfworte zugerufen. Die drei Opfer hatten gerade eine Synagoge in Münchens Innenstadt verlassen, als der Täter sie unvermittelt attackierte. Daraufhin begann eine in einem Auto sitzende Frau die Opfer ebenfalls anzuschreien und einen der Jungen anzuspucken. Die Suche nach den beiden Tätern verlief erfolglos. Bereits eine Woche zuvor war Yehuda Teichtal, ein Berliner Gemeinderabbiner und Präsident der chassidischen Gruppierung Chabad-Lubawitsch innerhalb des orthodoxen Judentums, in der deutschen Hauptstadt mit einem seiner Kinder auf der Straße beschimpft und angespuckt worden. J.H.

V-Mann-Einsatz rechtswidrig

Münster – Die Berliner Richterin Anna Luise Decker hält den Einsatz von V-Männern der Polizei für verfassungswidrig. Das ist das Ergebnis ihrer an der Universität Münster angefertigten Dissertation. Darin untersucht sie die Praxis der Zusammenarbeit zwischen privaten Vertrauenspersonen und der Polizei. Das Ergebnis: Anders als beim Einsatz von V-Männern für den Verfassungsschutz und von verdeckt eingesetzten Polizisten gibt es für die Ausforschung von Privatleuten für die Polizei keine gesetzliche Legitimierung. Die Hoffnung auf finanzielle Entlohnung oder Strafnachlass stellten häufig „fragwürdige Einsatzmotive“ der V-Männer dar – aufgrund ihres „kriminologischen Profils“ wiesen viele eine „erhöhte Unzuverlässigkeit“ auf. Und das bei einer Gruppe, die rechtlich als „Verwaltungshelfer“ zu qualifizieren und deren „enorme Eingriffssintensität“ somit dem Staat zuzurechnen sei. Zudem hätten jegliche Aktivitäten der polizeilichen Privatspione „Grundrechtsrelevanz“. J.H.

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft.
Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie: 40 Euro Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Zeitzeugen



Ekkehard Sieker – Der studierte Physiker und jetzige Journalist ist einer der wenigen, die sich innerhalb des etablierten Medienbetriebes noch an heiße Themen heranwagen. In den 1990er Jahren veröffentlichte er gemeinsam mit zwei weiteren Autoren das Buch „Das RAF-Phantom“, in dem die Existenz einer originär linksradikal motivierten dritten Terroristengeneration kritisch hinterfragt wurde. Heute arbeitet er für die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“, die auf die zahlreichen Ungereimtheiten innerhalb des NSU-Komplexes hingewiesen hat.

Yehia Yousif – Der aus Ägypten stammende Mediziner wanderte in den 80er Jahren nach Deutschland ein. Unter dem Kampfnamen Scheich Abu Omar predigte er hier den radikalen Islam. 2002 soll er in Anschläge auf der Insel Bali mit 200 Toten verwickelt gewesen sein. Er gilt als spiritus rector der 2007 aufgeflogenen terroristischen Sauerlandgruppe. Pikant ist, dass Yousif über mehrere Jahre für den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg gearbeitet hat.

Bernd Schmitt – Der 1944 geborene Sporttrainer betrieb in den frühen 1990er Jahren ein Studio in Solingen, in dem Neonazis ideologisch geschult und in asiatischen Kampfkünsten unterwiesen wurden. Zu seinen Schülern gehörten auch vier Jugendliche aus der rechten Szene, die schließlich in einem Indizienprozess für einen Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus verurteilt wurden. Bis heute bestreiten sie allerdings ihre Schuld. Auch Schmitt arbeitete für den Verfassungsschutz und trainierte nebenbei noch Beamte der Antiterrorereinheit GSG 9.

Stephan Lange – Der Gründer und langjährige Deutschland-Chef der seit 2000 verbotenen Neonazi-Truppe „Blood and Honour“ arbeitete ebenfalls für den deutschen Geheimdienst. Die Organisation ist aktuell wieder Gegenstand der Medienberichterstattung, da Stephan E., der mutmaßliche Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, mit ihrer Unterorganisation „Combat 18“ in Kontakt gestanden haben soll.

Thomas Starke – Der im Jahr 1967 geborene ehemalige Fußballrowdy spitzelte schon für die DDR-Behörden. Nach der Wende heuerte er dann beim Berliner LKA als Informant an. Starke war es auch, der Uwe Mundlos in den 1990er Jahren Sprengstoff für mögliche Anschläge besorgte. Als die Polizei 1998 einen Haftbefehl gegen Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt ausstellte, half dieser dem vermeintlichen NSU-Trio beim Unterlaufen und versteckte sie bei Freunden in Chemnitz.

Politiker schüren Ängste

Establishment nutzt Kampf gegen Terrorismus zur Umsetzung politischer Ziele

Schenkt man den Politikern und Medien hierzulande Glauben, so wird unsere Freiheit allerorten von terroristischen Gewalttätern herausgefordert. Auch die aktuellen Geschehnisse um die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke veranlasste nicht wenige Journalisten dazu, sich aus den bisherigen knappen Verlautbarungen der Ermittlungsbehörden ein in Deutschland agierendes rechtes Untergrundnetzwerk zusammenzufabulieren.

Fast drängt sich der Eindruck auf, als käme die Existenz eines solchen Terrorphantoms dem politisch-medialen Establishment so kurz vor den richtungweisenden Wahlen in Mitteldeutschland nicht ungelegen, gilt es doch, den Siegeszug der AfD im Herbst auszubremsen, in dem man sich krampfhaft darum bemüht, eine Verbindung zwischen dem mutmaßlichen Täter und der rechtskonservativen Partei herzustellen.

Doch nicht nur im Inneren, auch außenpolitisch muss der Kampf gegen Terrorismus als Legitimation für allerlei Maßnahmen herhalten. Der größte Teil der laufenden Auslandseinsätze

der Bundeswehr wird direkt oder indirekt mit der Terrorbekämpfung begründet. Die USA stecken, 18 Jahre nach den Vorkommnissen am 11. September 2001, ebenfalls noch tief in ihrem Krieg gegen den Terror. Es gibt daher weltweit viele Stimmen, die den Kampf gegen den Terrorismus nur für vorgeschoben halten. Nicht wenige von ihnen behaupten gar, dass einzelne Staaten selbst erst Untergrundstrukturen aufbauen, um deren Existenz dann als Rechtfertigung für eine Vielzahl eigentlich ganz anders motivierter Maßnahmen herzunehmen.

Dieser Gedanke erscheint nur auf den ersten Blick abwegig, denn sieht man sich die Geschichte näher an, so muss man feststellen, dass der Einsatz terroristischer Gewalt fast nie zu dem angestrebten Ziel führt. Bereits 2008 legte der vom amerikanischen Verteidigungsministerium mitfinanzierte Thinktank Rand Corporation eine Studie zum Ausgang terroristischer Aktivitäten und zum Verbleib der sie tragenden Organisationen vor. Danach

realisierten sich nur bei rund zehn Prozent der von den Autoren identifizierten 648 Terrorgruppen der jüngeren Vergangenheit deren politischen Pläne. Die meisten Gruppen scheitern vollständig, so wie die deutsche RAF oder die französische Action Directe.

Gerade bei kleinen Gruppen, die politische Ziele weitab des politischen Mainstreams verfolgen, drängt sich die Frage auf, warum sie sich des Mittels der Gewalt bedienen sollten, denn die Aussichten auf Erfolg sind nicht nur äußerst mager, sondern häufig führt der Einsatz von Terror genau zum Gegenteil des eigentlich Gewollten.

Die Bundesrepublik der 60er Jahre mag allgemein noch durch einen Geist der Obrigkeitshörigkeit geprägt gewesen sein, zum Überwachungsstaat wurde sie erst durch den Terror von links. Interessant ist in diesem Zusammenhang das dem amerikanischen Geheimdienst CIA zugeschriebene Konzept der Demagnetisierung. Schon in den 50er Jahren

arbeiteten die Amerikaner eng mit italienischen und französischen Geheimdiensten zusammen, um den Einfluss der dortigen kommunistischen Parteien einzugrenzen. Zu diesem Zweck wurden klandestine Gruppen gegründet, die später Anschläge begingen, um sie linken Organisationen in die Schuhe schieben zu können. Auch in Deutschland fingen Linksextremisten erst an zu bomben, als wenige Monate nach der Machtübernahme der Sozialdemokraten Forderungen der Studentenbewegung in die offizielle Politik einfließen und gegenüber Moskau die Zeichen auf Entspannung gestellt wurden. Ob bei der RAF, beim Thüringer Heimatenschutz oder bei der radikal-islamischen Sauerlandgruppe, immer wieder wurden militante Strukturen nicht nur von deutschen Geheimdiensten infiltriert, sondern ihre Mitglieder aktiv zum Einsatz von Gewalt ermuntert und logistisch unterstützt. Andere legal operierende Parteien und Bewegungen aus dem vermeintlich gleichen Lager konnten so in den Dunstkreis des Terrorismus gestellt und schließlich gefügig gemacht werden. Dirk Pelster

Mittel, um Siegeszug der AfD zu bremsen



Gelungene Instrumentalisierung: Demonstration am ersten Jahrestag des NSU-Urteils gegen Rechtsextremismus

Die Grenzen sind fließend

Bürgerkrieg und Terrorismus seit der Französischen Revolution

Der Begriff des Terrorismus, als Herrschaft des Schreckens stammt aus der Französischen Revolution. Hier war es der von Robespierre geleitete Staat, der seine tatsächlichen oder vermuteten Feinde in einer Orgie der Gewalt zu unterdrücken suchte. In seinem heutigen Verständnis entwickelte sich der Terrorismus später im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Zwar hatte es in der Geschichte schon immer Anschläge und Attentate gegeben, jedoch ist es ein wesentliches Kennzeichen von Terrorismus, dass er ideologiegeleitet ist. Erst mit dem Aufkommen moderner politischer Denkschulen, wie etwa dem Anarchismus oder dem Kommunismus, wurden Gewalttäter auch entsprechend inspiriert.

Terroristische Angriffe richteten sich in dieser frühen Periode zunächst gegen die Monarchie als Staatsform und nicht selten sogar

gegen die Person des jeweiligen Herrschers. Teilweise entstammten die Attentäter auch nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Auf den französischen Kaiser Napoleon III. wurden mehrere erfolglose Attentate verübt. Weniger Glück hatte der russische Zar Alexander II., der

Angriffe richteten sich anfangs noch gegen die Monarchie

1881 einem Bombenanschlag der sozialistischen Untergrundorganisation „Narodnaja Wolja“ zum Opfer fiel.

Als nach Ende des Ersten Weltkrieges einzelne Monarchien zusammenbrachen, richtete sich das Instrument des Terrorismus gegen die neuen Machthaber. In der So-

wjetunion überlebte Revolutionsführer Lenin nur schwerverletzt ein Attentat. Auch in dieser historischen Phase des Terrorismus konzentrierten sich Gewalttäter primär darauf, führende Repräsentanten des Staates oder des gegnerischen politischen Lagers anzugreifen. Schon vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte in Teilen der von den europäischen Mächten beherrschten Welt der Prozess der Dekolonisation ein. Nunmehr griffen die Anhänger von Unabhängigkeitsbewegungen verstärkt Einrichtungen der Kolonialmächte an und verübten Attentate auch auf niedrige Funktionsträger. Die Übergänge zwischen Terrorismus und Bürgerkrieg waren teilweise fließend. Die deutsche RAF versuchte mit ihrem Konzept der Stadtguerilla hieran erfolglos anzuknüpfen. Heute dominiert der islamistische Terrorismus die Schlagzeilen. D.P.

Definition von Terrorismus nicht eindeutig

Wer regelmäßig die neuesten Nachrichten studiert, der kommt um die zahlreichen Meldungen zu gescheiterten und erfolgreichen Anschlägen in aller Welt kaum herum. Terrorismus scheint ein nahezu omnipräsentes Phänomen zu sein. Doch noch immer gibt es keine allgemein anerkannte Definition davon, was Terrorismus eigentlich genau ist. Insbesondere von Politikern wird hierüber oft hitzig gestritten. Wer dem einen als Freiheitskämpfer gilt, der kann von dem anderen schnell für einen Terroristen gehalten werden. Und tatsächlich erfolgt eine solche Einstufung durch viele Staaten rein deklaratorisch, das heißt, Terrorist ist demnach, wer einer Gruppe angehört, die zuvor zur Terrororganisation erklärt und auf eine entsprechende Liste gesetzt wurde.

In der Wissenschaft ist man um eine etwas objektivere Einordnung bemüht. Wichtiges Merkmal, um vom Vorliegen von Terrorismus zu sprechen, ist der Einsatz illegaler Gewalt. Besonders kennzeichnend ist, dass

Terroristen wollen das Denken besetzen

die Gewalt vor allem psychische Wirkung auf den Gegner oder gar auf eine Bevölkerung entfalten soll. Anders als etwa irregulären Kämpfern in einem Bürgerkrieg, geht es Terroristen nicht darum, Polizei- oder Armeekräfte militärisch niederzurufen und ein bestimmtes Gebiet zu kontrollieren, sondern vielmehr darum, durch gezielte Anschläge eine einschüchternde Wirkung zu erzielen und auf diesem Weg politische oder religiöse Forderungen durchzusetzen. Terror soll demnach das Denken und nicht den Raum besetzen. Es ist daher von besonderer Bedeutung, dass der Gewalteinsatz eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Der Grund für ein solches Vorgehen liegt zu meist in dem Umstand begründet, dass terroristische Gruppen sehr klein sind und nur über wenige Mitglieder verfügen. Erfolgreiche Attentate sollen daher demonstrieren, dass auch einem qualitativ und quantitativ deutlich überlegenen Gegner empfindliche Schläge beigebracht werden können. D.P.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Soziale Kälte gegen »Klimakrise«

Grüne Verkehrswende für Berlin: Gesamte Innenstadt soll ab 2030 für Verbrenner tabu sein



Sieht so die Zukunft der deutschen Hauptstadt aus? Die sonst dicht befahrene Leipziger Straße in Berlin-Mitte

Bild: Imago Images/snapshot

Auf einer mehrtägigen Sommerklausur in Prag haben die Abgeordneten der Berliner Grünen-Rathausfraktion ein Programm beschlossen, um den sogenannten Klimaschutz zu forcieren. Insbesondere eine Forderung hat das Potenzial, innerhalb der rot-rot-grünen Koalition für Krach zu sorgen.

Nach den Vorstellungen der Grünen-Fraktion soll Berlins Innenstadt bereits ab dem Jahr 2030 zu einer „Zero Emissions Zone“ werden, in die dann keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr fahren dürfen. Innerhalb des S-Bahn-Rings der deutschen Hauptstadt würden dann nur noch Wagen mit Elektroantrieb erlaubt sein. Zur Begründung führen die Grünen an, der diesjährige Sommer zeige, dass der „Klimanotstand“ längst Realität sei. „In Berlin sind die Auswirkungen der Klimakrise genauso offenkundig wie drastisch“, so die Fraktion in einer Mitteilung zu den Klausurbeschlüssen.

Wird die Forderung nach einer „Null-Emissions-Zone“ tatsächlich bis zum Jahr 2030 umgesetzt, kann dies die weitgehende Abschaffung des Autoverkehrs in der Berliner Innenstadt bedeuten. Nicht zuletzt wegen der wesentlich höheren Anschaffungskosten fristen E-Autos in Berlin bislang nur ein Nischendasein. Die Statistik weist für das Land derzeit lediglich 2713 Pkw mit Elektroantrieb aus. In

ganz Berlin sind jedoch 1,21 Millionen Personenwagen zugelassen.

Vom Fahrverbot für Autos mit Verbrennungsmotor wären allerdings nicht nur die Berliner betroffen. Laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg führen zwischen Mitte 2016 und 2017 täglich fast 300.000 Menschen aus dem Umland zur Arbeit nach Berlin oder umgekehrt. Der ADAC schätzt, dass rund zwei Drittel dieser Berufspendler mit dem Auto unterwegs sind.

Zumindest den beiden Koalitionspartnern scheint die Brisanz der Grünen-Klausurbeschlüsse bewusst zu sein. Kristian Ronneburg, verkehrspolitischer Sprecher der Linkspartei, warnte im Zusammenhang mit den Plänen der Grünen vor einem „massiven sozialen Problem“: „In einer Zero Emission Zone könnten nur diejenigen fahren, die sich ein teures E-Auto leisten können.“

Ähnliche Befürchtungen zur Gefahr einer sozialen Schieflage sind aus SPD und Linkspartei zum Thema City-Maut zu hören. Nach dem Vorbild von Städten wie Stockholm wollen die Grünen den Autoverkehr in der Innenstadt über eine Gebühr zurückdrängen. Auch hier sieht Tino Schopf, verkehrspolitischer Sprecher der SPD, die Gefahr, dass „sich am Ende Wohlha-

bende die Fahrt in die Innenstadt leisten können und der Normalverdiener das Nachsehen hat“.

Die Vorstellungen der Grünen bergen noch ein weiteres Risiko. Insbesondere zu den Stoßzeiten des Berufsverkehrs sind Busse und Bahnen in Berlin kaum in der Lage, sehr viel mehr Menschen zu befördern als derzeit. Berlins öffentlicher Personennahverkehr, aber auch viele Regionalzüge mit Pendlern, agieren schon jetzt an der Belastungsgrenze.

Der Ausbau des Verkehrssystems benötigt wiederum Zeit und viel Geld. Bereits im Frühjahr hat der Senat einen „Nahverkehrsplan 2019-2023“ beschlossen, der die Entwicklung bis zum Jahr 2035 vorzeichnen soll. Innerhalb von 15 Jahren will der Senat etwa 28 Milliarden Euro in die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), die S-Bahn, für Regionalbahnverbindungen, neue Fahrzeuge und auch in die Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrssystems investieren.

Hinter der beeindruckenden Investitionssumme verbergen sich mehrere kritische Punkte: Berliner, Pendler und Touristen werden von vielen Verbesserungen im öffentlichen Verkehrssystem oft erst in vielen Jahren profi-

tieren. Unter Berufung auf einen „Klimanotstand“ scheint das Bestreben der Berliner Grünen aber darauf abzielen, herkömmliche Autos möglichst schon in den nächsten Jahren aus der Innenstadt zu verdrängen.

Zudem geht der Senat davon aus, dass die erheblichen Haushaltsmittel für die Ertüchtigung des Systems selbst erwirtschaftet werden. Die Suche nach zusätzlichen Einnahmequellen läuft bereits seit längerer Zeit. Von ihrer Prager Sommerklausur brachte die Grünen-Fraktion nicht nur die Forderung nach einer City-Maut mit. Nach den Vorstellungen der Grünen soll künftig auch eine Nahverkehrsabgabe für Berlin-Touristen dabei helfen, die steigenden Kosten für den öffentlichen Nahverkehr zu stemmen. Bereits seit dem Jahr 2014 zahlen Touristen in Berlin über ihre Hotelrechnung fünf Prozent des Netto-Preises ihrer Unterkunft als kommunale Abgabe.

Ein Pflicht-Ticket für Berlin-Besucher ist möglicherweise nur ein Einstieg. Schon in ihrem Programm für die jüngste Wahl zum Abgeordnetenhaus haben sich die Berliner Grünen für ein „Bürgerticket“ ausgesprochen. Ähnlich wie beim System der Rundfunkgebühren müsste dann jeder Berliner für den öffentlichen Nahverkehr bezahlen, egal ob er das Angebot nutzt oder nicht.

Norman Hanert

Ausgesperrt wird, wer sich kein teures E-Auto leisten kann

Stoßrichtung gegen die AfD kurz vor der Landtagswahl

Stoßrichtung gegen die AfD bekommt, obwohl die Partei eben kein „Beobachtungsfall“ für den Verfassungsschutz ist. Tatsächlich wurde die AfD in einem einführenden Lagevortrag durch einen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes erwähnt mit Hinweis auf die Jugendorganisation „Junge Alternative“ und die parteiinterne Gruppe in Brandenburg nur noch Kleinparteien stark vertreten sei. Beide sind

Hoffnung auf Gesetzestreue

Gleiche Chancen im demokratischen Wettbewerb laut Grundgesetz

Der Brandenburger Inlandsgeheimdienst räumt dem „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ einen hohen Stellenwert ein. Anfang August lud er zu einer Veranstaltung in Potsdam, bei der es um das Gebot der politischen Neutralität ging. „Handlungsspielräume von Amtsträgern und Sicherheitsbehörden im Rahmen von Wahlen“ sollten aufgezeigt werden. Wie aus dem Informationsmaterial hervorging, sollte es insbesondere um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten im Wahljahr gehen.

Dass nur rund vier Wochen vor den Landtagswahlen Handlungsspielräume im Zusammenhang mit politischer Neutralität thematisiert wurden, kommt einer Gratwanderung gleich. Erst im Juni hatte der Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 2018 aufgeführt, dass die rechtsextremen Parteien NPD, „Der Dritte Weg“ und die „Rechte“ in Brandenburg nur noch Kleinparteien mit insgesamt 320 Mit-

gliedern seien. Laut Landesausschuss nimmt keine dieser Parteien an den Landtagswahlen am 1. September mit einer Landesliste teil. Mangels Relevanz extremistischer Parteien bestand somit die Gefahr, dass die Veranstaltung so kurz vor den Landtagswahlen eine

für das Bundesamt für Verfassungsschutz bislang sogenannte Verdachtsfälle.

Eine Rolle spielte die AfD auch bei den konkreten Fallbeispielen für die Verletzungen der politischen Neutralität durch Amtsträger, auf die der Verfassungsschützer Tristan Barczak in einem Vortrag hinwies. Der Jurist von der Uni Münster betonte, dass das Grundgesetz auf die Kraft der freien Auseinandersetzung setzt und Amtsträger im demokratischen Wettbewerb die Chancengleichheit beachten müssen. Tatsächlich verstoßen aber Amtsträger, von Bürgermeistern bis hin zu Bundesministern, immer wieder gegen das politische Neutralitätsgebot. Umso erstaunlicher war Barczaks Hinweis, dass bei Verstößen gegen das Neutralitätsgebot praktisch kaum juristische Sanktionsmöglichkeiten bestehen. Hintergrund ist laut Barczak die Grundannahme, dass sich Amtsträger stets gesetzestreu verhalten. Hermann Müller

Eltern rebellieren

Berliner Schulbauoffensive droht Scheitern

Der in Berlin regierenden Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen droht bei einem zentralen Vorhaben ein Scheitern. Der Senat hat 2017 eine Schulbauoffensive beschlossen, mit der innerhalb von zehn Jahren 5,5 Milliarden Euro in neue Schulen investiert werden sollen.

Bereits im Mai hatte die Senatsverwaltung einen Bericht namens „Taskforce Schulbau“ veröffentlicht. Erst jetzt wurde bekannt, dass laut den Bildungsexperten bereits im übernächsten Schuljahr in Berlin Gebäude für 24.000 Schulplätze fehlen könnten. Dieser Mangel betrifft demnach neun von zwölf Bezirken und offenbar alle drei Schultypen.

Bei den Prognosen der Bezirke wurden Daten zur Bevölkerungsentwicklung und Planungen für neue Wohngebiete berücksichtigt. Zu Beginn des neuen Schul-

jahres hat auch der Berliner Landeselternausschuss (LEA) in einem Brandbrief schwere Kritik an der Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) geübt. Das höchste Elterngremium wirft der Senatorin vor, sie hätte „in Kernthemen die Glaubwürdigkeit verloren“.

Angeführt werden in dem Brief die hohe Quote von Quereinsteigern bei den neu eingestellten Lehrern, das schlechte Abschneiden Berliner Drittklässler in Mathematik und Deutsch, der Unterrichtsausfall und die hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss. Der Berliner LEA forderte Scheeres auf, einen Krisengipfel einzuberufen. Für den Fall, dass Scheeres dazu nicht bereit sei, solle der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) diese Aufgabe übernehmen. Norman Hanert

Senatorin soll zum Krisengipfel laden

Grüne verhöhnt Brandopfer

Fast jede Nacht werden in Kreuzberg Autos angesteckt. Die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne), hat das auf Twitter wie folgt kommentiert: „Das Xhainer Sonderkommando ist den Tätern auf der Spur. Sobald sich der Verdacht bestätigt, wird unsere bezirkliche Spezialeinheit den Zugriff auslösen. Die Gefängnisse im Rathaus stehen bereit. Unser Gericht wird harte Strafen verhängen ...“ Daraufhin haben ihr Betroffene vorgeworfen, sie zu verhöhnern. Eine Kostprobe: „Das ist Ihre Reaktion? Hämischer Sarkasmus angesichts schwerer Straftaten? Da werden Einwohner terrorisiert, und Sie machen sich darüber lustig?“ Dann setzte Herrmann noch einen drauf: „Mit dem Tweet habe ich auf die rechte Polemisierung reagiert. Mit der PM auf die Brände. Es ist schon sehr mutwillig, mir da irgendwas zu unterstellen. Übrigens fast ausschließlich von Springer, Rechten, Konservativen, AfD und Rechtsradikalen. Finde ich äußerst interessant.“ F.B.

Die Berliner SPD ist nun am Zug

Von THEO MAASS

Neben der Wohnungsbau- und der Innenpolitik ist die Verkehrspolitik das größte Ärgernis der Berliner über Rot-Rot-Grün. Die SPD hat es nun in der Hand, dem ein Ende zu bereiten, denn immerhin bestimmt der Regierungschef die Richtlinien der Landespolitik. Linkspartei und Grüne finden den Privatkrieg der grünen Verkehrsministerin Regine Günther prima.

Autofahrer schikanieren? Tempo-30-Zonen? Zusätzliche Radwege auf Straßen, die schon mit Radwegen ausgestattet sind? Alles sehr nett. Aber richtig „nachhaltig“ sind Straßenbahnen. Sie haben eine geringe Reisegeschwindigkeit und Transportkapazität, aber sie benötigen Platz auf den Straßen. Platz, den man den Autofahrern wegnehmen kann. Deswegen bevorzugen die Linkspartei und Grüne Straßenbahnen und wollen den Berlinern möglichst viele davon als Neubaustrecken hinterlassen.

Vor allem für den Westteil der Stadt, wo 1967 der letzte Zug dieses Verkehrsmittels aus dem 19. Jahrhundert verkehrte, wollen die beiden Parteien Straßenbahnen hinstellen. Dagegen ließ schon in den 50er Jahren der damalige SPD-geführte Senat die U-Bahn großzügig ausbauen. Im Osten gab es dafür kein Geld. Ulbricht und Honecker versorgten die Neubaugebiete dort notdürftig mit Straßenbahnen.

Es wäre an der Zeit, die auf Planungen der 20er Jahre zurückgehenden Linien 10, 11 und 12 endlich in Angriff zu nehmen. Die Berliner SPD stellte dieser Tage ihre Vorschläge zum Ausbau des U-Bahnnetzes vor. Linkspartei und Grüne reagierten empört. Im Koalitionsvertrag stehe schließlich, dass es erst mal keinen Neubau von U-Bahnlinien geben werde. Das entspricht aber nicht dem Willen der Wähler und auch nicht der Mehrheitsmeinung im Parlament. CDU, AfD und FDP befürworten nämlich den Ausbau der U-Bahn.

Zwar will die SPD nicht den Bau vollkommen neuer Strecken, aber immerhin den Anschluss bestehender Linien zu Bahnhöfen von U- und S-Bahn, sodass die Fahrgäste dort umsteigen könnten. Favorisiert wird der nur knapp einen Kilometer lange Weiterbau der Linie 3 zum S-Bahnhof Mexiko-Platz zur aus Potsdam kommenden S-Bahn S 1. Reisende, die von Brandenburg in die City West wollen, würden künftig deutlich rascher ans Ziel gelangen.

Die SPD muss wissen, ob sie wegen einer zweifelhaften Koalitionsabsprache sich weiter als U-Bahn-Verhinderungspartei profilieren will. Auch andere Siedlungsquartiere in Berlin warten sehnsüchtig auf einen U-Bahn-Anschluss. Harald Moritz ermahnt die SPD zur Einhaltung des Koalitionsvertrages: „Da ist keine U-Bahn-Planung drin, sondern Straßenbahnplanung.“

MELDUNGEN

IS noch nicht am Ende

Baghus – Die militärische Niederlage des IS in Syrien bedeutet, dass die Terroristen dort nicht mehr über ein staatsähnliches Gebilde verfügen. Gleichwohl existiert er als terroristisches Netzwerk weiter und ist zu einer asymmetrischen Kriegsführung, gekennzeichnet durch Guerillataktik kleiner Gruppen, übergegangen. In mehreren Fällen hat sich inzwischen erwiesen, dass angeblich in Syrien getötete „Gotteskrieger“ in Wahrheit leben. Die Vermutung liegt nahe, dass sie mit neuer Identität in vielleicht sogar einem anderen als ihrem Heimatland weiterkämpfen. Aufsehen erregte die Äußerung des früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen, die Salafisten seien den Sicherheitsbehörden in ihren Kommunikationswegen überlegen. *F.W.S.*

Fehltritt eines Diplomaten

Ramallah – Der Vertreter Deutschlands in den Palästinensergebieten, Christian Clages, hat auf seinem Twitter-Account offen antisemitische und antiisraelische Botschaften mit einem Like versehen. Die Likes umfassten ein Video, das einen Angriff auf israelische Soldaten zeigt. Auch ein Artikel, der die Arbeit der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Frage stellt und diese mit der Geschichtsdarstellung in totalitären Staaten vergleicht, fand seine Zustimmung, ebenso wie eine Aktivistin, die anlässlich der ersten israelischen Mondmission fragte, wann Israel auch den Mond besetzen werde. Und sogar die Ausführungen des US-Neonazis David Duke über ein angebliches jüdisches Massaker gefielen Clages. Dieser erklärte, dass von ihm ausgewählte Personen Zugriff auf sein Netzwerk gehabt hätten. Inzwischen hat er sich von seinen eigenen Twitter-Aktivitäten distanziert und den Account gelöscht. *B.B.*



Viel Gerede, kaum Ergebnisse: Teilnehmer der letzten Westbalkan-Konferenz der EU in Posen

Bild: Imago Images/ZUMA Press

Balkanpolitik ohne Bewegung

Bemühungen um EU-Integration werden zunehmend zur Farce

Auch auf der letzten Westbalkan-Konferenz der EU in Posen blieb es beim bekannten Stillstand: Weder für „Nord-Makedonien“ noch für Albanien wurde der lange angekündigte und von der EU-Kommission nochmals geforderte Termin für einen Beginn von EU-Beitritts-Gesprächen festgelegt, obwohl man genau dies gerade Makedonien vor und während dessen diversen Umbenennungsverbiegungen nachdrücklich zugesichert hatte.

Bisher wird über einen Beitritt nur und überdies ohne erkennbare Eile mit Serbien und Montenegro verhandelt. Auf die Integrationsbremse trat vor allem der französische Präsident Emanuel Macron, der selber erst gar nicht

nach Posen gekommen war, obgleich er sich als zweiter „Pate“ zu dieser von Berlin initiierten Veranstaltung eingeladen hatte. Die Bemühungen um den sogenannten Berliner Prozess seitens der seit Jahren als wandelnde Werbetafel für die US-amerikanische Balkanpolitik agierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel blieben damit wieder einmal ergebnislos. Nun soll die Entscheidung über eine Aufnahme von Beitrittsgesprächen im Oktober fallen – angeblich.

Makedoniens sozialistischer Regierungschef Zoran Zajew, dem es bisher mit der EU-Integration gar nicht schnell genug gehen konnte und der noch einen Monat zuvor bei einer Rede in Berlin verkündet hatte, dass sein

Land „zu 100 Prozent reif“ für einen EU-Beitritt sei, sprach anschließend davon, dass man zuhause doch noch „einige Jahre“ benötige, bis man zur EU aufschließen könne. Inwieweit sich seine Bevölkerung allerdings da-

Berlin vertritt nur US-Interessen

mit abfinden wird, bleibt abzuwarten: Nur die Schilderung einer unmittelbaren Beitrittsaussicht hatte sie all die Zumutungen ertragen lassen, die mit der Aufgabe ihres bisherigen Landesnamens und ihrer jüngeren kulturellen Selbstverortung verbunden sind. Wirklich tragfähig scheint

indes die Zuneigung der deutschen Politik für den nordmakedonischen Führer auch sonst nicht zu sein. Als er bei der Jahrestagung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft fast genau 20 Jahre nach Abschluss des Stabilitätspaktes für Südosteuropa zum Ende der Jugoslawien-Kriege den erwähnten Hauptvortrag hielt, war der höchstrangige Vertreter der Bundesregierung gerade einmal ein Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium.

Inzwischen fordern zudem die Niederlande, die bisher für Staats-Albaner im Schengenraum geltende Freizügigkeit wieder aufzuheben, da man mit der Zahl der von diesen verübten Verbrechen nicht mehr zurechtkäme. Das mag ehrlich gemeint sein

oder auch nicht und wäre von der Sache her jedenfalls verständlich. So oder so dürften die kosovarischen Stammesbrüder der Albaner wohl nicht mehr lange die abgesehen von den Staats-Türken einzigen Balkanbewohner sein, die von der Besuchsfreiheit ausgenommen sind. Eigentlich sollte diese Position auch im deutschen Interesse liegen, denn die kriminelle Belastung gerade durch Albaner ist in der Bundesrepublik Deutschland enorm. Leider folgt Berlin in seiner gesamten Westbalkan-Politik aber ausschließlich US-amerikanischen Vorgaben und lässt es an einer sinnvollen Gestaltung dieser für Deutschland zwangsläufig bedeutsamen Region fehlen.

Thomas W. Wyrwoll

Anonymus mit Kultstatus

Social-Media-Autor und Trump-Anhänger »Qanon« gegen den »Tiefen Staat«

Vorwürfe, die USA würden von einer kleinen Macht-Clique geführt, sind nicht neu. Zweifelsohne ist die Politik nirgendwo so verwoben mit heimlichen Spendern und klandestinen Zirkeln wie in den Vereinigten Staaten. Der Fall des Milliardärs Jeffrey Epstein ist ein Beispiel dafür. Er soll über Jahre gemeinsam mit Freunden auf seinem Anwesen minderjährige Mädchen zur Prostitution gezwungen haben. Gerüchte und Anklagen gab es seit Jahren, bisher kam Epstein immer durch grenzwertige Deals mit der Justiz glimpflich davon. Seit einigen Wochen saß er bis zu seinem Freitod in Untersuchungshaft.

Eine Gruppe, die westliche Medien als Verschwörungstheoretiker bezeichnen, glaubt, dass dies der Anfang vom Ende des „Deep State“, des Tiefen Staates, sei. Eine verborgene Kooperation von Bürokraten, Geheimdiensten und Militär agiere in Washington, um demokratisch gewählten Politikern ihren Willen aufzuzwingen. Und im Ernstfall greife der „Staat im Staat“ auch ein. Alle Vorwürfe gegen US-Präsident Donald Trump seien Produkte des „Staats im Staate“.

Wo Trump in diesen Wochen auch spricht, halten Anhänger Schilder mit dem Buchstaben

„Q“ hoch. Im Oktober 2017 schrieb auf der Social-Media-Plattform „4chan“ erstmals ein Nutzer unter dem Pseudonym „Qanon“ und verkündete die bevorstehende Festnahme von Trumps früherer Gegenkandidatin Hillary Clinton. Die Buchstaben „anon“ stehen dabei für anonym.

Wer dahinter steckt, ist unklar. Trumps Anhänger sagen, es sei ein Insider aus dem Weißen Haus, möglicherweise ein hochrangiger Militär. In Kurznachrichten enthüllt er vermeintliche Fakten über eine jüdische Bankerdynastie, die Medien und Staat kontrolliere. Trump sei der, der gegen die Verschwörung kämpfe. Die Anhänger gehen so weit, dass sie in Tweets von Trump geheime Botschaften entdecken, die er vermeintlich an sie sendet.

In seinen Botschaften bereitet „Q“ die USA auf das „große Erwachen“ vor, dem wiederum „der Sturm“ folgen werde. Das soll bedeuten, dass der Tiefe Staat, also das Netzwerk von Bürokraten, Behörden und Medien, das die Vereinigten Staaten angeblich seit Jahren kontrolliert und gegen Trump arbeitet, endgültig hinfort geschwemmt wird.

Die Liste der Vorwürfe ist dabei lang. Trumps Vorgänger Barack Obama sei ein Menschen-

händler, Hollywood ein Hort von Pädophilen. Und Hillary Clinton? Die mischt angeblich überall mit. Zwar befindet sie sich immer noch auf freiem Fuß, doch auch dafür hat „Q“ eine Erklärung. Sie sei längst mit einer elektronischen Fußfessel versehen worden, damit sie sich nicht klammheimlich aus dem Staub machen kann.

Was sich wie Satire anhört, findet in den USA immer mehr Anhänger. „Mehrere hunderttausend Menschen“ würden ihm folgen, glaubt „Q“. Sein Account ist mittlerweile auf die Plattform 8chan gewandert. Auf diesen Seiten kann man sich in Foren zu allen Themen weitgehend unkontrolliert austauschen. Und im Internet ist „Q“ ohnehin schon Kult. Bei Amazon gibt es seit geraumer Zeit T-Shirts zu kaufen, bedruckt mit einem Q in den Farben der US-amerikanischen Flagge oder mit dem Slogan der Bewegung: „Wohin einer von uns geht, gehen wir alle.“

Die Tatsache, dass Milliardär Epstein enge Kontakte zu Ex-Präsident und Hillarys Ehemann Bill Clinton unterhielt, motiviert die „Q“-Anhänger zusätzlich. „Es wird nicht mehr lange dauern, bis die ganze Wahrheit ans Licht kommt“, schreiben die Blogger kürzlich. *Peter Entinger*

Anzeige

Heiß diskutiert: Nur hier im Original!
Lesen Sie Björn Höcke unverfälscht und unkommentiert

COMPACT Edition
Björn Höcke

Höcke
Interviews, Reden, Tabubrüche

124 Seiten.
Einzelheft 8,80 Euro
plus Versand.*

Ab 24.8. am guten Kiosk!

*Preis inkl. MwSt.

Bestellung unter shop@compact-mail.de • Tel: 03327-569 86 11 • compact-shop.de

Fenster und Türen auf beim BdV!

Von Tobias Meyer

Im Jahr 1997 hielt der damalige Bundespräsident Roman Herzog seine berühmte „Ruckrede“, in der er der deutschen Gesellschaft Mutlosigkeit und ein Gefühl der Lähmung attestierte. Er sprach von einer Erstarrung der Gesellschaft und bescheinigte der Gesellschaft eine mentale Depression.

Ähnliches kann man auf unterschiedlichen Ebenen innerhalb des Bundes der Vertriebenen (BdV) wahrnehmen. Hinter den Kulissen und in internen Runden wird viel gejamert. Vor allem von denen, die bereits älter sind, die Strukturen des BdV schon seit Jahrzehnten kennen und schätzen gelernt haben. Vorgetragen werden der Mangel an jungen Engagierten, das Aussterben der älteren Aktiven, das Fehlen von Nachfolgern, um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

Von jüngeren Vertretern hört man dagegen andere bedenkenswerte Gründe für die partielle Lähmung des Verbandes. Ein angestaubtes Image – wie man neudeutsch sagt –, gepaart mit vagen Zielen des Verbandes und einer Überalterung in den Führungsgremien werden zu Recht angeführt. Hinzu kommen fragwürdige Positionierungen ehemaliger Köpfe des Bundes.

Es ist festzustellen, dass sich der BdV in einem Spannungsfeld von Wirkung und Nebenwirkung befindet, dessen Durchbrechen der Quadratur des Kreises gleicht: Es muss uns als Vertriebenenverband gelingen, unter Einbeziehung aller handelnder Akteure Antworten auf die Fragen der Zukunft zu finden. Auch

die alteingesessenen Funktionäre müssen erkennen, dass neue Wege beschritten werden müssen.

Ein Blick zu anderen Interessensverbänden lohnt sich: Der VdK (heute mit dem Zusatz „der Sozialverband“ geführt, als Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands gegründet) hat in den vergangenen Dekaden einen ganz bemerkenswerten Wandel vollzogen und sich – zumindest ist das der Eindruck von außen – mit neuem Image und neuer Ausrichtung erfolgreich nahezu neu erfunden.

Was uns im BdV eint, ist die Gewissheit, dass Vertreibung und Verschleppung in allen Facetten Unrecht und Verbrechen waren und sind. Unser Ziel muss es sein, das unseren Landsleuten in der Vergangenheit widerfahrene Unrecht zu benennen und die Erinnerung daran lebendig zu halten.

Dabei eint uns die Erkenntnis, dass totalitäre Regime – egal ob nationalsozialistisch, kommunistisch, sozialistisch, politisch rechts oder links – solche Untaten erst ermöglicht haben und insofern das Heil der Vertriebenen und ihrer Nachkommen – aus historischer Erfahrung und Verantwortung – in der freiheitlich demokratischen Grundordnung und in einem Europa des Friedens und der Freiheit liegt. Insofern geht es um mehr als nur die Bewahrung von Kulturgut und Traditionen sowie die Pflege des Brauchtums früherer Generationen.

In der jungen Generation im Bund der Vertriebenen begegnet man niemandem, der die Zu-

kunft unserer Arbeit im Erheben territorialer Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete sieht. Die Frage stellt sich ja – wenn überhaupt – ohnehin nur für bestimmte Landsmannschaften, deren ursprüngliche Siedlungsgebiete zunächst Teil des Deutschen Reiches waren. Entsprechende Forderungen nach Wiederherstellung alter Staatsgrenzen und Geschichtsrevisionismus sind nicht nur inhaltlich realitätsfremd und sorgen mit für das teils komplizierte Image unseres Verbandes, sondern bringen uns auch in der Sache nicht weiter.

In den letzten Jahrzehnten sind neue Aufgaben auf den Bund der

Vertriebenen zugekommen: Die sogenannten Spätaussiedler – zuvorderst aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, aus Schlesien und Rumänien – sind Teil der BdV-Familie. Die „Soziale Frage“ dieser Bevölkerungsgruppe nach Rentengerechtigkeit und Berücksichtigung von Berufszeiten aus den Herkunftsländern sowie die gesellschaftliche Integration dieser mehrere Millionen Menschen zählenden Bevölkerungsgruppe sind unsere gemeinsame Aufgabe.

Ein vereintes Europa mit offenen Grenzen ermöglicht dem Bund der Vertriebenen eine vertiefte Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten im Aus-

land, vor allem in Ost- und Südosteuropa. Der BdV-Präsident sowie Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, wirkt hier vorbildlich. Als Verband ist es unsere Aufgabe, die deutschen Minderheiten in der Pflege ihrer Sprache und Kultur zu unterstützen. Der Auf- und Ausbau von deutschsprachigen Schulen in den entsprechenden Gebieten muss eine unserer wichtigsten Forderungen sein.

In der Implementierung eines Zusammengehörigkeitsgefühls als Volksgruppe liegt der Schlüssel für den Fortbestand deutscher und deutschsprachiger Kultur in den Gebieten, aus denen Deut-

sche in den letzten Dekaden fliehen mussten, vertrieben wurden oder ausgesiedelt sind.

In Gesprächen wird man immer wieder gefragt, ob die Arbeit des Bundes der Vertriebenen noch zeitgemäß ist und ob es sich nicht um einen aussterbenden Verband handelt. Unsere Existenz ist wichtiger denn je – unsere Aufgaben sind klar. Unsere Verantwortung für die Gesellschaft auch. Aber: Wir brauchen noch mehr „frischen Wind“ – Fenster und Türen auf beim BdV!

Der Verfasser (40) ist seit April 2018 Vorsitzender des BdV-Landesverbandes in Rheinland-Pfalz.

Bewältigung der Zukunftsfragen gleicht der Quadratur des Kreises



Steht vor wichtigen Aufgaben: Präsidium des Bundes der Vertriebenen

Bild: BdV Bildkraftwerk/ppw1001

Unsere Nachbarin hat mir neulich erzählt, dass sie frisch verliebt sei. Wie ein junges Mädchen hatte sie im Treppenhaus gekichert, als sie mir die frohe Botschaft übermittelte. „Wer ist denn der Glückliche?“, fragte ich sie, als sie mit seliger Miene antwortete: „Der Habeck Robert“. Robert Habeck? Der Grünen-Vorsitzende? „Genau der“, glückte sie beifallheischend. Bevor ich weiterdenken konnte, erläuterte sie mir, dass es sich natürlich um eine platonische Liebe handele, er selbst wisse ja von nix. Aber er sei ein so interessanter und kluger Mann, dass wohl „keine Frau an ihm vorbeikommt“.

Ich schon, dachte ich noch bei mir, als sie auch schon loslegte. Der Herr Habeck hätte jetzt, angesichts

der Tatsache, dass unsere Welt bald untergehe wegen des schlimmen Klimas, etwas ganz Sensationelles vorgeschlagen: Die Leute könnten

jetzt ihre Kleider tauschen, um das Klima zu schützen. Ja, dachte ich, so hat es damals auch bei den Hippies der 68er angefangen, und was kam dann? Aber unsere Nachbarin sprudelte schon weiter: „Der Herr Habeck hat auch gesagt, dass er ganz viele Leute kennt, die sich jetzt immer treffen, um die Klamotten zu tauschen.“ Sie nickte eifrig, als sie die Geschichte für sich zu Ende zu denken schien: „Ja, mei“, sagte sie, „die ganzen Kleiderschränke in Deutschland sind proppevoll bis obenhin. Wenn man sich jetzt gegenseitig einlädt, um was im fremden Schrank zu suchen, dann hat man auch noch Spaß miteinander, hat auf den Schlag praktisch neue Klamotten“ und nun legte sie eine kurze Kunstpause ein, atmete tief durch – und dann brach es heraus: „Und wir sparen Ressourcen!“ Sie nickte: „Und das ist fürs Klima gut! Sagt Robert Habeck.“

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

„Na, ja“, wandte ich ein. „Die meisten Kleiderschränke stehen in den Schlafzimmern. Dann muss ich ja all die Leute für den Kleidertausch in mein Schlafzimmer lassen, ist ja fast wie bei Familie Tupper ...“ Unsere Nachbarin lachte kokett

und tatschete kurz meinen Unterarm: „Ach, geh, Sie immer mit Ihren Einwänden. Bleiben Sie einfach mal locker. Wenn es der Herr Habeck so macht, dann können wir es doch auch, oder?“ Sie warf einen schelmischen Blick nach oben und den Kopf in den Nacken. „Das ist eine ganz neue Freiheit“, schmunzelte sie vielsagend. Während ich mir das Drama gerade bildlich vor Augen ausmalte, atmete sie wieder tief durch, als würde sie den Politiker praktisch inhalieren. „Mei, er ist ja so attraktiv, der Robert. Finden Sie nicht auch?“ „Ja, der Robert“, murmelte ich ganz leise, um die soeben offengelegten Gefühle meiner Nachbarin nicht zu verletzen. „Der ist gut für die Systemshow, für sonst nix.“

Aber meine Nachbarin hatte schon eine neue Story vom Robert, die sie mir auch unbedingt erzählen wollte. Mit strahlender Miene erörterte sie ganz wichtig, dass der Herr Habeck, der ja „jetzt ein ganz wichtiger Politiker in Deutschland ist, und bestimmt wird er bald Kanzler“, sich praktisch rund um die Uhr um unser Kli-

Die verliebte Nachbarin

Von EVA HERMAN

ma sorgen würde. „Einen Fortschritt brauchen wir, verstehen Sie?“, funkelte sie mich an. „Und er hat ihn!“ „Ja, was hat er denn für einen Fortschritt?“, fragte ich zurück. Bislang geht's nur alles rückwärts, schoss es mir durch den Kopf, alle Fortschritte sind ja eh schon dahin, so soll man jetzt ja nicht mehr fliegen, kein Schiff (außer Segler), kein Auto mehr fahren; all diese Dinge waren vor allem im letzten Jahrhundert zu riesigem Erfolg entwickelt worden, Motorisierung, Industrialisierung, Zivilisation nannte man das damals, und jetzt? Schadet alles! Also, weg mit Schaden! Soll abgeschafft werden. Ich stöhnte leise.

„Also“, fragte ich noch einmal, was hat er sich denn für einen Fortschritt für uns ausgedacht, der Robert?“ Und wieder sprudelte es nur so aus dem mir gegenüber am Treppengeländer lehrenden politischen Schwergewicht heraus: „Na, ganz einfach: Mitfahrgelegenheiten!“ Triumphierend schaute sie mich abermals an. „Mitfahrgelegenheiten“, wiederholte unsere Nachbarin noch einmal, damit ich es wohl auch richtig verstehe. „Man muss nicht mehr selbst fahren, hat er gesagt, was doch viel entspannter ist. Außerdem gibt es weniger Staus, weil weniger Autos unterwegs sind.“ Genauso hätte es der Herr Habeck gesagt, und: „Das ist doch ein riesiger Gewinn an Freiheit!“ Nun war ich es, die sich herzhaft am Treppengeländer festhalten musste, bei so viel Freiheit am Stück. Gerade schossen mir die

Schlagzeilen der letzten Tage durch den Kopf: Man solle keine Hunde und Katzen mehr halten, weil sie zu viel CO₂ produzierten, sagen die Grünen, zudem wird die Liste jener junger Frauen immer größer, die sich sterilisieren lassen, weil Babys nach Aussage der Grünen ja jetzt die allergrößten Klimakiller seien.

Terra, quo vadis, dachte ich bei mir, während die dunklen Schatten vor meinen Augen sich langsam zu schweren Schwaden verstärkten. Und so hatte ich kurze Zeit nicht richtig zugehört, was unsere Nachbarin noch so alles vom Stapel gelassen hatte. Jetzt war sie auf jeden Fall beim Thema Nachzüge. Nachzüge? Ich erinnere mich, dass ich einige Jahre lang

häufig mit dem Nachtzug von Hamburg nach Baden-Baden gefahren war. Du liebe Güte, ich hatte damals nur selten ein Auge zugetan angesichts der ewigen Ruckelei, des lauten Quietschens während der Bremsvorgänge und des ungemütlichen morgendlichen Aufstehens in der engen Kabine. Bei spontanen Bremsvorgängen konnte man oft einen Absturz aus dem Bett nur in letzter Sekunde verhindern. Zudem war der ganze Spaß damals extrem teuer gewesen.

„Nachzüge?“ Ich starrte die Frau an. „Ja, haargenau: Nachzüge!“ Ich schüttelte mich. „Hat das auch der Habeck Ro-

bert gesagt?“, wollte ich wissen? „Ganz genau“, erläuterte unsere Nachbarin eifrig. „Ab Herbst 2019 könnte man das alles schon einführen, dann wird bei uns nicht mehr im Inland hin- und hergeflogen, basta!“ „Ja, wie denn das?“, wollte ich wissen: „Bei uns funktionieren doch noch nicht einmal richtig die Tagzüge. Und wir haben doch eh so gut wie keine gescheiterten Nachtzüge mehr.“ Hatte ich lauter gesprochen? Ist doch wahr.

„Jetzt bring ich Sie mal auf den neusten Stand der Inlandspolitik, meine Liebe“, versprach die Frau vor mir, während ich mich wieder etwas fester am Geländer festhielt. „Also, das geht jetzt alles blitzschnell, Herbst 2019.“ Eine Kerosinsteuer sei geplant, um das Bahnfahren attraktiver zu machen. So könnte nämlich „durch diese neuen Steuereinnahmen die Mehrwertsteuer auf Bahntickets gesenkt werden. Sie sah mich erwartungsvoll an: „500 Millionen Euro können so gespart werden, ist das nicht fantastisch?“

In dem Moment fiel mir eine Meldung der „Welt“ von Ende Juli 2019 ein, in der endlich auch im Mainstream das bestätigt wurde, was schon lange bei den Freidenkern bekannt ist. Unter der Überschrift „Klimasünde Inlandsflug?“ wurde Folgendes klargestellt: „Die Zahlen sagen etwas anderes. Tatsächlich sind

innerdeutsche Flüge lediglich für 0,3 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die von den Grünen geplante Abschaffung von Inlandsflügen in Deutschland würde daher kaum zu einer CO₂-Einsparung beitragen.“

Tja, unsere verliebte Nachbarin wird künftig nun Kleiderschränkpattys veranstalten und den Nachtzug nehmen. Und darauf warten, dass endlich der neue Kanzler gewählt wird.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Skizzen eines »Blauen Reiters«

Die weitaus meisten Zeichnungen des im Ersten Weltkrieg gefallenen Malers Franz Marc werden im Germanischen Nationalmuseum von Nürnberg aufbewahrt. Diese 600 Blätter lassen sich normalerweise nicht ausbreiten, da sie sich in 26 Skizzenheften aus den Jahren 1904 bis 1914 befinden. Nun aber eröffnen die zur Restaurierung entbundenen Hefte die in den nächsten Jahrzehnten nicht wiederkehrende Gelegenheit, eine große Auswahl der Seiten auszustellen. Zusätzlich sind Fotos und Briefe zu sehen sowie einige Gemälde und Druckgrafiken, die sich auf die Skizzenblätter beziehen.

Zahlreiche Blätter feiern Ausstellungspremieren. Auch das zeichnerische Motivrepertoire des durch seine Tierbilder bekannten Künstlers überrascht. Er befasste sich mit Bewegungsstudien von Sportlern wie Stabhochspringern und Jockeys. Mehr noch erstaunen die zahlreichen Darstellungen weiblicher Akte. Besonders attraktiv ist die vermutlich als Entwurf zu einem Gemälde angelegte Bleistiftzeichnung »Pferdehalterin« (1912/13). Die Aktfigur ist von vorn gesehen, das neben ihr stehende Pferd von hinten. Ein Sternenhimmel ist angedeutet: Mensch und Tier in kosmischer Harmonie.

Unter den vielen Tierdarstellungen sticht eine hervor: Die sorgfältig mit Bleistift, Aquarell und Deckfarbe auf eine Doppelseite gezeichnete und gemalte Arbeit heißt »Schleichender Kater in hügeliger Landschaft« (1908). Als Vorlage für das Ausstellungsplakat diente das Deckfarbenblatt des friedlich schlummernden »Blauen Wolfs auf rotem Oval liegend« (1912/13). Von solchen



Bild: Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg

gemeinhin für »typisch Marc« gehaltenen Tierbildern sind in der Ausstellung nur wenige zu sehen. Zwar gab es sie in größerer Zahl, doch Marcs Gattin Maria entnahm sie nach seinem Tod den Skizzenheften, weil sie gut verkäuflich waren.

Gerade den ab 1910 angelegten Heften fehlen viele Seiten. Damals setzte Marcs Erfolg ein und er befreundete sich mit den ihm in seinem Schaffen bestärkenden Künstlern August Macke und Wassily Kandinsky. Macke hat sogar in Marcs Skizzenhefte gezeichnet. Indirekt hat in ihnen auch Kandinsky seine Spuren hinterlassen. Das verrät insbesondere die von Marc mit Bleistift und Kreide angefertigte Zeichnung »Ritter mit Lanze zu Pferde« (1911). Sie lässt an den auch von Kandinsky gern dargestellten heiligen Georg denken. Der Ritterheilige galt beiden als Symbol des Sieges des Geistes über die Materie. Marc und Kandinsky erwähnten ihn zur Programmfigur der berühmt gewordenen beiden Ausstellungen und des Almanachs, die sie als »Redaktion des Blauen Reiters« mit deutschen und internationalen Künstlern verwirklichten.

Veit-Mario Thiede

Bis 1. September im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr, Eintritt: 8 Euro. www.gnm.de

»Spatz« in der Museumshand

Regensburg gönnt sich ein neues historisches Museum – Das Thema Vertreibung kommt dabei nicht zu kurz

Seit Anfang Juni ist es eröffnet: das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg. Aber wo zu ein solches Museum? Nun, Bayern ist kein gewöhnliches Bundesland, sondern Freistaat. Dieses seit gut 100 Jahren währende Spezifikum (mit dem vorangegangenen Königreich) will das Museum sozusagen als Klammer für Bayern und seine jüngste Geschichte darstellen.

Wohl das größte Exponat steht im Foyer. Hier begrüßt eine aus alten Oktoberfestfotos bestens bekannte Figur die Besucher: Der über vier Meter große Löwe der berühmten Münchner Traditionsbrauerei hebt seinen mit dem Museumslogo gezierten Krug in die Höhe. Apropos Bierkrüge: In der Dauerausstellung und im Museumswirtshaus sind viele weitere Maß- und Halbekrüge bayerischer Brauereien zu sehen.

Die Geschichte Bayerns seit Herbst 1918 steht im Fokus des Museums. Doch auch die Zeit davor wird nicht ausgeblendet. Im Panoramaraum (360-Grad-Blickwinkel) erläutert per Video der Moderator und Kabarettist Christoph Süß – unterstützt von seinem Kollegen Christian Springer – die Entwicklung Bayerns von 100 nach Christus bis 1800.

Die napoleonischen Kriege brachten die Entstehung des Königreiches Bayern mit sich, einer konstitutionellen Monarchie. Hier setzt die Dauerausstellung in der ersten Etage an – mit Bildern der bayerischen Könige, die auf die bayerische Verfassung schworen. Deutlich wird bereits hier, dass die Verfassung in Bayern eine besondere Bedeutung hatte und bis heute hat.

Aber nicht nur die politische und mit Personen verbundene bayerische Geschichte kommt zum Tragen. Auch das ab dem 19. Jahrhundert entstehende Vereinswesen mit dem Engagement des Bürgertums wird ebenso dar-

gestellt wie Projekte im Verkehrswesen (Eisenbahn, Schifffahrt/Ludwig-Donau-Main-Kanal). Nicht zu vergessen die Kriege von 1866 und 1870/71 mit ihren politischen Auswirkungen.

Denn 43 Jahre später brach der Erste Weltkrieg aus. Persönliche Schicksale vermitteln hier beklommend, wie Frauen und Männer diesen Krieg erlebten. Zum Beispiel mittels eines Tanzfächers einer Krankenschwester, auf dem

Die Revolution nach dem Ersten Weltkrieg und die Proklamation des Freistaats Bayern bilden einen ersten wichtigen Punkt der Ausstellung: Flugblätter, Zeitungsberichte und weitere Exponate vertiefen diese Zeitspanne von Herbst 1918 bis Frühjahr 1919. Ebenso wichtig ist den Museumsmachern die NS-Zeit. Diese Abteilung liegt ganz zentral, jeder Weg führt daran vorbei. Da ist der Globus, der auf Fotos vom

Autos und der Urlaub beziehungsweise Tourismus. Bis heute bekannte Fahrzeuge aus bayerischer Produktion stehen sauber nebeneinander da. Aber auch der »Spatz«, ein Kleinstwagen, der Ende der 1950er Jahre in der Vertriebenstadt Traunreut gebaut wurde, ist mit dabei.

Apropos »Vertreibung«: Exemplarisch werden einige der Vertriebenstädte in Bayern mit ihren Spezifika beschrieben. Zu

Und was wäre das Einkaufen in Supermärkten ohne Einkaufswagen (stapelbare Einkaufskörbe), entwickelt von der aus dem Sudetenland stammenden Firma Wanzl. Auch diese findet im Museum Erwähnung.

Und schon kommen wir in die Gegenwart. Beleuchtet werden die Olympiade 1972 in München, der Streit um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und die seit Jahrzehnten staatstragende Partei CSU mit ihrem Übervater Franz Josef Strauß bis hin zur Flucht von zwei Familien aus der DDR im Ballon nach Naila. Zum Abschluss kann man aus einem Panoramafenster gleichzeitig einen Blick werfen auf Gegenwart und Vergangenheit mit den Überresten des Römerkastells sowie dem Regensburger Dom.

Neben diesem historischen Rundgang vertiefen sogenannte Kulturkabinette weitere Aspekte und Themen. Dabei geht es um die bayerischen Dialekte, Feste und Brauchtum, prägende Bauwerke in Bayern, bekannte bayerische Sportler, Kirche und Religion, Kultur (»Mama Bavaria«, Spider Murphy Gang, Augsburger Puppenkiste, Bayreuther Festspiele und anderes), die bayerischen Regionen bis hin zu den Gemeinden und die Umwelt beziehungsweise Artenvielfalt.

Es ist Geschichte direkt, oftmals aus der Sicht des Bürgers, die mit 1000 Objekten (und vielen multimedialen Präsentationen) auf 2500 Quadratmetern und 40 Geschichtsbühnen vermittelt wird. 88 Millionen Euro hat der Bau gekostet, dazu kommen sieben Millionen Euro für die Ausstattung. Täglich (außer Montag) ist das Museum von 9 bis 18 Uhr geöffnet, ab Juli kostet der Eintritt für Erwachsene fünf Euro. Und ab dem 27. September erwartet die Besucher ein weiterer Höhepunkt: die Bayerische Landesausstellung zum Thema »100 Schätze aus 1000 Jahren«. Markus Bauer



Trutzburg bayerischer Geschichte aus Glas und Beton: Regensburgs neues Museum

Bild: Bauer

die Namen der Männer, mit denen die Dame bei diversen Veranstaltungen tanzte, aufgeschrieben wurden. Die Eintragungen der Tanzpartner enden 1914, später hat sie hinter viele Namen junger Männer ein Kreuz gemalt. Und die heute meist unbedacht ausgesprochene Redewendung »08/15« gewinnt durch das seinerzeit im Krieg eingesetzte Maschinengewehr mit eben dieser Typbezeichnung eine ganz andere Bedeutung.

Münchner Abkommen zu sehen ist, ebenso ausgestellt wie Spendenosen für das Winterhilfswerk oder der Häftlingsanzug des französischen Kommunisten Auguste Pineau.

Ein Jeep der US-Army dokumentiert die Stunde Null und das Rednerpult sowie der Teppich des Bayerischen Landtags von 1948 den politischen Neubeginn in Bayern. Zur Wirtschaftswunderzeit, in der die Bevölkerung mobil wurde, gehören natürlich die

sehen gibt es in der Bühnenszenierung »Made in Bubenreuth« fünf Gitarren, die hier gefertigt wurden und es angesichts von Stars wie Elvis Presley, Paul McCartney oder Bill Wyman, die diese Gitarren spiel(t)en, quasi zu Weltruhm gebracht haben.

Angedeutet ist damit der vielfältige Instrumentenbau in früherer Zeit im Sudetenland, der sich nach der Vertreibung zum Beispiel im mittelfränkischen Bubenreuth erfolgreich fortgesetzt hat.

Mütter auf der Leinwand

Eine Seniorin, eine Roboterin – In zwei Kinostarts am 22. August dominiert das Weibliche

Neuverfilmungen, sogenannte Remakes, sind nichts Ungewöhnliches. Dass aber derselbe Regisseur den eigenen Stoff noch einmal neu verfilmt, kommt selten vor. Man könnte meinen, dass der chilenische Regisseur Sebastián Lelio mit seinem 2013 entstandenen Film »Gloria« nicht zufrieden war, weshalb er jetzt eine Hollywoodversion mit Julianne Moore folgen ließ. Dabei hatte deren Vorgängerin Paulina García auf der Berlinale 2013 für ihre starke schauspielerische Leistung den Silbernen Bären gewonnen.

In »Gloria – Das Leben wartet nicht« macht jetzt aber auch Julianne Moore eine starke Figur als geschiedene Singlefrau Gloria, die mit Ende 50 noch nach der gro-

ßen Liebe sucht. Mit dem aparten Arnold (John Turturro) scheint sie auf einen älteren Gleichgesinnten gestoßen zu sein, bis sie feststellen muss, dass der Traummann noch zu sehr an seiner alten Familie als an ihr hängt.

Das Schöne an diesem Film ist, dass er frei von jeglichem Hollywoodschmalz ist. Lelio gelingt ein sensibles wie auch amüsantes Frauenporträt, in dem Moore in ihrem Kampf gegen das Alleinsein glänzt. Mit Pophits wie Umberto Tozzis »Gloria« auf der Zunge bewegt sie sich erfrischend frei und ungekünstelt durch den Film. Dass Deutschlands Filmkone Barbara Sukowa in einer Nebenrolle auftreten darf, verleiht dem Film zusätzlichen Esprit.



Ein Herz und eine Seele: Julianne Moore und John Turturro



Liebevolle Mutter: Eine Roboterin und »ihr« Baby

Ein cineastischer Kontrast zu »Gloria« ist der am selben Tag startende Science-Fiction-Film »I Am Mother« (Ich bin Mutter). Das Hier und Jetzt ist passé. Der Film spielt in einer von humanoiden Robotern beherrschten Endzeitwelt mit ausgelöschter Menschheit. Die Menschlichkeit ist dennoch wichtiges Thema.

In einer hermetisch abgeriegelten Bunkeranlage mit menschlichen Embryonen züchtet sich eine Roboterfrau eine »Tochter« heran, der sie vieles Wissenswertes beibringt, durch die sie umgekehrt auch ihre künstliche Intelligenz weiterentwickeln kann. Mit der von der dänischen Nachwuchsschauspielerin Clara Rugaard gespielten jungen Frau scheint die »Mutter« ihr Wunsch-

kind gefunden zu haben, bis ein Eindringling der Außenwelt in Gestalt einer Terrorlady – dargestellt vom Kinostar Hilary Swank – diese harmonische Mutter-Tochter-Beziehung infrage stellt.

Männer spielen in diesem australischen Film keine Rolle, einmal abgesehen davon, dass ein Mann sich in das schwere Roboterkostüm der »Mutter« zwängen musste. Genrefans kommen dafür in den Genuss stilistisch gepflegter Science Fiction fernab von Action à la »Terminator«, dafür mit einer Bunkeratmosphäre, die der eines Raumschiffes in unendlichen Weiten ähnelt. Leider lässt einen die Handlung ziemlich ratlos zurück. Ein zweiter, erklärender Teil wird wohl nicht lange auf sich warten lassen. H. Tews

MELDUNGEN

60. Todestag von Ernst Sagewka

Bielefeld – Der aus Nikolaihorst in Masuren stammende Kunstmaler und Grafiker Ernst Sagewka, der am 22. August 1959 in Bielefeld verstarb, hat in der ostwestfälischen Provinz eine Reihe von Spuren hinterlassen. Bilder von ihm befinden sich nicht nur in der Kunsthalle Bielefeld, sondern auch in dem Bielefelder Kunstforum Hermann Stenner (Oberstraße 48) und im Museum Peter August Bockstiegel in Werther/Westfalen (Schloßstraße 111). Anders als die meisten Ostpreußen war der 1883 geborene Sagewka kein Vertriebener, sondern kam schon 1901 als Lehrling eines Malerbetriebs nach Dornberg bei Bielefeld. tws

Kleist-Briefe im Original

Berlin – Unter dem Titel »O du meine Allertheuerste!« – »Höchstgebietender Herr Staatskanzler...« ist im Berliner Geheimen Staatsarchiv, Archivstraße 12–14, eine bis 28. August laufende Ausstellung mit Briefen und Handschriften Heinrich von Kleists eröffnet worden. Zu sehen sind auch Original-Dokumente aus dem Kleist-Museum in Frankfurt an der Oder. Der Eintritt ist frei. tws

Horrorszenario der Rache

Der US-Finanzminister Henry Morgenthau wollte vor 75 Jahren das besiegte Deutschland verstümmeln und zu einem Agrarstaat machen

Vor 75 Jahren forderte der US-Finanzminister Henry Morgenthau, Deutschland nach dem Sieg der Alliierten in einen primitiven Agrarstaat zu verwandeln. Sein diesbezüglicher Plan kam zwar nie zur Ausführung, beeinflusste aber die Besatzungspolitik der Vereinigten Staaten, bis er durch den Kalten Krieg obsolet wurde.

Während der Teheran-Konferenz Ende 1943 einigten sich die „Großen Drei“ Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und Josef Stalin „im Prinzip“ über die Teilung Deutschlands. Darüber hinaus forderte der sowjetische Diktator auch noch die Deindustrialisierung des Reiches. Danach begann in US-Regierungskreisen die Diskussion über die konkrete Zukunft Deutschlands nach dem Kriege. Hierbei kam es zur Bildung von zwei Fraktionen: Auf der einen Seite standen die Befürworter eines „harten Friedens“, welche vor allem im Finanzministerium saßen, auf der anderen Seite die Verfechter eines „realistischen Friedens“ im Außen- und Kriegsministerium. Dabei neigte sich die Waagschale im Sommer 1944 deutlich zugunsten der Letzteren. Diese rieten in ihren Denkschriften unisono zu einem schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands – nicht zuletzt, um die Besatzungskosten möglichst niedrig zu halten. In diesem Sinne fiel dann auch die „Combined Directive For The Military Government in Germany Prior To Defeat Or Surrender“ (abgekürzt CCS 551), die Besatzungsdirektive der vereinigten Stabschefs der USA und Großbritanniens vom 28. April 1944 aus, auf der dann wiederum das im Juni 1944 erschienene und vom alliierten Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower abgeseignete „Handbook for Military Government in Germany“ basierte. Dieses sah ebenfalls vor, dass der besiegte Feindstaat den Großteil seiner Industrie behalten sollte.

Wie wir heute wissen, spielte ein Offizier in Eisenhowers Stab,

nämlich Colonel Bernard Bernstein, das Handbuch dem damaligen US-Finanzminister Henry Morgenthau zu. Der Politiker mit deutsch-jüdischen Wurzeln, welcher lediglich ein abgebrochenes Architektur- und Landwirtschaftsstudium vorzuweisen hatte, gehörte zu den engsten Vertrauten von Präsident Roosevelt und hasste die „teutonischen Bestien“ über alles. Deshalb geriet er in helle Aufregung, als er das Handbuch am 5. August 1944 auf einem Flug nach Großbritannien las, und versuchte sofort nach seiner Ankunft, Eisenhower, den britischen Premierminister Churchill und dessen Außenminister Anthony Eden davon zu überzeugen, dass die deutsche Schwerindustrie komplett zerschlagen werden müsse – ansonsten würde es nicht lange dauern, bis die „Hunnen“ wieder einen Krieg anzettelten.

Außerdem bildete Morgenthau im Finanzministerium, das er seit 1934 leitete, einen Ausschuss für Deutschlandpolitik und informierte Roosevelt über seine Bedenken hinsichtlich der anvisierten US-Besatzungsstrategie. Daraufhin äußerte der Präsident in der Kabinettsitzung vom 25. August 1944, er teile Morgenthaus Standpunkt. Das wiederum bewegte nun den amerikanischen Kriegsminister Henry L. Stimson zu einem entschiedenen Einspruch: „Ich kann mich ... damit nicht einverstanden erklären, dass es eines unserer Kriegsziele sein sollte, die Deutschen auf dem Niveau des Existenzminimums zu halten.“

Das brachte Roosevelt aber keineswegs davon ab, einen Kabinetts-Ausschuss ins Leben zu rufen, der die Richtlinien für einen härteren Kurs gegenüber dem geschlagenen Gegner festlegen sollte. Jedoch obsiegte auch hier die Opposition gegen Morgenthaus Pläne. So rechnete Außenminister Cordell Hull vor, dass die angestrebte Deindustrialisierung des Reiches nur durch die Tötung oder Deportierung von 40 Pro-



Konnten sich mit dem Morgenthau-Plan anfreunden: Winston Churchill und Josef Stalin bei der Teheran-Konferenz 1943

Bild: pa

zent aller Deutschen möglich sei. Dennoch legt Harry Dexter White, die rechte Hand Morgenthaus – und wie sich später herausstellte, auch ein hochrangiger Agent Stalins – dem Kabinettsausschuss am 2. September 1944 eine Denkschrift namens „Suggested Post-Surrender Program for Germany“ vor, die später als „Morgenthau-Plan“ in die Geschichte einging.

Das Dokument existiert nicht mehr, sein Inhalt wird aber beispielsweise in Morgenthaus Buch „Germany is Our Problem“ wiedergegeben. Deutschland sollte dezentralisiert, demilitarisiert und deindustrialisiert werden, und seine Bevölkerung künftig ein Dasein als Ackerbauern und Viehzüchter führen. Außerdem wurden die Abtrennung Ostpreußens, Schlesiens und ausgedehnter

linksrheinischer Gebiete sowie die Teilung in „North“ und „South Germany“ gefordert. Dass Morgenthau dies alles vollkommen ernst meinte, zeigen seine nachfolgenden Äußerungen wie die vom 4. September 1944: „Ich würde jedes Bergwerk und jede Fabrik zerstören.“

Und tatsächlich fiel dieser Plan auf fruchtbaren Boden: Auf ihrer Zweiten Québec-Konferenz vereinbarten Roosevelt und Churchill am 15. September 1944 „die Verwandlung Deutschlands in ein Land ... das in erster Linie einen landwirtschaftlichen und ländlichen Charakter hat“. Der britische Premier, der später den Eindruck zu erwecken versuchte, er habe mit der ganzen Sache nichts zu tun gehabt, wurde dabei auch von dem Wunsch geleitet, dem

Vereinigten Königreich einen gefährlichen wirtschaftlichen Konkurrenten vom Halse zu schaffen. Allerdings meldeten die Außenminister Eden und Hull unverzüglich Protest gegen den Beschluss an, und das britische Kabinett lehnte ihn ebenfalls ab. Möglicherweise hätten sich Churchill und Roosevelt aber trotzdem durchgesetzt, wenn der Morgenthau-Plan nicht an die US-Presse durchgestochen worden wäre, die dann ab dem 21. September 1944 über ihn berichtete.

Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung in den Vereinigten Staaten los, welcher den Präsidenten, der im November wiedergewählt werden wollte, dazu zwang, sich nur einen Tag nach den ersten Enthüllungen seitens des Kolumnisten Drew Pearson

von dem Vorhaben zu distanzieren: „Morgenthau hat 'nen ziemlichen Schnitzer gemacht.“

Das bedeutete indes nicht, dass der Plan des US-Finanzministers zur wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands nun völlig fallengelassen wurde. Schließlich hieß es in der ab April 1945 gültigen Besatzungsdirektive JCS 1067/6, welche die CCS 551 ablöste, die US-Militärgouverneure dürften „keine Schritte unternehmen, die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnten oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken“. Von diesem Kurs wurde erst unter Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman abgewichen, der nun die Sowjetunion als künftigen Hauptfeind der USA betrachtete. *Wolfgang Kaufmann*

Stalinhörig im Kampf gegen die »Sozialfaschisten«

Vor 75 Jahren ermordete das NS-Regime den KPD-Politiker Ernst Thälmann

Die KPD der Weimarer Republik, deren Vorsitzender er ab 1925 war, ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Ernst Thälmann war ehrgeizig, sein politischer Horizont gilt jedoch als begrenzt. Bereits früh begann die Stilisierung des von Stalin gestützten Funktionärs. Das NS-Regime inhaftierte ihn über elf Jahre und ermordete ihn 1944 im KZ Buchenwald.

Ernst Thälmann wurde am 16. April 1886 in Hamburg geboren. Sein Vater betrieb eine Schankwirtschaft für Kutscher. Wegen Hehlerei verbüßten die Eltern 1892/93 eine Zuchthausstrafe, ein Umstand, auf den politische Gegner Thälmanns noch fast 40 Jahre später lauthals hinwiesen. Zunächst in einer Pflegefamilie betreut, wurde er von seinen Eltern, die später einen Kolonialwarenladen betrieben, frühzeitig zur Mitarbeit herangezogen. Einen Beruf erlernte er nicht. Das elterliche Geschäft verließ er im Streit und arbeitete hauptsächlich im Hamburger Hafen, er war Transportarbeiter und Kutscher. Seine Zeit als Seemann und die Betätigung als Landarbeiter bei New York blieben Episoden.

Thälmann engagierte sich frühzeitig in Partei und Gewerkschaft. Seit 1903 war er SPD-Mitglied,

1904 trat er dem Transportarbeiterverband bei. 1909 wurde er ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, innerhalb seiner Partei stand er auf dem linken Flügel. Die Polizei führte aufgrund seines politischen Engagements bereits 1906 Akten über ihn. Seit 1915 diente er als Soldat an der Westfront, wegen seines ständigen Aufbegehrens blieb eine Beförderung jedoch aus. Kurz vor Kriegsende 1918 desertierte er, indem er nach einem Urlaub nicht wieder zurückkehrte.

Seiner Position folgend, fand er sich in den Reihen der neugeformten USPD. Schnell gelangte er in eine Führungsposition. Mit der großen Mehrheit der Hamburger USPD drängte er auf einen Anschluss an die Kommunistische Internationale (Komintern), was ein Zusammengehen mit der KPD bedeutete. Die so entstandene Vereinigung firmierte kurzzeitig unter dem Namen VKPD, später verkürzte man wieder auf KPD. Bereits 1921 war Thälmann Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg. Für die Partei arbeitete er nun hauptamtlich. Im selben Jahr nahm er am III. Weltkongress der Komintern teil, er reiste zum ersten Mal nach Moskau.

Er selbst innerlich der KPD war Thälmann links orientiert. Beim

Hamburger Aufstand im Oktober 1923, der den bewaffneten Umsturz in Deutschland auslösen sollte, spielte er zwar eine Rolle, jedoch nicht in dem Maße, wie es später die entsprechend geeignete Geschichtsschreibung darstellte. Sowohl innerhalb der KPD als auch in der Komintern, wo man ihn in das Exekutivkomitee sowie in das Präsidium berief, setzte sich sein Aufstieg rasant fort. Thälmann wurde wohl auch als „proletarisches Aushängeschild“ zwischen den intellektuellen KPD-Spitzen benötigt.

Nachdem zwar ebenfalls linke, aber nicht so stalintreue Führer wie Thälmann verdrängt wurden, übernahm dieser im September 1925, mit Unterstützung aus Moskau, den Parteivorsitz. Es erfolgte der weitere Umbau der KPD zur „Partei neuen Typus“. Hermann Weber, Nestor der DDR- und Kommunismusforschung, urteilte, sei Thälmanns „persönliche Tragödie“ gewesen, „dass er von der Komintern und Stalin in eine Funktion gebracht wurde, der er geistig und politisch nicht gewachsen war“; dennoch sei er „zum Theoretiker des deutschen

Kommunismus stilisiert“ worden. Er habe „zum Radikalismus und zur Selbstüberschätzung“ geneigt. Für den sowjetischen Machthaber war Thälmann der richtige Mann am richtigen Platz. Er schätzte dessen Loyalität. Als ihn 1928 die eigenen Leute seiner Funktion enthoben, weil ein Parteifreund Gelder unterschlagen hatte und Thälmann dies kaschieren wollte, sorgten Stalin und die Komintern dafür, dass er wieder den Vorsitz übernahm.

Der Hamburger Bürgergesellschaft gehörte er seit 1919 an, dem Reichstag seit 1924. Thälmann war unter der Arbeiterschaft durchaus populär. Für das Amt des Reichspräsidenten kandidierte er 1925 und 1932. Spekulation bleibt, ob 1925 im Falle des Rückzugs seiner Kandidatur im zweiten Wahlgang seine Wähler ihre Stimme dem Zentrums kandidaten Wilhelm Marx gegeben hätten. Damit wäre dieser und nicht Paul von Hindenburg Reichspräsident geworden, was wiederum der deutschen Geschichte eine andere Richtung hätte geben können.

Derartige Verzichtüberlegungen dürften Thälmann, der oft ge-

lungen von der Revolution sprach und der bis zum Verbot 1929 auch den Roten Frontkämpferbund anführte, allerdings fremd gewesen sein. Die KPD konzentrierte sich vielmehr auf die Bekämpfung der Weimarer Republik. Als Hauptfeind sah sie mitnichten die Ende der 1920er Jahre erstarkende NSDAP an. Vielmehr folgte sie der Moskauer Linie. Gegner waren vor allem die Sozialdemokraten, welche als Sozialfaschisten verunglimpft wurden.

Im März 1933, wenige Wochen nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“, erfolgte die Festnahme Thälmanns. In der Haft erwies er sich als standhaft. Von einem ursprünglich gegen ihn geplanten Hochverratsprozess sah das NS-Regime ab, wohl aus Angst, aufgrund mangelnder Beweise eine ähnlich schlechte Figur zu machen wie beim Reichstagsbrandprozess. In den Folgejahren blieb Thälmann sogenannter Schutzhäftling der Gestapo. Seine willkürliche Festsetzung wurde auch international wahrgenommen. Von Moskauer Seite erhoffte er sich, vor allem nach den verbesserten Beziehungen zum Deutschen Reich mittels des Hitler-Stalin-Pakts von 1939, Unterstützung bezüglich seiner Freilassung. Die Sowjets enttäuschten

ihren treuen Gefolgsmann allerdings. Die Nationalsozialisten beschlossen erst im Sommer 1944, ihren prominenten Häftling zu beseitigen. Am 18. August wurde er im KZ Buchenwald erschossen. Laut offizieller Darstellung hieß es, er sei bei einem – wenige Tage später erfolgten – Luftangriff ums Leben gekommen.

Nicht nur der Märtyrer-Tod, auch der konsequente Lebensweg Thälmanns boten sich für eine Mythisierung durch die DDR geradezu an. In einer hier erschienenen Biografie findet sich der Satz: „Der Geist Ernst Thälmanns ist in der Deutschen Demokratischen Republik lebendig.“ Die Heldenfigur eines an den notwendigen Stellen biografisch bereinigten Ernst Thälmann war in der DDR nahezu allgegenwärtig. Unzählige Straßen, Ausbildungsstätten und andere Einrichtungen wurden nach ihm benannt, eine Vielzahl von Denkmälern errichtet. Die Pionierorganisation trug seit 1952 seinen Namen. Thälmanns Frau Rosa war Volkskammerabgeordnete. Seine Tochter Irma Gabel-Thälmann widmete sich der Vermittlung des um Legenden angereicherten Bildes, nicht zuletzt durch das Buchlein „Erinnerungen an meinen Vater“.

Erik Lommatzsch

In der DDR
mythisiert und
allgegenwärtig

Strippenzieher bei der Teilung Berlins

Den Namen seines Vaters Friedrich Ebert spielte der gleichnamige Sohn als Trumpfkarte aus

Er trug einen klangvollen Namen – Friedrich Ebert, Sohn des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Um die Namensgleichheit zu entwirren, fügte er ein „junior“ an. Oder nannte sich „Fritz“. Es hätte dieser Namenskosmetik nicht bedurft. Der Vater kämpfte für einen demokratischen Staat, versuchte, die Parteien zu einen, der Sohn gehörte zu den Strippenziehern der Teilung Berlins.

Dabei hatte es ausgesehen, als würde der vor 125 Jahren, am 12. September 1894, in Bremen geborene Ebert „junior“ seinen Weg in der Partei machen, der auch sein Vater angehörte, bei den Sozialdemokraten. Er lernte Buchdrucker, wurde Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD. Jahre als Soldat im Ersten Weltkrieg folgten. Ab 1919 arbeitete er als Redakteur beim 1876 als „Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands“ gegründeten „Vorwärts“, wechselte 1925 zur „Brandenburger Zeitung“. In Brandenburg war er Stadtverordneter, für die Provinz Brandenburg saß er im Vorstand des Städtetages, ebenso im SPD-Bezirksvorstand. Mitglied des Reichstages war er von 1928 bis 1933.

Wegen angeblicher illegaler politischer Tätigkeit wurde Ebert im August 1933 verhaftet. Acht Monate sperrten ihn die Nationalsozialisten in die Konzentrationslager Börgermoor und Oranienburg ein. Nach der Entlassung stand er bis zum Ende des Krieges unter Polizeiaufsicht. Nach dem Einzug zur Wehrmacht blieb ihm die Front erspart, er arbeitete beim Reichsverlagsamt.

Nach dem Krieg übernahm Ebert die Leitung des SPD-Landesverbandes Brandenburg. Er störte sich nicht daran, dass im Zuge der Vereinigung seiner Partei mit der KPD zur SED widerstrebende Sozialdemokraten in Lager gesteckt, psychischem und physischem Druck ausgesetzt wurden.

Der spätere SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer schätzte 1961, dass „in der Zeit von Dezember 1945 bis April 1946 mindestens 20 000 Sozialdemokraten gemaßre-

gelt, für kürzere oder auch für sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet“ wurden. In dieser Zeit führte Otto Grotewohl den Zentralausschuss der SPD. Er lehnte die Vereinigung von KPD und SPD strikt ab, bis er, so erinnerte sich später

nun an, die Sache hinter sich zu bringen“, wie der deutsche Historiker und Politikwissenschaftler Wilfried Loth in seinem 1994 in Berlin erschienenen Buch „Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte“ schrieb. Grote-

Admiralspalast die Vereinigung von KPD und SPD zur SED statt, gültig nur für den Ostsektor. Vorsitzende wurden der vormalige Sozialdemokrat Grotewohl und der vormalige Kommunist Wilhelm Pieck.

großen Mercedes schenken. Bei der sowjetischen Kommandantur in Karlshorst war er wohlgehten, auch ohne durch eine Moskauer Kadernschule gegangen zu sein.

Im Juni 1948 lösten die Sowjets mit einer Blockade West-Berlins

meinsames Stadtparlament, nach dem Kriege erstmals 1946 gewählt. Als Oberbürgermeister führte vertretungsweise der Christdemokrat Ferdinand Friedensburg (CDU) die Geschäfte, als am 30. November 1948 auf einem sogenannten Volkskongress im Admiralspalast dieser Gesamtberliner Magistrat für abgesetzt erklärt und Ebert als neuer Oberbürgermeister vereidigt wurde. Angeblich hatten sich Beschwerden über den amtierenden Magistrat gehäuft. Der Aufstand war sorgfältig inszeniert, der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Marschall Wassilij Sokolowski, zeichnete für den Aktionsplan für die Berliner Frage namens „Sonnenaufgang“ verantwortlich. Über der Bühne des Berliner Admiralspalastes hing ein Transparent mit den Worten: „Für Schaffung eines Magistrates, der dem Volk dient“. Gut vorbereitet, war das in 110 Minuten geschafft, einschließlich einer Rede von Ebert, in der er von der „wiederhergestellten Einheit Berlins“ sprach.

Damit war die Teilung Berlins vollzogen, die Stadt hatte zwei Regierungen. Als der rechtmäßige Bürgermeister Friedensburg in seine Diensträume im Osten der Stadt wollte, hinderte ihn die Volkspolizei daran.

Es war zu spät für Warnungen der SPD aus dem Westen, die in einem Aufruf schrieb: „Mit dem Namen Friedrich Ebert versucht man euch zu blenden. Laßt euch nicht täuschen“. Der Mann, über den der Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, General Lucius D. Clay, klagte: „Ich wünschte, ich könnte ihn würdigen Sohn seines Vaters nennen“, blieb bis 1967 im Amt.

Die DDR dankte reichlich. Ebert erhielt den Karl-Marx-Orden, den Vaterländischen Verdienstorden und den Großen Stern der Völkerefreundschaft. Man machte ihn zum Ehrenbürger Berlins. Am 4. Dezember 1979 starb er so Geehrte. Aus der Liste der Ehrenbürger wurde Ebert 1992 gestrichen.

Klaus J. Groth



Glückwünsche des Staats- und Parteichefs zum 80. Geburtstag: Erich Honecker gratuliert 1974 Friedrich Ebert (v.r.)

Bild: akj images

Egon Bahr, von einem Besuch der Sowjetischen Militäradministration „als Verwandelter zurückkehrte“. Grotewohl klagte, die Sozialdemokraten würden „von russischen Bajonetten gekitzelt, ihre Organisation in den Ländern sei vollkommen unterwandert. Männer, die ihm noch vor vier Tagen versichert hätten, sie seien entschlossen, Widerstand zu leisten, flehten ihn

wohl wurde zum führenden Fürsprecher der Vereinigung beider Parteien. An seiner Seite: Ebert.

Bei einer Urabstimmung in den Westsektoren Berlins lehnten 82 Prozent der Sozialdemokraten eine Zusammenlegung ab. Im Ostteil der Stadt hatte die Sowjetische Militäradministration eine vorherige Abstimmung untersagt. Am 22. April 1946 fand im Berliner

Ebert wurde einer der Landesvorsitzenden der SED sowie Mitglied des Parteivorstandes, des Zentralkomitees und des Politbüros im ZK der SED. Die Sowjetische Militäradministration berief ihn in die Beratende Versammlung Brandenburgs. Schließlich saß er als Präsident dem Brandenburgischen Landtag vor. Von einem russischen Offizier ließ er sich einen

die Erste Berlin-Krise aus. West-Berlin konnte nicht mehr über Land oder auf dem Wasserweg versorgt werden. Die Luftbrücke wurde eingerichtet. In dieser äußerst angespannten Situation teilte die Sowjetische Militäradministration im November 1948 Ebert mit, man werde ihn zum Oberbürgermeister von Ost-Berlin machen. Noch gab es in Berlin ein ge-

Bad Mergentheim feiert den Deutschen Orden

Zum 800. Jubiläum bietet die Tauber-Stadt ein buntes Programm für jedermann samt Sonderausstellung im Deutschordensmuseum

Der Gang durchs Taubertal ist ein Gang durch die deutsche Geschichte, durch das alte Reich“, schrieb 1865 der Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich von Riehl. Die nunmehr 800-jährige Geschichte des Deutschen Ordens in Bad Mergentheim bestätigt diese Aussage bis auf den heutigen Tag.

In diesem Jahr platzt das im Tal der Tauber gelegene, knapp 24 000 Seelen zählende Städtchen Bad Mergentheim aus allen Nähten. Die Feierlichkeiten zu „800 Jahre Deutscher Orden in Bad Mergentheim“ locken Besucher von nah und fern an. Zu den beliebtesten Veranstaltungen gehören der historische Wachaufzug nebst Rekrutenwerbung der in elegante, blau-weiße Uniformen gekleideten Historischen Deutschorden-Compagnie, deren Mitglieder gegen Ende ihres Auftritts Salutschüsse aus Vorderladergewehren abfeuern. Ein großer Teil der Mergentheimer Bevölkerung ist in die Festivitäten eingebunden, zu denen in diesem Jahr verschiedene Symposien und zahlreiche Vorträge über die historische Entwicklung des Ordens sowie eine bis zum 26. Januar gezeigte Sonderausstellung unter dem Titel „Mythos und Wahrheit. Der

Deutsche Orden im Südwesten“ im Deutschordensmuseum gehören.

Die meisten Bürger der Stadt sind mit der Geschichte des „Ordens der Brüder vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem“ vertraut, und auch Schulkinder geben ihr Wissen gern an die Besucher weiter. Die Verbindung des Ordens zu Mergentheim entstand 1219 durch Mitglieder des Adelsgeschlechts derer von Hohenlohe, die dem Orden große Teile ihrer Besitztümer übereigneten. Unter ihrer Ägide entstand in der Region eine Vielzahl bedeutender Bauwerke, unter denen das prächtige Renaissanceschloss mit der berühmten Berwart-Treppe einen besonderen Rang einnimmt.

Von 1217 bis 1219 führten die Kreuzritter in Damiette einen erbitterten Kampf gegen die muslimischen Ayyubiden mit dem Ziel der Rückeroberung Jerusalems. Diese Schlacht, in welcher der Deutsche Orden verletzte Kreuzfahrer und Pilger in seinen Spitälern behandelte, wurde zur Initialzündung für großzügige Schenkungen adliger Kreise an den Orden. An erster Stelle standen die bereits erwähnten „Edelfreien“ Brüder Hohenlohe. Am 16. Dezember Anno 1219 gelangte der Orden durch einen

Erbvergleich in den Besitz von bedeutenden Ländereien in der Umgebung Mergentheims. Dazu zählten zwei Burgen, Zoll, Gericht und Zehnt, Fischerei- und Weidrechte sowie Waldflächen. „Nudi nudum Christum sequi cupientes“ heißt es in der Übereignungsurkunde. Was soviel bedeutet, dass die Kreuzritter dem nackten Christus aus tiefer innerer Überzeugung nackt und demütig folgen wollten.

Andreas von Hohenlohe trat als Einziger dem Orden bei, unterzeichnete aber mit seinen Brüdern Gottfried und Konrad einen Teilungs- und Abfindungsvertrag. Weitere Familienmitglieder entschlossen sich zu großzügigen Schenkungen an den Deutschen Orden. Diese ermöglichten auch den Bau von Schloss Mergentheim, das nach der Reformation und den Bauernkriegen über einen Zeitraum von nahezu 300 Jahren zur Residenz der Hoch- und Deutschmeister wurde.

Bevor der Besucher in die wechselvolle Geschichte des Ordens einsteigt, sollte er einen Blick auf eine der „Perlen“ des Schlosses werfen. Der „Schneck“ ist eine freistehende Wendeltreppe, die sich, begleitet von zierlichen gedrehten Säulchen, bis unter das Dach hinauf windet. Neben diesem filigra-

nen Meisterwerk des Renaissance-Baumeisters Blasius Berwart nimmt sich das Modell der ersten Trutzburg ziemlich klobig aus. Schönheit war seinerzeit weniger gefragt als Wehrhaftigkeit. Die erste Schlossanlage ging aus einer Wasserburg derer von Hohenlohe hervor. Von einer Leiter aus kann der Besucher das Innere besichtigen, nebst Zugbrücke und Stallungen. Ein Ritter hoch zu Ross in vollem Ornat mit Schild und Schwert demonstriert, in welcher unbequemen, die Beweglichkeit stark einschränkenden Montur die Herren des „Deutschen Ritterordens“ sich auf ihre Kreuzzüge ins Heilige Land begaben.

Die Historie des Ordens und seine hierarchische Ordnung werden auf großen Schautafeln erklärt. Ohne ihre Hilfe geriete mancher auch ins Schleudern, denn die geschichtlichen Zusammenhänge sind reichlich verzwickelt. Der Deutsche Ritterorden, Deutschorden, entwickelte sich 1198 aus einer Hospitalkommunität, die norddeutsche Kaufleute aus Bremen und Lübeck auf dem dritten Kreuzzug im Jahre 1190 während der Belagerung von Akkon gründeten. Die Ordensritter waren erkennbar an ihren weißen Mänteln, auf denen ein

großes schwarzes Kreuz prangte. Oberhaupt des Ordens war der auf Lebenszeit gewählte Großmeister, dem fünf Großgebietige als Berater zur Seite standen. Auf großflächigen Gemälden sind streng blickende, Ehrfurcht einflößende Groß- und Hochmeister dargestellt. In den Licht durchfluteten Sälen des Schlossmuseums wird die Entwicklung des Deutschen Ordens anhand von Kartenmaterial, Gebrauchsgegenständen, Grafiken und Gemälden anschaulich demonstriert. Der einstige Reichtum des Ordens offenbart sich dem Besucher bereits beim Anblick der umfangreichen Waffen- und Münzsammlungen.

Die fürstlichen Gemächer des Schlosses sind mit erlesenem Dekor und kostbarem Mobiliar ausgestattet. Aus seinem goldenen Rahmen blickt Kurfürst Clemens August als Hochmeister des Deutschen Ordens um das Jahr 1745 huldvoll auf die Besucher herab. Die ausschweifende Lebensfreude hatte auch vor den einst so rigiden Regeln des Ordens nicht haltgemacht. Der Kapitelsaal, ein eleganter Mix aus Spätbarock und Klassizismus, prunkt mit Stuckdecken und Kristalllüstern, die wie Diamanten in der Sonne funkeln. Statt

rauschender Feste finden hier heute in erster Linie Kammerkonzerte statt.

Auch die Schlosskirche, deren sonnenhelle Fassade an die Theatinerkirche in München erinnert, ist eine eingehende Besichtigung wert. Hinreißend das Deckengemälde von Johann Nikolaus Stuber, das die Verherrlichung des Kreuzes im Himmel und auf Erden darstellt!

Die Prachtentfaltung des 18. Jahrhunderts fand ihr jähres Ende, als Napoléon Bonaparte 1809 den Orden verbot. Doch der Deutsche Orden hatte in seiner über 600 Jahre währenden Geschichte so kräftige Wurzeln geschlagen, dass er sich gleich nach der Niederlage des Imperators neu konstituierte und bis zum heutigen Tage fort besteht. Eine stolze Tradition, die es verdient, weiter gepflegt zu werden.

Uta Buhr

Nähere Informationen über die Sonderausstellung „Mythos und Wahrheit. Der Deutsche Orden im Südwesten“ erteilt die Deutschordensmuseum gGmbH, Schloß 16, 97980 Bad Mergentheim, Telefon (07931) 52212, Fax (07931) 52669, E-Mail: info@deutschordensmuseum.de

CDU wirft »christlichen Ballast« ab

In das entstehende Vakuum tritt eine andere Religion

Die CDU lässt offiziell wissen: Um ein Parteibuch zu erwerben, ist „die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche oder einer anderen religiösen Glaubensrichtung keine Voraussetzung“. Das „christliche Verständnis vom Menschen“ sowie die „Grundwerte“ Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit seien wichtig. „Jeder, der auf dieser Grundlage mit uns Politik für unser Land gestalten will, ist uns

herzlich willkommen, unabhängig von der jeweiligen Einstellung zur Religion.“

Das er sich mit den genannten „Grundwerten“ nicht identifizieren kann?

1945, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, war die CDU entstanden. Gestützt auf Vorläufer, war es eine entscheidende Neuerung, dass man sich als Partei für Katholiken wie auch für Protestanten verstand. Die Positionierung im politischen Spektrum formte sich erst nach und nach aus, anfangs etwa verfügten die Vertreter eines „christlichen Sozialismus“ über erheblichen Einfluss. Das Fundament „Christentum“ hingegen stand außer Frage.

Dieses Selbstverständnis hat sich grundlegend gewandelt. Eine ganze Reihe von führenden CDU-Politikern arbeitet verbal und handfest daran, die eigene Partei möglichst weit vom Christlichen zu entfernen. Gewählt wird dabei allerdings weniger der Weg der Säkularisierung und der Abkehr vom Religiösen im Allgemeinen. Es erfolgt vielmehr die ausdrückliche Öffnung gegenüber einer anderen Religion – einer Religion, deren Schnittmengen mit dem Christentum, gerade aus ihrem eigenen Verständnis heraus, eher überschaubar sind.

„Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas“, erklärte der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits 2006 bei der Eröffnung der von

ihm initiierten „Deutschen Islamkonferenz“. Wesentlich bekannter ist die Wiederholung dieser These durch den von der CDU gestellten Bundespräsidenten Christian Wulff, der 2010 nach einigen Selbstverständlichkeiten über die christlichen und jüdischen Traditionen äußerte: „Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“.

Zurückgehen soll die Formulierung laut „Deutschlandfunk“ auf den afghanisch-stämmigen Fernsehproduzenten Walid Nakschabandi. Dieser veröffentlichte vor Kurzem im „Tagesspiegel“ einen Artikel mit dem Titel „Muslime, seid stolz“, in welchem sich unter anderem die Worte finden: „Es ist endlich Zeit, sich zu wehren.“ Die Bundeskanzlerin, bekanntlich CDU, bekräftigte Wulffs Satz, dass der Islam zu Deutschland gehöre, 2015 noch einmal mit einem „Das ist so; dieser Meinung bin ich auch.“

Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU-Vorsitzende und zudem neuerdings Ministerin, äußerte gegenüber „Christ & Welt“, dass sie sich zwar als „Christdemokratin“ verstehe, aber „ich weise es von mir, eine christliche Politik zu machen“. Julia Klöckner, stellvertretende Parteivorsitzende und ebenfalls Ministerin, schrieb in der „Zeit“: „Wir sollten nicht den christlichen Glauben wiederent-

decken aus Angst vor einer angeblichen Islamisierung.“

Peter Tauber sagte bereits 2014 in seiner Funktion als Generalsekretär der Partei, dass die CDU eine „Union für Zuwanderer“ werden müsse. Armin Laschet, CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, lud Ende Mai dieses Jahres „Vertreterinnen und Vertreter muslimischen Glaubens“ zum Ramadan-Fastenbrechen in seine Staatskanzlei.

Schon 2030 ein muslimischer Bundeskanzler

In Anbetracht dieser und weiterer Beispiele verwundert es kaum noch, dass der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus sich schon für das Jahr 2030 einen muslimischen Bundeskanzler vorstellen kann, und zwar von der CDU. Wann und warum genau in der CDU der Drang eingesetzt hat, ihre Fundamente in immer größerer Eile abzutragen und das entstandene Vakuum mit Fremdem zu füllen, wird dereinst die Wissenschaft klären. Feststellbar ist heute ein offenbar unumkehrbarer Weg der immer weiter gehenden Vernichtung des Eigenen.

Erk Lommatzsch



Moment der Woche

Wegen einer ziemlich banalen Forderung hat sich Carsten Linnemann einem Sturm der Empörung ausgeliefert. Der CDU-Politiker regte gegenüber der Deutschen Presseagentur (DPA) an, ausländischen Kindern, die kein Deutsch sprechen, eine Vor-

„Grundschulverbot“ für diese Kinder.

Ohne den Hintergrund zu prüfen, gingen andere Politiker auf Linnemann los, darunter auch zwei von der CDU: Schleswig-Holsteins Kulturministerin Karin Prien warf Lin-

Von Falschmeldung aufgestachelt

schmann „Ausgrenzung“ vor, An-schulpflicht aufzuerlegen. Erst mit ausreichenden Deutschkenntnissen sollten sie für die Regelschule zugelassen werden. Die DPA verfälschte die Forderung, indem sie Linnemann öffentlich unterstellte, er wolle ein

nette Widmann Mauz, Ausländerbeauftragte des Bundes, witterte in Linnemanns vermeintlicher Verbotsidee einen Anschlag auf die Schulpflicht. Später musste die DPA zugeben, Linnemann falsch wiedergegeben zu haben. H.H.

Im Filz aus Staat und Linksextremisten

Gibt es einen „Tiefen Staat“ auch bei uns? Teil 2: Wie Politiker, Behörden und Medien mit der Antifa kooperieren

Legt man die übliche Definition des Tiefen Staates zugrunde, dann handelt es sich dabei um einen Staat im Staate, der durch die geheime und illegale Kumpanei von Militär, Geheimdiensten, Polizei, Politik, Verwaltung und Justiz mit Rechtsextremisten und Schwerstkriminellen geprägt ist. Ein solcher existiert hierzulande augenscheinlich nicht, auch wenn dies gelegentlich behauptet wird (siehe PAZ 32/2019). Andererseits scheint es aber, als ob in der Bundesrepublik inzwischen ebenfalls klandestine antidemokratische Strukturen und Netzwerke entstanden sind.

Laut dem Verfassungsschutzbericht für 2018 verfolgen Linksextremisten „das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung und damit die freiheitliche Demokratie zu beseitigen und durch ein kommunistisches beziehungsweise anarchistisches, ‚herrschaftsfreies‘ System zu ersetzen.“ Dabei begehen sie auch regelmäßig schwerste Straftaten. Trotzdem kooperieren Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen in der Bundesrepublik unter der Hand mit Antifa-Gruppierungen und statten diese mit finanziellen Mitteln aus, die teilweise aus Schwarzen Kassen stammen.

Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit der „Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit“, welche direkt dem Münchener Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) unterstellt ist, mit der „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München“, kurz „a.i.d.a.“.

Diese wird vom Rathaus über das sogenannte „Feierwerk“ alimentiert und sammelt ebenso fleißig wie konspirativ Daten über angebliche „Rechte“, was die Kommune selbst aus juristischen Gründen nicht tun darf. Ebenso stellt die Stadt München auch

noch anderen Linksextremisten auf Umwegen Gelder zur Verfügung, wobei sie diesen Umstand trickreich zu verschleiern versucht, wie Christian Jung und Torsten Groß in ihrem Buch „Der Links-Staat“ im Detail belegen konnten.

Ähnliche Zustände herrschen in Düsseldorf und Berlin. Im ersteren Falle wird das der Antifa nahestehende „Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation“ (ZAKK) von der Stadt gesponsert. An der Spree kassieren das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin“ (apabiz) und die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MBR) Geld vom Pleiteland Berlin, obwohl die Querverbindungen der beiden Organisationen zur gewalttätigen linksextremen Szene ins Auge stechen.

Eine heimliche Affinität besteht des Weiteren offenbar auch zwischen manchen Vertretern der Justiz und der militanten Linken. Beispielsweise war die 2015 ver-

storbene Richterin am bayerischen Verfassungsgerichtshof, Angelika Lex, die übrigens auf Betreiben der Grünen in ihr Amt gelangte, ganz zweifellos eine Sympathisantin und Unterstützerin der Antifa. Darüber hinaus sei auf die zahllosen milden Urteile gegen gewalttätige Antifa-„Aktivisten“ vor deutschen Gerichten verwiesen.

So ließ das Sächsische Oberlandesgericht einen Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei, dem wegen seiner Rädelführerschaft bei den schweren Krawallen im Zusammenhang mit der Blockade von Gedenkdemonstrationen anlässlich der Zerstörung der Stadt Dresden am 13. Februar 1945 viermal der Prozess gemacht wurde, am Ende ohne Strafe davonkommen, wozu es noch einen warmen Händedruck vom Staatsanwalt als Bonus obendrauf gab.

In anderen Fällen wird gleichgar nicht erst ermittelt, obwohl die Polizei doch angeblich

„rechts“ eingestellt sein soll. Aber das trifft eben maximal auf die unteren Ränge zu, welche sich im tagtäglichen Einsatz mit den Folgen der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen in der Ära Merkel herumschlagen müssen.

Bei den höheren Chargen, die ihre Karriere dem Wohlwollen der Politik verdanken, sieht es anders aus. Das könnte auch die Erklärung für so manche Merkwürdigkeit sein. Hierzu ebenfalls zwei Beispiele: Bis heute ist ungeklärt, wieso die Einsatzleitung der Dresdner Polizei den Pegida-Demonstrationszug vom 1. Dezember 2014 entgegen aller vorheriger Absprachen in Richtung des Terrassenufers schickte, wo er dann von der Antifa zwischen der Elbe und den Mauern der Brühlischen Terrasse eingekesselt und mit Unrat beworfen werden konnte – übrigens ohne dass dafür auch nur ein einziger der Störer später verurteilt wurde.

Ebenso ominös wirkt die Anschlagsdrohung gegen Pegida

vom Januar 2015. Nachdem am 12. jenes Monats bemerkenswerte 40 000 Menschen gegen den islamischen Terror auf die Straße gegangen waren, verhängte Dresdens oberster Polizeichef Dieter Kroll am 18. Januar ein Demonstrationsverbot aufgrund von angeblichen „Hinweisen ausländischer Geheimdienste“ über drohende Attentate. Mehr erfuhr die Öffentlichkeit hierzu nie – allerdings fiel die Zahl der Teilnehmer an den nächsten zugelassenen Pegida-Umzügen dann bis Anfang Februar auf 2000.

Und dann wäre da noch der Verfassungsschutz, welcher sich erklärtermaßen um die Bekämpfung aller Formen des Extremismus müht. Er ignoriert zum einen das Treiben solcher linksradikaler und gesetzeswidrig agierender Institutionen wie der Münchener „a.i.d.a.“ und greift zum anderen genau wie manche Kommunen auf die „Erkenntnisse“ von Schnüfflern und Denunzianten der Antifa zurück: Als der neue Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, die AfD im Januar dieses Jahres ohne Rechtsgrundlage zum „Prüffall“ erklärte, begründete er dies mit einem Gutachten seiner Behörde über die Partei.

Allerdings gab es für die darin enthaltenen Vorwürfe teilweise keine anderen Belege als Internetseiten von „Recherchegruppen“ der Antifa. Ist das einfach nur Unfähigkeit oder deutet sich hier eine weitere, vor der Öffentlichkeit nach Kräften verborgen gehaltene Allianz des Staates mit Linksextremen an?

Normalerweise müssten die Medien derartige Dinge thematisieren. Stattdessen stützen sie sich selbst auf „Rechtsextremismusexperten“ aus dem Dunstkreis der Antifa. So gehörte ein Spitzel der „a.i.d.a.“ für längere Zeit dem Beraterkreis des Bayerischen Rundfunks an. Und die linke Tageszeitung „taz“ versuchte

2018 ein geheimes Netzwerk unter den AfD-Bundestagsabgeordneten zu finden, indem sie das „apabiz“ mit entsprechenden Recherchen betraute – was indes ausging wie das Hornberger Schießen. Ebenfalls auf die „Expertise“ der „Antifaschisten“ setzten in der Vergangenheit „Zeit online“ und die „Mitteldeutsche Zeitung“.

Die Netzwerke und Strukturen hierzulande, welche offenbar versuchen, im verborgenen demokratische Spielregeln auszuhebeln, vereinen also keine rechts-

Antifa-»Recherchen« als Grundlage für den Verfassungsschutz

gerichteten Kriminellen und Vertreter des Staates. Stattdessen bietet sich in zahlreichen Fällen das Bild einer Kumpanei oder Kooperation zwischen Gruppen von Personen innerhalb der Exekutive und Judikative sowie der Presse mit Gesetzesbrechern linker Couleur.

Diese Entwicklung nahm vor allem im Jahre 2000 Fahrt auf, nachdem der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vollmundig zum „Aufstand der Anständigen“ geblasen hatte. Anlass war damals der Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge gewesen – allerdings stammten die Täter gar nicht aus dem rechten Spektrum, sondern aus Marokko und Jordanien.

Seitdem scheint die Bundesrepublik auch in puncto „Tiefer Staat“ einen deutschen Sonderweg zu gehen, wobei ein sehr enger Zusammenhang mit dem parallelen Einschlagen weiterer Sonderwege in der Asyl- und Klimapolitik besteht. Denn dieses wäre ohne das unablässige Wirken der linken Netzwerke nicht möglich gewesen.

Wolfgang Kaufmann



Hat sein Amt stark politisiert: Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang

Bild: Imago/IPPON



MELDUNGEN

Schüler fahren bald kostenlos

Allenstein – Ab dem 1. September wird die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in Allenstein eingeführt. Sie gilt für Kinder (ab vier Jahren), die in Allenstein Grundschulen besuchen und Jugendliche. Voraussetzung ist, dass ihre Eltern oder Erziehungsberechtigten in Allenstein wohnen und ihre Einkommenssteuer beim Finanzamt in Allenstein zahlen. Die Vergünstigung wird auf einer Allensteiner Stadtkarte für öffentliche Verkehrsmittel registriert, die auf der Grundlage eines Schulausweises oder eines Dokuments, aus dem das Alter des Kindes hervorgeht, ausgestellt wird. Daneben muss eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Allensteiner Finanzamts vorliegen. *E.G.*

Staus aufgrund von E-Visum

Königsberg – Seit Einführung des elektronischen Visums für EU-Bürger kommt es zu kilometerlangen Staus an den Grenzübergängen. Wie Andrej Jermak, der Minister für Kultur und Tourismus des Königsberger Gebiets erklärte, seien die Zollbehörden auf den Andrang, vor allem von Pkw-Reisenden, nicht vorbereitet gewesen. Weil für die Einfuhr von Pkw ein Formular ausgefüllt werden muss, das nicht elektronisch ausgefüllt werden kann, kam es zu Wartezeiten von bis zu anderthalb Stunden. Zu Staus komme es aber auch, weil die meisten Autofahrer den Grenzübergang Heiligenbeil [Mamonowo 2] nutzen, während die in Pr. Eylau [Bagrationsow] und Braunsberg [Braniewo] frei seien. *MRK*

In Ostpreußen ging die Post ab

Kulturzentrum Ostpreußen präsentiert Briefmarkenausstellung im Haus Kopernikus in Allenstein

Ende Juli fand im Haus Kopernikus, dem Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, die Eröffnung der Ausstellung „Ostpreußen auf Briefmarken aus aller Welt“ des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen statt. Sie wird noch bis zum Oktober in Allenstein zu sehen sein.

War das Sammeln der bunten Marken zunächst ein von Kindern eifrig betriebenes und von Erwachsenen belächeltes Hobby, so wurde die Briefmarkensammelleienschaft bald eines der beliebtesten generationenübergreifenden Steckenpferde aller Zeiten, so kann man auf einer der Ausstellungsafeln im Haus Kopernikus erfahren.

Die Ausstellung „Ostpreußen auf Briefmarken aus aller Welt“, deren feierliche Eröffnung Ende Juli im Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit stattfand, zeigt auf 20 Schautafeln Briefmarken, die im Zusammenhang mit Ostpreußen stehen. Zu den jeweiligen Motiven der kleinen Kunstwerken gibt es ausführliche Erläuterungen. Wie der Direktor des Kulturzentrums, Wolfgang Freyberg, in seiner Eröffnungsrede unterstrich, ist es bemerkenswert, dass die ausgestellten Briefmarken von über 20 internationalen Postverwaltungen herausgegeben wurden, zu denen auch Postämter in Afrika und Südamerika zählten. Manchmal wundere man sich darüber, wie Ostpreußen im fernen Ausland wahrgenommen werde. Das zeige die den Einheimischen gut bekannten Verhältnisse in einem neuen Licht.

Die präsentierten Themen reichen von der Natur und Landschaft Ostpreußens, den Städten



Bild: D.K.

Nach der offiziellen Ausstellungseröffnung: Besucher unterhalten sich angeregt miteinander

und Sehenswürdigkeiten sowie der Alltagskultur bis hin zur Geschichte, den berühmten Landeskindern Ostpreußens und deren Leistungen. Mit einem Wort, die Ausstellung dokumentiert also eine Vielfalt an Motiven, die in jeglicher Hinsicht mit Ostpreußen verbunden sind.

So erkennt man beispielsweise auf einer der Briefmarken die Gestalt des Chefs der kommunistischen Partei Polens Wladyslaw Gomulka. Im Hintergrund ist der aufgrund der Potsdamer Konferenz beanspruchte Grenzverlauf der Volksrepublik Polen zu sehen. Die Briefmarke sollte an die Verwaltung deutscher Gebiete durch die Volksrepublik erinnern. Eine andere, bläuliche

Marke mit einem weißen Schiff bezieht sich auf die Einrichtung des Seedienstes Ostpreußen im Jahre 1920. An berühmte Persön-

Zahlreiche Themen aus Kultur und Natur

lichkeiten, deren Leben mit dem Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen in Zusammenhang steht, erinnern beispielsweise Bildnisse von Nicolaus Copernicus, Königin Luise von Preußen, Hans Jürgen Wischniewski oder Ernst Wiechert. Im Themenbereich Städte und Sehenswürdigkeiten befinden sich Briefmarken, auf denen Bauwerke wie die vom

Deutschen Orden in Marienwerder erbaute Burg oder der Leuchtturm in Kahlberg auf der Frischen Nehrung abgebildet sind. Die Marken, die ostpreußische Natur und Landschaften thematisieren, zeigen meistens Elche, Pferde, Störche, die masurische Seenplatte, die Kurische Nehrung oder Memel.

Im Gespräch mit Freyberg konnten die Ausstellungsbesucher erfahren, dass man auf die Idee der Briefmarkenausstellung gekommen ist, als ein Mann vor etwa zehn Jahren im Kulturzentrum Ostpreußen mit seiner reichhaltigen Briefmarkensammlung vorbeischaute. Die meisten seiner Postwertzeichen hatten einen gemeinsamen Nenner – ein Motiv, das mit Ostpreußen in Verbindung stand.

Der Mann lieferte somit die Idee einer Ausstellung über ostpreußische Briefmarken. Die Mitarbeiter des Kulturzentrums begaben sich auf die Suche nach weiteren Marken und stießen zum Teil auf echte Raritäten. Eine Auswahl aus Dutzenden Briefmarken wurde getroffen und nun sind die Früchte der mühsamen Arbeit zu bewundern.

Die Ausstellung ermöglicht Einblicke in die geschichtlichen Hintergründe der Einführung von Postwertzeichen im 19. Jahrhundert. Es wird erklärt, dass dieses Vorhaben darauf abzielte, die Briefportokosten nicht mehr vom Empfänger, wie bis dahin üblich, sondern von Absendern zu erheben. Die bequeme Frankierung und der gleichzeitige Verzicht auf eine mühsame Entfernungsbemessung stieß international auf lebhaftes Interesse.

Bald begann die Briefmarke ihren Siegeszug um die Welt. Kein Wunder, dass die Marken auch sehr rasch eine kulturgeschichtliche Bedeutung gewannen. Jeder Staat gab sich große Mühe, optisch und ästhetisch ansprechende Briefmarken zu gestalten. Postwertzeichen sind von jeher ein Stück nationaler Selbstdarstellung: Sie sollen das Bild und die Wahrnehmung eines Staates nach außen tragen.

Die als Wanderausstellung konzipierte Briefmarkenausstellung wurde zweisprachig auf Polnisch und Deutsch gestaltet. Sie kann bis Oktober im Haus Kopernikus besucht werden, dann wird sie während des 12. Kommunalpolitischen Kongresses in Allenstein präsentiert, und im Anschluss daran geht sie nach Osterode. Weitere Ausstellungsorte in der Region werden noch vereinbart.

David Kazanski

Homlins treten den Siegeszug an

Nach Verbotsversuchen: Königsberger Bürger setzten sich für die Miniskulpturen ein

Am neuen Petra-Welikogoufer in der Nähe des Forscherschiffs „Vitjas“ ist eine neue Miniskulptur der sogenannten Homlin-Familie aufgestellt worden. Es handelt sich um einen kleinen Jungen mit einem Matrosenhut, der sich mit seinen Händchen an einem „Papier“-Boot festhält, das am Museumskai festgemacht ist. Noch hat der Homlin keinen Namen, und die Mitarbeiter des Ozeanmuseums haben die Bürger aufgefordert, sich einen auszudenken.

Im März dieses Jahres hatte es einen Skandal um die an bedeutenden Sehenswürdigkeiten der Stadt aufgestellten Skulpturen gegeben. Die Abgeordnete der Kommunistischen Partei in der Gebietsduma Jekaterina Koroljowa veröffentlichte einen Brief, in dem sie feststellte, dass das Ministerium für Kultur und Tourismus der Region, mit dessen Unterstützung die Homlins auftraten, nicht in der Lage sei, „Gründe für die Bedeutung der aufgestellten Skulpturen für die Entwicklung der nationalen Kultur Russlands“



Noch hat er keinen Namen: Der neue Homlin vor dem Forschungsschiff „Vitjas“ beim Ozeanmuseum am Pregel

Bild: J.T.

zu nennen und wies darauf hin, dass die Figuren „ohne eine angemessene Schlussfolgerung über ihre kulturelle Bedeutung“ aufgetaucht seien (die PAZ berichtete).

Der Erzbischof von Königsberg und der baltischen Diözese Seraphim wandte sich seinerseits mit einem Brief an Gouverneur Anton Alichanow mit der Warnung, dass er keine heidnischen Symbole verbreiten solle: „Es besteht die Tendenz, die Ideen des Neo-Heidentums zu popularisieren, was unserer Meinung nach eine destruktive Wirkung auf das 1000-jährige kulturelle Erbe hat, das unter dem Einfluss des Christen-

tums entstanden ist.“ Daraufhin kündigten die Initiatoren des Projekts an, vorerst keine Homlins mehr aufstellen zu wollen.

Doch damit waren viele Königsberger nicht einverstanden, und sie starteten eine Aktion „Rührt die Homlins nicht an“ in den sozialen Netzwerken. Darüber hinaus wurde auf der Website „Change.org“ eine Petition an Gouverneur Alichanow veröffentlicht, um zu verhindern, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche sich in Angelegenheiten der städtischen Gestaltung einmischte.

Auf den Streit um die Homlins wurde schließlich auch das regio-

nale Fernsehen aufmerksam. Der Fernsehmoderator Iwan Urgant widmete sich in seiner Schau im Ersten Kanal dem Thema ironisch. Er schlug vor, einen Straßenfeger mit dem Titel „Serafim gegen den Hausgeist“ zu drehen.

Damit endete die Schaffenspause, die sich die Homlin-Gründer selbst auferlegt hatten, ziemlich schnell. Schon im Juni wurden weitere Homlins im Königsberger Gebiet aufgestellt: Palmnicken erhielt seine eigene Homlin-Figur. Sie sitzt mit baumelnden Beinen auf einer Bank direkt am Strand.

Die erste Mini-Skulptur war im Juni 2018 auf der Honigbrücke auf der Lomse [Oktjabrskaja] in Königsberg installiert worden. Auf dem Geländer der Brücke sitzt seitdem Väterchen Homlin. Einige Monate später tauchte am Eingang des Bernsteinmuseums Großmütterchen Homlin mit einem Kleeblatt in den Händen auf.

Bis zum Jahresende sollen noch weitere sieben der lustigen Fabelwesen Königsbergs Innenstadt schmücken. *Jurij Tschernyschew*

Turm in Gefahr

Heinrichswalde: Wasserspeicher droht Abriss

Die Königsberger Eisenbahn informierte dieses Frühjahr die Arbeiter des Bahnhofs in Heinrichswalde über den geplanten Abriss des einzigen Holz-

turms im gesamten Königsberger Gebiet, der einst als Wasserturm für die Versorgung von Dampflokomotiven diente. Der Turm ist nicht offiziell in das Register der schützenswerten Baudenkmäler der Region eingetragen, aber es handelt sich dennoch um eine der Attraktionen der Stadt.

Der genaue Zeitpunkt des Baus des Turmes in Heinrichswalde konnte nicht ermittelt werden. Er muss aber aus den 1920er bis 1930er Jahren stammen, das heißt, der Turm ist fast 100 Jahre alt.

Der Leiter der Verwaltung des Heinrichswalder Stadtbezirks hat Briefe an die Leitung der Königsberger Eisenbahn, an das Kulturministerium des Gebiets und an

den staatlichen Denkmalschutz geschrieben mit der Bitte, den Abriss des Turms auszusetzen und dem Turm den Status eines Denkmals der Architektur zu verleihen.

Allerdings stellt sich die Frage, wie ein solches architektonisches Denkmal genutzt werden

könnte, und ob sich ein Investor fände, der den Turm übernehme und seinen Zustand überwache. Angesichts der derzeitigen finanziellen Situation in der Region wird es nicht leicht sein, den Wasserturm zu erhalten.

Wjatscheslaw Kent



Bild: W.K.

Erhaltener, aber sanierungsbedürftiger Wasserturm

Wir gratulieren ...

ZUM 105. GEBURTSTAG

Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 102. GEBURTSTAG

Schulz, Grete, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 19. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August

Sokoll, Gerhard, aus Wehlau, am 20. August

Westmeier, Karl-Heinz, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 22. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August

Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, am 20. August

Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, am 16. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 22. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Berg, Anneliese, geb. **Riedel**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August

Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August

Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August

Korte, Johanna, geb. **Galensa**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 18. August

Lietz, Elsbet, geb. **Neumann**, aus Groß Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. August

Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August

Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August

Von Terzi, Hedwig, aus Lyck, Falkstraße 11, am 22. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August

Clausnitzer, Dr. Ruth, geb. **Budau**, Kreis Ortelsburg, am 21. August

Döring, Charlotte, geb. **Lemke**, aus Bartengut, Kreis Neidenburg, am 17. August

Niemeier, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 20. August

Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August

Raths, Ruth, geb. **Kelbch**, aus Ortelsburg, am 18. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bratumil, Herbert, aus Lyck, am 22. August

Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August

Fischer, Hans, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. August

Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August

Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August

Majonek, Hildegard, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 18. August

Milpacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August

Rama, Eduard, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. August

Zaborosch, Viktor, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 22. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beutel, Hildegard, aus Germau, Samland, später Mohrunen und Tilsit, am 21. August

Fisch, Dr. Bernhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. August

Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August

Nuppenau, Herta, geb. **Nickel**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 22. August

Ohlendorf, Irmgard, geb. **Bartel**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. August

Prawdzik, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August

Reiser, Irene, geb. **Marenski**, aus Ortelsburg, am 18. August

Rimkus, Kurt, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 22. August

Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Breetzke, Irmgard, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 18. August

Gudde, Herbert, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 22. August

Hellwich, Helga, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 19. August

Henz, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 16. August

Anzeige

Masuren und Danzig

Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Jerimowitsch, Inge, geb. **Kalinowski**, aus Lyck, am 18. August

Kastrop, Lieselotte, geb. **Szodruch**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 18. August

Lipp, Siegismund, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. August

Przygoda, Paul, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. August

Schwiderski, Waltraut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 21. August

Tabel, Edith, geb. **Olterdorf**, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 17. August

Thies, Wilfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August

Wronna, Heinz, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 22. August

Wysk, Willy, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. **Freitag**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 16. August

Conrad-Kowalski, Ilse, aus Osterode, am 21. August

Drayton, Christel, geb. **Beister**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 17. August

Heine, Toni, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 18. August

Joschko, Helga, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 18. August

Kuklinski, Heinz, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 18. August

Messer, Elly, geb. **Jendreizik**, aus Königsberg, am 17. August

Wirtz, Gertrud, geb. **Lubeck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Ingrid, geb. **Schwahn**, aus Wehlau, am 17. August

Borris, Heinz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 18. August

Dausch, Adelheid, geb. **Bednarz**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 16. August

Döhler, Gerda, geb. **Böhm**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August

Höflich, Elsbeth, geb. **Scheel**, aus Godrienen, Kreis Fischhausen, am 17. August

Lang, Karl, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 19. August

Lübke, Waltraut, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 20. August

Mauritz, Robert, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. August

Mischnat, Elisabeth, geb. **Kalinowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August

Reiter, Margarete, geb. **Runge**, Kreisgemeinschaft Bremen, am 16. August

Scheidegger, Herta, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. August

Schmucker, Magda, geb. **Schossau**, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. August

Sembritzki, Kurt, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. August

Sprotte, Inge, geb. **Kaulbauch**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 21. August

Steinbrückner, Ida, geb. **Kohn**, aus Pörschen, Kreis Heiligenbeil, am 18. August

Thomaschky, Harro, aus Tilsit, Jägerstraße 22, am 22. August

Wessel, Egon, aus Treuburg, am 19. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartkowski, Kurt, aus Grallen, Kreis Neidenburg, am 19. August

Bruckmann, Hildegard, geb. **Schlicht**, aus Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 21. August

Gehring, Waldemar, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 20. August

Gröning, Hilde, geb. **Evers**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 17. August

Jeschick, Günter, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 17. August

Krause, Eva, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. August

Kullik, Erwin, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 19. August

Merkel, Erika, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 16. August

Neitzert, Waltraut, geb. **Böttcher**, aus Dorotheenhof, Kreis Fischhausen, am 21. August

Rockhoff, Gisela, geb. **Windzus**, aus Klein Medenau, Kreis Fischhausen, am 19. August

Schmidt, Gerda, geb. **Böhm**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 22. August

Surminski, Arno, aus Jäglack, Kreis Rastenburg, am 20. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baezner, Reintraut, geb. **Melenk**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 22. August

Braunsberg, Anna, geb. **Klitsch**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 16. August

Dopatka, Erika, geb. **Hasenberg**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 20. August

Engelking, Marlene, geb. **Kobbert**, aus Pagenhnen, Kreis Fischhausen, am 19. August

Görke, Siegbert, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 16. August

Grigat, Diethelm, aus Stappelken, Kreis Wehlau, am 17. August

Heykena, Gerta, geb. **Kreppert**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 20. August

Holzmann, Karin, geb. **Jakubowski**, aus Insterburg, am 16. August

Kolossa, Klaus, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 22. August

Kräuter, Evelin, geb. **Weiß**, aus Ortelsburg, am 18. August

Lankat, Werner, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 22. August

Lewandowski, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. August

Link, Erich, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 18. August

Maschitzki, Irmgard, geb. **Plambeck**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 22. August

Moritz, Inge, aus Dorf Trakenen, Kreis Fischhausen, am 20. August

Nehrke, Willi, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. August

Neye, Rosemarie, geb. **Gusko**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 17. August

Rünzel, Gertraud, geb. **Zakrzewski**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 22. August

Schorlepp, Dr. Rainer, aus Wehlau, am 18. August

Wallis, Kurt, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 21. August

Wilkewitz, Rudi, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August

Wolfram, Luise, aus Königsberg, am 21. August

Wrobel, Renate, geb. **Demuth**, Kreisgemeinschaft Lyck, am 16. August

Zimmermann, Margarete, geb. **Gehra**, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Eggert, Karin, geb. **Scholben**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 22. August

Erwied, Gerd, aus Klokken, Kreis Elchniederung, am 17. August

Gauda, Werner, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 18. August

Keil, Margitta, geb. **Rudat**, aus Bischofsburg, Kreis Neidenburg, am 18. August

Zielinski, Bernhard, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 17. August

Glückwünsche einreichen

Gerne können Sie Ihre Glückwünsche weiterhin zum kostenfreien Abdruck senden an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, per E-Mail an Selke@ostpreussen.de oder telefonisch durchgeben unter (040) 4140080. In jedem Fall benötigen wir Ihre gültige Absenderadresse. Wir danken für Ihr Verständnis.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Richtigstellung

In der PAZ Nr. 30 hat die Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. durch ihren Pressereferenten Horst Tugundke mitgeteilt, dass die Fusion der beiden bisherigen Kreisgemeinschaften Stadtgemeinschaft Allenstein und Kreisgemeinschaft Allenstein Land längst vollzogen sei und es die Stadtgemeinschaft Allenstein nicht mehr gebe.

Die Landsmannschaft Ostpreußen stellt fest, dass dies unzutreffend ist.

Ein Verein (beide Kreisgemeinschaften sind Vereine) wird nur aufgelöst, wenn das zuständige Gremium mit der erforderlichen Mehrheit die Auflösung beschließt (§ 41 BGB), über das Vermögen des

Vereins das Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wird (§ 42 BGB) oder eine Umwandlung nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes erfolgt.

Eine Fusion zweier Vereine ist nur nach Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes (dort §§ 3 Abs. 1 Nr. 4, 99 bis 104a) möglich.

Die Stadtgemeinschaft Allenstein hat ihre Auflösung nicht beschlossen, ist nicht insolvent und hat sich auch keinem Verfahren nach dem Umwandlungsgesetz unterzogen.

Demgemäß besteht die Stadtgemeinschaft Allenstein unverändert fort.

Innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen ist die Stadtgemeinschaft Allenstein nach wie vor für das Gebiet der Stadt Al-

lenstein zuständig, die Kreisgemeinschaft Allenstein für den Landkreis Allenstein, jeweils nach dem Gebietsstand von 1937/1945. Änderungen bedürfen eines Beschlusses der Ostpreußischen Landesvertretung.

Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



STADT ALLENSTEIN

Stadtvertreter: Gottfried Hufenbach. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein e.V., Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

64. Jahrestreffen

Liebe Mitglieder der Stadtgemeinschaft Allenstein, Ostpreußen lebt, wie unser Sprecher immer verkündet, und ebenso lebt die Stadtgemeinschaft

Allenstein sicher noch viele Jahre, auch wenn Horst Tugundke in der PAZ 2019-30 schon ihr Tötenlied angestimmt hat. Und so lade ich Sie, und natürlich auch die Angehörigen der Kreisgemeinschaft Allenstein, ganz herzlich zu unserem 64. Jahrestreffen ein, das in diesem Jahr vom 13.-14. September in unserer Paten- und Partnerstadt Gelsenkirchen stattfindet. Aus Allenstein werden wie immer unsere Freunde von der AGDM dabei sein und auch der Stadtpräsident von Allenstein beabsichtigt, zu unserem Treffen zu kommen.

Am Freitagnachmittag tritt um 16 Uhr die Stadtversammlung im Hotel St. Petrus neben dem Hans-Sachs-Haus zusammen, um die Berichte des Vorstands entgegenzunehmen und Neues aus der AGDM zu erfahren. Anschließend verbringen wir dort einen geselligen Abend.

Am Sonnabend gedenken wir um 10 Uhr mit einem Gottes-

Zusendungen für Ausgabe 35

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 35/2019 (Erstverkaufstag: 30. August) bis spätestens Mittwoch, 21. August an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

- 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
- 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
- 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
- 2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

dienst in der Propsteikirche der verstorbenen Allensteiner und legen einen Kranz an der Gedenktafel nieder. Anschließend besteht bis 12.30 Uhr Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Ab 13 Uhr versammeln sich die Angehörigen von Stadt- und Kreisgemeinschaft, der Allensteiner Gesellschaft und Gäste aus Gelsenkirchen im Schloss Horst. Im Kaminzimmer gibt es ein reiches Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen, und Ausstellungen alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten. Freunde der Familienforschung finden beim Ermlandforum Rat und Unterstützung. Auch lädt eine ständige Ausstellung über das Leben in der Renaissance und die Entstehung des Schlosses zum Besuch ein.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka, musikalisch umrahmt wird. Anschließend gibt es nach einer Pause zum Schabbern Musik zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen, wo wieder eine Grillstation für das leibliche Wohl sorgen wird.

Ihr Gottfried Hufenbach



ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker, Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Vor 65 Jahren übernahm der Landkreis Rotenburg (Wümme) die Patenschaft für den Landkreis Angerburg durch einstimmigen Beschluss des Kreistages am 16. September 1954. Am 14./15. September wollen wir uns im Rahmen der diesjährigen Angerburger Tage an die Patenschaftsübernahme erinnern. Alle Angerburger aus dem In- und Ausland sowie deren Familienangehörige und Bekannte sind herzlich eingeladen. Es ist auch eine gute Gelegenheit, alte und neue Freunde zu treffen und sich auszutauschen.

Die 65. Angerburger Tage finden in der Rotenburger Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 statt. Eingeleitet werden diese am Sonnabend, 14. September um 10.30 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein beim Rotenburger Kreishauses. Anschließend tagt ab 11.00 Uhr in einer öffentlichen Sitzung im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses der Angerburger Kreistag (Mitgliederversammlung).

Im Mittelpunkt der Sitzung stehen die Neuwahlen des Vorstandes und insbesondere die Nachbesetzung des Postens des Kreisvertreters, welcher durch den plötzlichen Tod von Kurt-Werner Sadowski vakant ist.

Am 13. Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für Besucher geöffnet. Es gibt einen Büchertisch und Bewirtung mit einem kleinen Mittagsimbiss, Kaffee, Tee, Kuchen und Torten. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Um 20 Uhr startet der kulturelle Heimatabend in der Aula der Theodor-Heuss-Schule. Gestaltet wird dieser von Klaus Papies aus

Bremen mit dem unterhaltsamen Vortrag „Christian Donalaitis – ein preußisch-litauischer Dichterpfeffer des 18. Jahrhunderts“.

In geselliger Runde lassen wir dann den Tag ausklingen.

Am Sonntag, 15. September sind die Räume in der Theodor-Heuss-Schule ab 9.30 Uhr geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt. Der Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann aus Stade wird die Festrede halten.

Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger aus Stadt und Kreis mit alten und neuen Freunden zum Gedankenaustausch. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem werden Kaffee, Tee, Kuchen und auch Getränke angeboten.

Am Sonnabend ist das Angerburger Archiv und das Angerburger Zimmer mit der Heimat Sammlung von 13 bis 16 Uhr im Hause Weicheler Damm 11 in Rotenburg (Wümme) geöffnet. In der Theodor-Heuss-Schule werden Bücher, Karten, Landkarten sowie Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten.

Im Hotel am Pferdemarkt sind für die Angerburger einige Zimmer reserviert. Bitte geben Sie bei der Zimmerbestellung an, dass Sie die Angerburger Tage besuchen wollen. Es empfiehlt sich, die Zimmer möglichst umgehend zu bestellen.

Unterstützen Sie die Arbeit der Kreisgemeinschaft durch den Besuch der 65. Angerburger Tage am 14./15. September 2019 in Rotenburg (Wümme). Bis dahin wünscht Ihnen der Vorstand eine gute Zeit. (Änderungen bleiben vorbehalten!)



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen...

Bad Nenndorf – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolai-kirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

65. Jahrestreffen

Eckernförde – Sonnabend, 7. bis Sonntag, 8. September, Rathaus Eckernförde: diesjähriges Treffen der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. in der Patenstadt. Folgendes Programm erwartet Sie:

Am 7. September um 15 Uhr: Sitzung mit Vorstandswahl im Rathaus Eckernförde. Zuhörer sind herzlich willkommen.

Am 8. September um 12 Uhr: Festakt am Kurfürstendenkmal in Eckernförde/Borby mit anschließendem gemeinsamen Mittagessen.

Der Vorstand der Heimatgemeinschaft wünscht allen Pillauern, ihren Verwandten und Freunden eine gute Anreise.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f., 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. GSt.: Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kreistagssitzung

Gemäß § 4 Nr. 4 unserer Satzung vom 13. Oktober 2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung, die für den 12. Oktober 2019, 9 Uhr, im Hotel Conventgarten in Rendsburg, Hindenburgstraße 38, anberaumt wird, vor der Ladungsfrist in der Preußischen Allgemeinen Zeitung bekanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 7. und Sonntag, 8. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Wir, der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter, freuen uns auf Sie.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 6. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen. Die Kosten hierfür trägt jeder selbst.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjesessen richten Sie bitte an den stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052 oder E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen

Burgdorf – Sonnabend, 7. September, 15.30 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten unter der Leitung von Viola Reyentanz, geb. Schlenger.

PAZ wirkt!



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Darmstadt – Sonnabend, 17. August, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Kreistag...

Kontakt: Klaus Downar, stellvertretender Vorsitzender/Kreisvertreter, Telefon (0352) 4592901.

Dortmund – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, und Montag, 2. September, 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Kreistags- und Kreis Ausschusssitzung. Form- und fristgerecht ergeht an die Mitglieder des Kreistages und Kreis Ausschusses satzungsgemäß die Einladung zur Kreistags- und Kreis Ausschusssitzung mit folgender Tagesordnung: Begrüßung, Feststellungen, Bekanntgaben, Genehmigung der Tagesordnung.

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 1. September, 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle Dortmund: Hauptkreistreffen. Satzungsgemäß ergeht hier form- und fristgerecht die herzliche Einladung an alle Mitglieder zum 64. Hauptkreistreffen, Telefon Kongresszentrum (0231) 1204-0, Anreise U-Bahn 45. TOPe im Programm und Tagesordnung erfasst und zur Genehmigung vorgelegt. Nach Begrüßung und satzungsgemäßen Feststellungen, Rahmen des Hauptkreistreffens und Festverlauf gemeinsames Programm und Tagesordnung.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung

Neumünster – Sonnabend, 17. August, 15.30 Uhr, Lötze Museum, Sudetenlandstraße 18H

(Böcklersiedlung), Neumünster: Ausstellungseröffnung „Masuren im Winter“ – Fotografien von M. Wieliczko, Allenstein, als Leihgaben des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern. Die Ausstellung läuft bis zum 20. November. Steffen Thomassek, Hamburg, berichtet von seiner Reise nach Königsberg und durch das Königsberger Gebiet im Jahr 2018 und zeigt eine Auswahl seiner Fotos. Die Veranstaltung wird musikalisch umrahmt mit einigen Liedern, dargeboten von Kirsten Babel, Gettorf. Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkirchen, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Kreistreffen

Hagen – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. August, Hotel Mercure, Wasserloses Tal 4, 58093 Hagen, und Rathaus, Rathausstraße 13, 58095 Hagen: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen mit Gästen der Kreisgemeinschaft Treuburg in der Patenstadt Hagen /Raum Berlin – Siegen – Köln.

Kreistagssitzung

Hagen – Sonnabend, 24. August, 14 Uhr, Rathaus der Stadt Hagen, Raum A 201 (2. Etage).

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16Sehr gefragt
Sensburger erhalten Bruderhilfe (letzter Teil)

In diesem Sommer reiste eine Delegation der Kreisgemeinschaft Sensburg nach Ostpreußen, um die Bruderhilfe auszu zahlen. Eine neue Auszahlungsstelle erleichterte die Arbeit.

Für die Bereiche Sensburg Stadt, Sensburg Land und Weibenburg stand uns erstmals die Empfangshalle im Hotel Huszcza freundlicherweise zur Verfügung. Das wirkte sich besonders günstig für die Abholenden der Bruderhilfe aus. Das Hotel wurde als neutraler und angenehmer sowie altersgerecht zugänglicher Ort empfunden. Außerdem kannten die Leute das Hotel aus früheren Jahren, als die Kreisgemeinschaft Sensburg noch festliche Veranstaltungen zu bedeutenden Anlässen für die dortigen Sensburger Landsleute ausgerichtet. Vor erst sind diese Zeiten vorbei, da der Vorstand des deutschen Vereins eine Richtung eingeschlagen

hat, die keineswegs der Satzung dieses Sensburger Vereins entspricht. Die Kreisgemeinschaft aber war seinerzeit eingesprungen, eine deutsche Gesellschaft zu unterstützen, die satzungsgemäß die deutsche Sprache und Kultur fördert und erhält. Das sucht sie seit einigen Jahren leider vergeblich.

Unser Hilfsdienst an den Menschen dort geht weiter. Aus Altersgründen und bedingt durch Krankheiten kann nicht jeder Bruderhilfe-Empfangende den Auszahlungsort selbst aufsuchen. Einigen fehlt sogar eine Kontaktperson, die sie mit dieser Aufgabe betrauen könnten. Während unseres mehrtägigen Besuchsdienstes in den Außenstellen müssen uns stets genügend Termine für die Einzelausteilung der Bruderhilfe in den Häusern zur Verfügung stehen. Diese Menschen erwarten ganz einfach unseren Besuch. Und sie sind dank-

bar dafür. Die finanzielle Unterstützung ist weiterhin eine gute Hilfe im Alltag, so wird uns das immer aufs Neue bestätigt. „Ich kann die Leser daher nur bitten, ihre Spendenfreudlichkeit nicht einzustellen“, formulierte der Heimatbeauftragte.

Die einzelnen Gespräche während des Besuchsdienstes können in diesem kleinen Bericht nicht wiedergegeben werden. Eine Aussage einer fast Hundertjährigen möchte dennoch festgehalten werden. Die alte Frau lag fast regungslos in ihrem Bett, lauschte unseren Worten, hörte uns wirklich zu und gab mit ihrer Mimik zu verstehen, dass sie unseren Worten folgen kann. Sie seufzte plötzlich. Dann sprach sie in einem verständlichem, reinen Deutsch: „Mein liebes Deutschland haben sie mir genommen!“ Was mag wohl alles in der Zeit unseres Besuches ihre Gedanken bewegt haben? M. Buchholz



Neue Auszahlungsstelle der Bruderhilfe in Sensburg: Hotel Huszcza

Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Rathausstraße 13: Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages mit folgender Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers,
2. Totengedenken, 3. Ehrungen,
4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 2. bis 3. Februar,
5. Bericht aus dem Kreis Ausschuss,
6. Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten: a) Kreisvertreterin, b) Senioren- und Glückwunschkartei, c) Karteiwart, d) Redaktion Hagen-Lycker Brief, e) AK Mittlere Generation, f) Archiv,
7. Haushaltsplan 2019,
8. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreis Ausschusses,
9. Treffen der Mittleren Generation in Würzburg vom 25. bis 27. Oktober,
10. Lycker Treffen in Bremen am 14. November,
11. Aufgaben eines Bezirks- und Ortsvertreters,
12. Diesjähriges Kreistreffen,
13. Kreistreffen 2020,
14. Anfragen der Kreistagsmitglieder.

Mittlere Generation

Würzburg - Freitag, 25., bis Sonntag, 27. Oktober, Würzburg: Herbsttreffen der Mittleren Generation.

Wir besichtigen gemeinsam das Deutschordensschloss in Bad Mergentheim. Weitere Informa-

tionen unter Internet: www.kreis-lyck.de, Mittlere Generation oder bei Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026.

Die Anmeldung bitte schriftlich bis zum 24. August per Mail an E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder postalisch an Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knickwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

275 Jahre Johann G. Herder

Mohrungen - Sonntag, 25. August: Blumenniederlegung am Herder-Denkmal in Mohrungen zum 275. Geburtstag von Johann Gottfried Herder.

Im Anschluss findet ein Treffen im Herder-Museum (Dohna-Schlösschen) statt. Die Delegation der KGM wird vor Ort sein. Über weitere Teilnehmer würden wir uns freuen.



Ellingen: Übergabe der Herder-Radierung. V. l. Frau Wölk, Wolfgang Freyberg, Ingrid Tkacz, Frank Panke, Frau Landsdorf

Besuch in Ellingen

Ellingen - Schon seit längerer Zeit war es vorgesehen, das Kulturzentrum Ostpreußen im barocken Ordensschloss in Ellingen zu besuchen.

Nach vorheriger Terminabstimmung mit Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums, ist es uns im Juli gelungen, die Fahrt nach Bayern anzutreten. Von Berching, wo unser Schatzmeister Frank Panke wohnt, führen wir durch das Altmühltal nach Ellingen. Wir sahen eine sehr beeindruckende Landschaft mit Burgen, Bergen, Wäldern, Flüssen und dem Main-Donau-Kanal. Kurz gesagt: Bayern ist wunderschön.

In Ellingen wurden der Vorstand und die Archivarin der KGM von Wolfgang Freyberg sehr freundlich begrüßt. In einem Empfangsraum erläuterte Freyberg uns die Entstehung und den Aufbau des Kulturzentrums Ostpreußen. Der Aufbau begann im Jahre 1981. Außerdem wurden wir über den Deutschen Orden sachkundig informiert. Anschließend unternahmen wir eine ausführliche und sehr interessante Führung durch das Deutschordensschloss.

Neben Archiv und Bibliothek gibt es ein museales Schaufenster zur Landeskunde und Kulturgeschichte Ostpreußens. Es sind dort ausgewählte Themen anschaulich dargestellt, um nur einiges zu nennen: Bernsteinkabinett, Gemädegalerie, Königsberger Bürgerzimmer, Ostpreußen im Kartenbild, die Geschichte der Salzburger Exulanten, ländliches Leben und Schaffen und vieles mehr.

Das Kulturzentrum Ostpreußen leistet einen wirkungsvollen Beitrag zur Bewahrung und Pflege des ostpreußischen Kulturerbes. Als Dankeschön überreichte der Vorstand aus dem Fundus der Kreisgemeinschaft Mohrungen ein Bild von Johann Gottfried Herder für das Kulturzentrum Ostpreußen. Es war kulturell ein sehr ereignisreicher und informativer Aufenthalt!

Herzlichen Dank an Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen *Ingrid Tkacz*



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Heimattreffen

Bochum - Sonntag, 1. September, ab 9 Uhr, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne: Heimattreffen. Begleitet wird das Heimattreffen von der Wanderausstellung des Ostpreußischen Kulturzentrums Ellingen „100 Jahre Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen am 11.07.1920“, die uns von Ellingen zur Verfügung gestellt wird. Ein Muss für jeden jüngeren Interessenten der Kreisgemeinschaft Neidenburg, da dieses einschneidende Ereignis nicht in Vergessenheit geraten darf. Die Kreistagsitzung findet wie immer am Vortag des Heimattreffens statt. Eine besondere Einladung erfolgt noch zur gebenedigten Zeit rechtzeitig.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGÖV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr.

Jahrestreffen

Lüneburg - Freitag, 13., bis Sonnabend, 14. September, Festdiele des Gasthauses Krone, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüne-

burg und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Jahrestreffen.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roesel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrade, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

Tag der offenen Tür

Neuss - Donnerstag, 29. August, 15 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss: Tag der offenen Tür.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Versammlung und Vortrag

Bad Sassendorf - Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf, Telefon (02921) 55501: Mitgliederversammlung mit Wahl des neuen Kreistags.

Tagesordnung: TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter; TOP 2: Totenehrung; TOP 3: Wahl des Versammlungsleiters; TOP 4: Wahl des Protokollführers; TOP 5: Vorstellung der Tagesord-

nung durch den Versammlungsleiter; TOP 6: Bericht des Kreisvertreters; TOP 7: Bericht des Schatzmeisters; TOP 8: Bericht des Dateiverwalters; TOP 9: Vorstellung des Wahlablaufs durch den Versammlungsleiter; TOP 10: Wahl der Mitglieder des neuen Kreistags für die Wahlperiode 2019 bis 2023.

Der Wahl schließt sich die konstituierende Sitzung des neu gewählten Kreistags an.

Nach der Versammlung findet im Rahmen des abendlichen Beisammenseins ein Vortrag von Christopher Spatz über die ostpreußischen Wolkskinder statt. Die KG Tilsit-Ragnit freut sich besonders, den diesjährigen Träger des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft für einen Vortrag gewonnen zu haben. Der 1982 in Bremen geborene Historiker hat sich in seiner Dissertation ausführlich mit dem Schicksal der Wolkskinder befasst. Der Vortrag ist für alle Interessierten offen und eintrittsfrei.



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. Stellvertreter: Matthias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de.

Kreistreffen

Hagen (Westf.) - Sonntag, 25. August, 11 Uhr, Hotel Mercure, Wasserloses Tal 4, 58093 Hagen: Kreistreffen gemeinsam mit den Lycker Heimatfreunden.

Gonskener Treffen

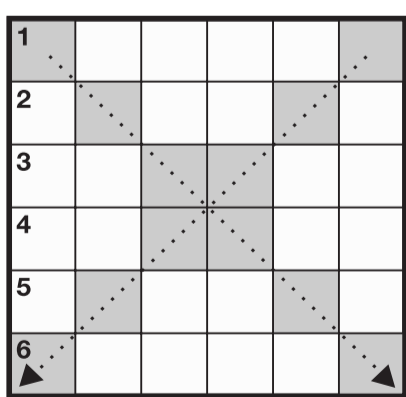
Hamburg - 30. August bis 1. September: Treffen Gonsken (Herzogskirchen). Informationen bei Ronny Haase unter Telefon (033731) 10394.

humorvoll, unterhaltsam	Vorfahr	ohne Mängel (Edelsteine)	Hast	Zierstrauch	Baumteil	Prahlerlei	Entbindung	römischer Dichter	Weinstock	viel und mühsam arbeiten (ugs.)	Kopfbedeckung	hochbetagt	früherer Lanzenreiter
aus einer weichen Masse formen		direkt, original (englisch)		Hebevorrichtung; Pflanze	fressen (Wild)	in der Nähe von	vorbereitender Unterricht	die Kündigung aussprechen	Fluss zum Kaspiischen Meer				Kraftstoff auffüllen
				Auto-messe in Frankfurt (Abk.)		hoch achten	erstmalig Auftretender	Stein mit eingeschnittenem Bild	vorderer Halsteil	Bundesstaat der USA	Vorname Hemingways		
Gewährmann, Bürge	Aufgeld	kleine Rechnung	schleswig-holst. Heilbad	Sahne	Prüfung der Augenschärfe				knechten				
Sinn zur Wahrnehmung von Schall					Studienabschlussprüfung	unten enges Bein-kleid	Güte, Nachsicht			Stadt in Nordost-england	Eingang; Vor-spise (franz.)		
amerik. Schau-spieler (Henry)		Wasser-stelle für Tiere					luft-förmiger Stoff	Pädagoge	Raubtier, Aas-fresser				
			Halbaffe Madagaskars, Lemur		dt. Sozialist (Fried-richt)				sich ren-tieren, von Nut-zen sein				
				Land-karten-werk			Konsu-ment von Nahrung			Mandel-ent-zündung (lat.)			separat, für sich allein
				Raub-, Speise-fisch	Zunge am Schuh			Blech-blas-instru-ment	Spiel-blatt				
						feier-liche Amts-tracht			aus-föhrlich, ein-gehend				munter, lebhaft
						Lehr-ling (Kurz-wort)	verehr-tes Vorbild	wider-willig					
						Weg des Motor-kolbens							ein Erdteil
						britische Halbinsel	Sitz-bereich im Theater	Ver-fasser franz. Schrift-steller (Victor)	Holz-blas-instru-ment	Nuss-strauch			
						Ferien			Zah-lungs-mittel	an-nähernd, unge-fähr	Bezah-lung von Künst-lern		ein Gewebe
						religiös, fromm	Felsen-insel bei Mar-selle	Kfz-Zeichen Neuss	Tier oder Pflanze a. fernem Ländern		Gewürz-, Heil-pflanze		Roman von Stephen King
									zeitlos; immerzu				die Kreis-zahl
						gebiets-weise	unbe-kanntes Land			emsiges Insekt			

Sudoku

1	6			5	
			9	1	4
		4	5	7	3
			8	7	3
2	5			9	7
	8	9	5		
9	4	5	8		
5	7	1			
	2			8	6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

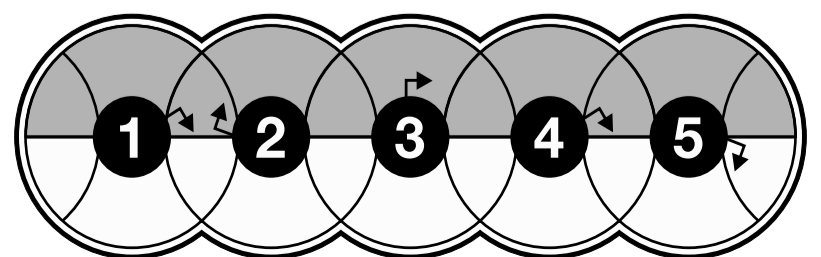
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gebäudeteile.

- 1 Krankenhaus
- 2 Warenprobe
- 3 Geistlicher
- 4 altgriechische Orakelstätte
- 5 Urlaub
- 6 Schließvorrichtung, Sperre

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Alpenrose.

1 den Geist betreffend, 2 Gewürzständer, 3 Peddigrohr, 4 Stadt in der Lüneburger Heide, 5 schwanzloser Lurch



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BREMEN

Bremen – Sonnabend, 7. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen: Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken. Vorverkauf und damit die regelmäßigen Donnerstags-Sprechstunden unserer Geschäftsstelle unter Telefon (0421) 3469718 ab dem 22. August, 15 Uhr.

Im Vorprogramm wird uns das „Akkordeonduo Cornelia und Klaus“ ein Volkslieder-Wunschkonzert zum Mitsingen gestalten, in dem natürlich auch das Ostpreußenlied und das Westpreußenlied nicht fehlen werden. Liederbücher werden gestellt.

Die Preise der Veranstaltung betragen für Eintritt und Essen (Schmandschinken) 17 Euro, für Eintritt und Essen (Beetenbartsch) 10 Euro. Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich. Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene Machandel enthalten. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einsteigen müssen. Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen: IBAN: DE92 2905 0101 0001 0805 14.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, den 31. August, 7.30 Uhr ab Hbf, Kirchenallee, Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) zum „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) in der Urania Berlin, An der Urania 17, Humboldt-Saal. Programm: Die Reiseleitung empfängt Sie am Bus

des Reisedienstes Wiegmann. Einlasskarten, Vorprogramme und Hinweise auf die Reise erhalten Sie im Bus. Beim Eintreffen in der Urania werden die Einlasskarten in Platzkarten umgetauscht. Sie erhalten dort auch das Festprogramm. Begrüßung durch den BdV-Präsidenten Bernd Fabritius. Die Festrede hält der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Armin Laschet. Die „Potsdamer Turmbläser“ gestalten die musikalische Umrahmung. Nach der Feierstunde nehmen wir an der feierlichen und traditionellen Kranzniederlegung teil und würdigen unsere Toten unter anderem mit einem Trauerkranz des Vertriebenenverbandes der Freien und Hansestadt Hamburg. Nach der Stadtrundfahrt legen wir am Alexanderplatz eine Kaffeepause ein. Am Brandenburger Tor nehmen wir von Berlin Abschied mit einem Volksliedergruß. Auf der Hin- und Rückfahrt werden kleine Imbisse gereicht. Ankunft in Hamburg gegen 22 Uhr. Bitte melden Sie sich umgehend postalisch oder telefonisch unter Telefon (040) 41924456 oder 346359 des Hauses der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg oder per E-Mail: haus.heimat@web.de an. Teilnahmekosten nur 28 Euro (siehe auch im Internet). Bitte werben Sie Freunde und Bekannte, um noch restliche Busplätze zu belegen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Ein gelingendes Zusammenleben brauche Toleranz und Verständigung, betonte der Wiesbadener Stadtrat Markus Gaßner beim Monatstreffen der Landmannschaft, das unter der Überschrift „Verständigung ist bleibende Aufgabe“ stand.

„Keiner hat die Wahrheit gepachtet“, sagte der Referent. Deshalb sei es notwendig, miteinander zu streiten. Dies jedoch auf sachlicher Ebene und mit Verste-

hen der Position des Andersdenkenden. Welche Möglichkeiten sich zur Problemlösung böten, setze in erster Linie eine konkrete Fragestellung voraus. Doch oftmals werde die eigentliche Frage gar nicht gestellt. So beispielsweise zu beobachten bei Problemen und Diskussionen in der Europäischen Union und speziell bei der Klimapolitik. Mit welchen Maßnahmen müsse man hinsichtlich des Klimas reagieren: europaweit oder weltweit? Die Europäischen Union betreffend meinte der Referent: „Die Ausgestaltung der EU muss deutlicher herausgestellt werden: dies besonders unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der Mitgliedsstaaten“. Zurzeit sei eine Ost-West-Spaltung spürbar. Einheit in Vielfalt könnte ein Weg zur Verständigung sein.

In der Flüchtlingsfrage brauche es ebenfalls mehr Toleranz und Verständigung. „Wer wüsste das besser als die Heimatvertriebenen“, sagte der Referent – selbst mit ostpreußischen Wurzeln.

Verständigung sei auch im Verhältnis zu Russland unabdingbar. „Die Annexion der Krim ist nicht hinnehmbar. Es muss eine Doppelstrategie geben unter Beachtung der Menschenrechte, die allerdings nicht verhandelbar ist“, so Gaßner. Konfrontation sollte in Kooperation münden. Dies auch im Verhältnis zu den USA. Ohne Verständigung mit Amerika werde es keine Stabilität geben. Umso wichtiger sei es, aus der Eskalationsspirale auszubrechen und zu sachlichem Umgang zurückzufinden. „Verständigung und Besonnenheit werden deshalb auch zukünftig vordringliche Aufgabe in der Gesellschaft, der Politik und

in der Welt bleiben“, resümierte Gaßner unter Beifall der Besucher.

Dieter Schetat



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Neubrandenburg – Landestreffen der Ostpreußen. Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich am Sonntag, dem 28. September, von 10 bis 17 Uhr im Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße/Kulturpark. Dort werden etwa 1500 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extratischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich sechs Chöre aus allen drei Teilen Ostpreußens (Ermeland-Masuren, Königsberg, Memelland), der Shanty-Chor „De Klaashahn“ Rostock-Warnemünde und das Blasorchester der Hansestadt Rostock. Als Ehrengast wird „Königin Louise von Preußen“ aus dem nahen Hohenzieitz erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Touristinformation Neubrandenburg, Telefon (0395) 5595127.

Mit dem Mecklenburg-Vorpommern-Ticket gibt es sehr günstige und schnelle Bahnverbindungen. Das Jahn-Sport-Forum ist vom Bahnhof Neubrandenburg in 15 Minuten Fußweg bequem erreichbar.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Witten – Montag, 19. August, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 23. August, 14 Uhr, Hof in Letzl: Grillfest auf dem Knackmuschen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 23. August: Besuch des Dorfmuseums Jardehnd mit Kaffeetafel. Anmeldungen spätestens eine Woche vorher bei Frau Kunde oder Herrn Legies.

Neumünster – Die Juli-Veranstaltung der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster fand am 10. Juli statt.

Die Vorsitzende konnte nach der Begrüßung den vielen Teilnehmern berichten, „wie die Ostpreußen in alten Zeiten und noch in glücklichen Jahren daheim mit ihren Sitten und Bräuchen lebten und Feste feierten.“ Es gibt eine Handvoll Fragen und auch ausführliche Antworten zu unseren Festbräuchen und Sitten.

Feste feiern, das verstand man in Ostpreußen wirklich. Hat man



Wiesbaden: Dieter Schetat (l.) überreicht dem Referenten Stadtrat Markus Gaßner einen „Bärenfang“

Bild: privat

Entfällt

Osnabrück – Das Treffen der Frauengruppe am Freitag, 16. August im Hotel Bürgerbräu fällt leider aus.

das Feiern in Ostpreußen besser verstanden als in anderen Gegenden? Können es unsere Landsleute heute noch so gut wie früher? Oder hat man es verlernt? Weil wir älter geworden sind und ruhiger? Weil wir auch nicht mehr in Ostpreußen sind? Woher und aus welchen Zeiten stammen die ostpreußischen Bräuche und Sitten? Welchen Sinn mögen sie haben? Und vor allem: können sie für uns Heutige noch sinnvoll sein? Ist es nicht nur ein Zurückschauen auf längst Vergangenes, wenn wir heute noch Bräuche pflegen oder von ihnen erzählen? Welche Bräuche sind es wert, bei uns in Familie und in der Landmannschaft weiter zu leben und in welcher Form?

Wie jede Landmannschaft hat auch Ostpreußen im Laufe des Jahrhunderts eigenständige Bräuche hervorgebracht. Sie gehen zu einen großen Teil auf die Vorfahren vor der Ordenszeit zurück.

Neben Liedern, Sagen und Märchen vermittelt das Brauchtum viel von der Wesensart seiner Menschen. Wenn wir nicht nur an die christlichen Sitten und Bräuche denken:

Muttertag: Nie werde ich ihrer vergessen, denn sie pflanzte und nährte zuerst den Keim des Guten in mir. Sie öffnete mein Herz den Eindrücken der Natur, sie weckte und erweiterte meine Begriffe, und ihre Lehren haben einen immerwährenden, heilsamen Einfluss auf mein Leben gehabt. (Immanuel Kant)

Der Mutter zu Ehren. Es kommt nicht auf große Worte an – ein Tag sollte Zeichen setzen.

Valentinstag: Woher stammt der Valentinstag? Ein frommer Mönch – ein römischer Kaiser und das Symbol der Liebe.

Johanni-Feuer: In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni ist Johanninacht. Ob ein teerbestrichenes Wagenrad oder ein großes Fass gefüllt mit Holz und Teer – überall brannten in Ostpreußen die „ollen Hexen!“

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Ostpreußisches Landesmuseum – Arno Surminski

Der lange Weg von Jokehnen nach Hamburg – Festveranstaltung mit Arno Surminski zu seinem 85. Geburtstag am Donnerstag, 29. August, um 18.30 Uhr, im Ostpreußischen Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Eintritt: 6 Euro.

Wenn Arno Surminski von Ostpreußen spricht, klingt es weder bitter noch sentimental. Er spricht von der Region, in der er geboren wurde und aufwuchs, von den Menschen, die sie bewohnten, von ihrem Umgang mit Krieg, Not und Vertreibung. Doch er spricht auch von ihrem unerschöpflichen Humor und ihrer Gastfreundschaft. Schwarz-Weiß-Malerei und Stimmungsmache sind Surminski fremd. Statt auf Überspitzung verlegt er sich auf eine realitätsnahe und ruhige Erzählweise, von einem feinen, leisen Humor durchzogen. Mit einer einfühlsamen und menschlichen, einer authentischen Betrachtungsweise also sucht der vielfach ausgezeichnete Autor den persönlichen Austausch zwischen früheren und heutigen Bewohnern der Region zu fördern.

Arno Surminski, der 1934 in Jäglack geboren wurde, erhielt jüngst das Bundesverdienstkreuz. 1945, im Alter von elf Jahren, musste Surminski flüchten, nachdem seine Eltern in die Sowjetunion verschleppt worden waren. Er wuchs im schleswig-holsteinischen Trittau bei Verwandten auf. Heute lebt er als freier Schriftsteller mit seiner Frau in Hamburg und hat drei Kinder und acht Enkel. Bereits Surminskis erster Roman „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ (1974) ging über bloße Beschreibungen weit hinaus. Er sprach und spricht Menschen aus dem Herzen. Er verleiht Gefühlen eine

Stimme, welche die Leser manchmal selbst nicht leicht ausdrücken können und hilft dadurch vielen, sich klarer über die eigenen Empfindungen zu werden. Doch auch Leser, die keinen persönlichen Bezug zu Ostpreußen oder zur Flucht haben, können sich mit Surminskis Erzählungen identifizieren, weil in ihnen große Themen wie die Verantwortung des Einzelnen, die eigene Identität, Dankbarkeit und die Aussöhnung mit dem eigenen Dasein behandelt werden.

Aus Anlass von Arno Surminskis 85. Geburtstag lädt das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg zu einer Festveranstaltung unter dem Motto „Der lange Weg von Jokehnen nach Hamburg“ ein. Freunde und Bekannte des Ehrengastes, ausgewählte Leser aus nah und fern tragen Auszüge aus Surminskis Romanen und Erzählbänden vor. Das Gespräch mit dem Autor führt Martin Maurach, der 2014 eine Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums über Surminski kuratiert hat.

Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de



Bild: Arno Surminski © Joachim Kutz

Anzeige

Ostpreußen



24. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern

in

Neubrandenburg

Sonnabend, 28. September 2019

10 bis 17 Uhr

Jahn-Sport-Forum Schwedenstraße / Kulturpark

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

**Landmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam**

Toftü – Der besondere Tag

Tag der offenen Tür erreicht auch Nicht-Ostpreußen

Viele Einrichtungen veranstalten einen Tag der offenen Tür, meist einmal im Jahr. Wir als Betreuer der Lötzer Heimatammlung begannen vor zwölf Jahren, einen solchen Tag monatlich anzubieten, von Dieter Eichler „Toftü“ genannt. Sehr rasch merkten wir: Wir müssen uns unterscheiden. So nennen wir seit zehn Jahren den in der Regel am dritten Sonntag des Monats stattfindenden Öffnungs- und Veranstaltungstag „Der besondere Tag“. Bei den treuen Wiederkehr-Besuchern der Lötzer Museums in Neumünster stehen seine Daten von März bis einschließlich November fest im Terminkalender.

Anfangs waren wir in der Pflicht, Themen zu finden und die Vorträge selbst zu gestalten. Wir begannen mit Dia-Vorträgen, die eine Form von Reisebericht waren. Wir bezogen uns auf Persönlichkeiten des Kreises Lötzen und auf seine Geschichte.

Wir versuchten Lesungen und das Märchenerzählen – in der Hoffnung, auch Jüngere zu erreichen. Dann entwickelte sich eine größere Spannweite der Themen. Nicht mehr nur die Region Masuren und das Leben seiner Menschen dort in Geschichte und Gegenwart, sondern das ganze Ostpreußen – als Teil der Geschichte Preußens – rückte in den Mittelpunkt. Durch diesen weiten Horizont erreichen wir auch Menschen, die keine Ostpreußen sind oder „nur“ Nachkommen von Ostpreußen. Die Angebote werden immer stärker von Bürgern der Patenstadt Neumünster und aus der Region angenommen.

Jetzt, im zwölften Jahr der Betreuung dieser Einrichtung (die aber seit 64 Jahren besteht), wird am 17. August die zwanzigste Sonderausstellung eröffnet werden können: „Das Ermland und Masuren im Winter“. Und mit dem Termin am 16. November wird die 100. Veranstaltung angeboten.

Inzwischen hat sich bei den Betreuern des Lötzer Heimatmuseums Hanna Ohser und Ute Eichler die Erkenntnis eingestellt: Nicht wir sind es, die den besonderen Tag gestalten – die Besucher sind es. Es vergeht kein Monat, in dem nicht Überraschungsgäste kommen und etwas aus ihrem Leben preisgeben, andere bringen Fragen und Anliegen, Informationen und Neuigkeiten oder lassen der Heimatammlung etwas Gegenständliches zukommen.

Der Veranstaltungstag im Juli war in doppelter Hinsicht ein Experiment. Zum ersten Mal waren die Besucher der Nachmittags-Ver-

Seit zwölf Jahren Toftü in der Partnerstadt

anstaltung gebeten, Gedichte mitzubringen, die ihnen im Laufe ihres Lebens oder in einer bestimmten Situation von besonderer Bedeutung waren; keiner der Anwesenden wusste im Voraus, wie die „poetische Stunde“ sich inhaltlich gestalten würde. Ute Eichler führte auf sehr persönliche Weise in den Ablauf der Veranstaltung ein. Sie hatte unter den Papieren ihres Mannes ein Gelegenheitsgedicht gefunden, das der damals 12-jährige Dieter Eichler zum Geburtstag seiner aus Lötzen stammenden Mutter Hildegard geschrieben hatte – im Juni 1947! Heute ein Zeitdokument, in dem man von Not, vom Schwarzmarkt erfährt, vor allem jedoch die Dankbarkeit herausliest – der Vater ist gerade aus der Kriegsgefangenschaft zurück, die dreiköpfige Familie in der Nähe von Gnarrenburg am Rande des Teufelsmoors vereint. – Anfang der 1990er Jahre entstand das Gedicht „Der Alte und der Apfelbaum“, das damals unter kuriosen Umständen von seinem Verfasser Werner von

Ekesparre geschenkt wurde. Dank der – herkunftsmäßig – bunten Mischung der Besucher wurden dann auch die weiteren Gedichtbeiträge zu einem Potpourri. Ein Ostpreuße erheiterte mit Humorvollem, ein Schlesier hatte – passend zum Fontanejahr – zwei Gedichte dieses Autors mitgebracht. Ein Neumünsteraner überraschte mit seiner Gedichtauswahl, die den Zuhörern zuerst den amerikanischen Dichter Robinson Jeffers vorstellte, dann aus dem „Buch der Sehnsucht“ von Fischer-Friesenhausen ein Beispiel gefühlvoller Lyrik brachte, um danach mit dem Russen Alexander Blok einen interessanten Gegenpol zu setzen. Mit dem Hinweis auf „Spann deine Flügel weit – Die schönsten Gedichte aus Ostpreußen“ und einigen Beispielen aus dieser zeitlos gültigen Zusammenstellung endete der Nachmittag. Eine junge Reporterin des „Holsteinischen Couriers“ hatte sich fleißig Notizen gemacht und Anwesende zuvor befragt.

Mittags hatten schon andere Besucher wie zum Beispiel ein Familienforscher aus Bordesholm oder ein junger Historiker aus Berlin dem Lötzer Museum einen intensiven Rundgang abgestattet. Reiseberatung war an diesem Tag „so nebenbei“ erfolgt, die Bezugsadresse für zweisprachige Landkarten konnte vermittelt werden. Der im *Ostpreußenblatt* veröffentlichte Hinweis auf neu eingetroffenes Prospektmaterial hatte einen Besucher mit Herkunft Kreis Pr. Eylau gelockt, sich hier mit Informationsmaterial einzudecken. Andere waren durch die in der Lokalpresse zu lesende Mitteilung, dass es der letzte Tag der Sonderausstellung „Masuren – Land der Stille“ ist, gekommen, um noch einmal oder zum ersten Mal die Aquarelle des Berliner Malers Hans-Jürgen Gaudeck zu sehen.

Ja, alles zusammen: Er war wieder ein besonderer Tag – „Der besondere Tag“.
U. Eichler

Der Winter kommt

Neue Ausstellung im Lötzer Museum, Neumünster

Er wurde im Januar 2019 siebenzig Jahre - der Fotograf Mieczyslaw Wieliczko. Geboren und aufgewachsen in Allenstein (Olsztyn), absolvierte er dort und in Danzig ein Pädagogikstudium. Seit 1972 beschäftigt er sich mit Fotografie. Schon 1985 wurde er Mitglied im Bund polnischer Kunstfotografen. Seit 1992 ist er ausschließlich als Fotograf tätig. Er wohnt und arbeitet in Allenstein. Mehr als 40 Bücher sind durch sein Fotografieren entstanden, sein Schwerpunkt liegt auf der Landschaftsfotografie.

In 2008 zeigte das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen die Ausstellung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“. Im Jahr darauf erschien der Katalog zur Ausstellung dieser Fotografien von Wieliczko. In ihm sind 54 Landschaftsaufnahmen von zeitloser Schönheit abgebildet. In 2010 konnte die Ausstellung in Neumünster (damals noch an der Adresse Brachenfelder Straße) im Lötzer Heimatmuseum gezeigt werden. Mit ihr gelang der Durchbruch in der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit. Endlich erkannten Bewohner der Patenstadt, dass der Standort der Lötzer Heimatammlung nicht ein geschlossener Treffpunkt für nur Mitglieder der Kreisgemeinschaft ist, sondern allen offensteht. Die damals verstärkt einsetzende Pressearbeit tat ein Übriges an Wirkung.

Als das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen von Dezember 2018 bis April 2019 die Sonderausstellung „Ermland und Masuren im Winter“ zeigte, war das Interesse der Betreuerin der Lötzer Heimatammlung geweckt. Diese Ausstellung beinhaltet nicht nur neue Landschaftsbilder des Fotokünstlers Wieliczko, sondern Aufnahmen seines Kollegen Andrzej Waszczuk, der sich vorrangig der Tierwelt des Ermlandes und Masurens wid-

met. Aus Platzgründen kommen jetzt nur die Landschaftsfotografien von Wieliczko nach Neumünster. „Es gibt keinen Fotografen, der die Weite der Landschaft und ihre Stimmung während der verschiedenen Jahreszeiten besser erfasst als Wieliczko.“ schrieb Uwe Hahnkamp in einer Besprechung der Ausstellung.

Der Fotograf Wieliczko selbst sagt: „Wer den Puls der freien Natur fühlen will, muß hier, inmitten von Seen, Mooren und Wäldern, alle Jahreszeiten erleben. Man muss auch eigene Wege gehen, und nicht nur die stark begangenen...“

Unangekündigt und still fällt eines Nachts der erste Schnee über die Felder, Wälder und Wasser. Der Winter ist da. Nun wird es schwierig, durch das Land zu wandern. Man weicht lieber nicht mehr von den größeren Verkehrswegen ab und bewundert nur noch von weitem die märchenhaft

Ausstellung läuft bis zum 20. November

in Raureif gekleideten Birken und die riesigen Flächen der zugefrorenen Seen, auf denen eines Tages wieder weiße Segel erscheinen. Diesmal sind es die Eissegelschiffe. Die Segler sind jetzt auf die Kufen umgestiegen, um auch im Winter mit dem Wind um die Wette zu segeln.

Das Weiß herrscht überall, wohin das Auge schaut. Und der Himmel bleigrau. Stille. In den Nächten hört man nur den Wind über den steifgefrorenen Ackerfeldern heulen. So wird es bleiben, bis die ersten Tage des Frühlings kommen.“ (Aus dem Vorwort zu „Mazury – Kraina Wielkich Jezior“/„Masuren – Das Land der großen Seen“).
Ute Eichler

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Große Gesten mit wenig Gegenliebe

Warschauer Politzirkus fremdelt weiter mit der speziellen Oberschlesischen Melange

Polens Regierung feiert den 100. Jahrestag des ersten sogenannten „Schlesischen“ Aufstandes in Oberschlesien. Am 14. August wird eine Messe im Kattowitzer Dom gelesen, eine Gedenktafel in Myslowitz [Myslowice] enthüllt und ein Konzert mit einer Theatervorführung zu den Ereignissen vor 100 Jahren aus polnischer Sicht veranstaltet.

Die Bewegung für die Autonomie Schlesiens (Ruch Autonomii Slaska, RAS) hat bereits gefeiert. Zum Gedenken an das 99. Jubiläum der einstigen Oberschlesischen Autonomie fand am 13. Juli

der jährliche Autonomiemarsch statt, dem zwei Tage später der Tag der Oberschlesischen Flagge folgte. Am Tag der Flagge wurden unter anderem in Königshütte [Chorzow], Rybnik, Kattowitz, Ruda [Ruda Slaska], Myslowitz, Deutsch Piekar [Piekary Slaskie] und Pless [Pszczyna] die blau-gelben Oberschlesischen Flaggen an den Rathäusern hisst.

Der Autonomiemarsch der RAS erinnert an die Gründung der autonomen Woiwodschaft Schlesien, die Teile Oberschlesiens zusammenfasste, die nach 1920 von Österreich-Ungarn und 1922 vom

Deutschen Reich an Polen abgetreten wurden. Diese bestand freilich nur von 1922 bis 1939 mit der Hauptstadt Kattowitz. „Wir wollen fröhlich durch die Stadt ziehen, auch wenn wir in letzter Zeit kaum Grund zum Feiern hatten. Denn die Regierung entzog uns fast 40 Millionen Zloty (etwa 9,25 Millionen Euro) Subventionen, das polnische Parlament erkannte die (ober-)schlesische Sprache als Regionalsprache nicht an, und der Minister für Infrastruktur kündigte an – was uns besonders aufregt – einen Bahnknoten außerhalb Oberschlesiens im kleinpolnischen Olkusz zu bauen“, sagt Jerzy Gorzelik, Oberhaupt der RAS. Er thematisierte auch die bevorstehende Parlamentswahl im Oktober. „Dass Oberschlesien vor der Wahl steht, erkennt man daran, dass Hausierer in untadelig geschnittenen Anzügen und schicken Krawatten an unsere Türen klopfen. Sie ergehen sich in Allgemeinplätzen darüber, wie wir waren, wie wir sind und selbstverständlich geben sie Versprechungen ab, dass in Oberschlesischen Städten die Kohle bis ans Ende der Welt gefördert wird“, so Gorzelik. Als dann am 21. Juli Polens Premierminister Mateusz Morawiecki und der PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski nach Laurahütte [Siemianowice Slaskie] reisten, hat man

Vertretern der RAS, die mit einem Transparent mit der Aufschrift „Freies Polen, aber nicht für Schlesier“ erschienen waren, des Platzes verwiesen. „Für die Warschauer Eliten sind wir ein hirnloses Elektorat, das längst vergessen hat, dass man uns doch als ‚verkappte deutsche Option‘ oder unaufgeklärtes Volk, deren Väter in der Wehrmacht dienten, stigmatisiert hat“, schrieb Gorzelik in seinem Facebookprofil.

Bis zum Herbst vergangenen Jahres regierte RAS im Kattowitzer Landtag acht Jahre lang mit. Für die Parlamentswahl im Oktober will die RAS ihre Kräfte bündeln und ihre Kandidaten auf den Listen der Bürgerkoalition (Koalition der Bürgerplattform und der Partei Nowoczesna) aufstellen. Schlesische Wahlvereinigung (Slaskie Porozumienie Wyborcze, SPW) nennt sich die aus der RAS, der durch RAS-Aktivisten geprägten Regionalpartei (Partia Regionalna), der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen und der Deutschen Arbeitsgemeinschaft „Versöhnung und Zukunft“ zusammengesetzte SPW. „Die Bürgerplattform verkörpert am ehesten, wofür wir seit Jahren stehen: Die Stärkung der Selbstverwaltung und die Dezentralisierung des Landes“, begründete Henryk Mercik, stellvertretender RAS-Vorsitzender und Vorsitzender

der Regionalpartei die Annäherung an die Bürgerkoalition. Auf den Listen der Bürgerkoalition sollen für den Wahlkreis Gleiwitz-Beuthen Leszek Jodlinski, der geschasste erste Leiter des Schlesischen Museums zu Kattowitz, oder für den Wahlkreis Kattowitz Dietmar Brehmer, Gründer und Vorsitzender der Oberschlesischen Caritativen Gesellschaft und der Arbeitsgemeinschaft „Versöhnung und Zukunft“ kandidieren. Brehmers Caritative Gesellschaft gehört zu den ersten Nichtregierungsorganisationen und nicht kirchlichen Wohltätigkeitsgesellschaften polenweit. Die Gesellschaft sammelt Kleidung, führt eine Bedürftigenküche und bietet Obdachlosen Übernachtungsmöglichkeiten. Jährlich verzeichnet man dort 127000 Mahlzeiten und 56000 Übernachtungen. Brehmer setzte sich in der Wendezeit für eine Kriegsrente für in der Heimat verbliebene Angehörige der deutschen Wehrmacht ein. Er gründete die erste deutschsprachige Zeitung der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien „Hoffnung“ und die erste deutschsprachige Radiosendung bei Radio Kattowitz.

Im östlichen Oberschlesien sind die deutschen und national-schlesisch optierenden Gruppen damit weiter zusammengewachsen.
Chris W. Wagner

Landmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 17

Kleine Pfingst-Kunde: Ursprünglich war Pfingsten ein Erntefest des alten Bundes mit Dankesopfern. Von christlicher Seite gesehen war Pfingsten seit alters her in Ostpreußen nicht nur das älteste Fest der Kirche, sondern auch ein letztes Fest des Frühlings.

Die Zwölften fingen in der Nacht vom Heiligen Abend zum ersten Feiertag an und dauerten bis zu den „Heiligen Drei Königen“. In dieser Zeit durfte keine Wäsche auf der Leine hängen, nichts durfte sich drehen. Häcksel auf Vorrat geschnitten, Kaffee auf Vorrat gemahlen.

Die Martinsgans – der Martinstag am 11. November wird seit Alters her mit der köstlichen Martinsgans und zum Teil reichlichem Umtrunk gefeiert. Früher war St. Martin auch ein Bauernfeiertag zum Wechseln des bäuerlichen Wirtschaftsjahres. Schlossturmbasen in Königsberg.

Das Turmbasen gehörte seit 1626 zur festen Ordnung. Morgens um 4 Uhr das Tor „aufzublasen“ und abends um 20 Uhr „zuzublasen“. Seit 1840 – um 11 Uhr „Ach bleib mit deiner Gnade“ je eine Strophe in alle vier Himmelsrichtungen. Abends um 21 Uhr erklang in die Abendstille: „Nun ruhen alle Wälder, Vieh, Menschen, Stadt und Felder, es ruht die ganze Welt.“

So ging ein informativer Nachmittag mit dem Ostpreußenlied zu ende, und im nächsten Jahr kommt die Fortsetzung der ostpreußischen Bräuche – Jahreswechsel, Weihnachten und Ostern.
Brigitte Profé



Begrüßt Bedürftige persönlich: Dietmar Brehmer (M.)

Paul Friedrich Wilhelm Geisler

Als Dirigent auf europäischer Wagner-Tournee

Paul Friedrich Wilhelm Geisler stammte eigentlich aus Hinterpommern, bekrönte nach den musikalischen Wirkungsstätten Leipzig, Bremen und Berlin sowie Erfolge auf einer Europa-Tournee seine Karriere in Posen, wo er als Dirigent sowie Komponist seine deutsche Bekanntheit festigte und ein Konservatorium gründete. Parallel schuf er zahlreiche Kompositionen. Die diesbezügliche Palette reichte von einigen Opern, über Lieder sowie Chorwerke bis zu eindrucksvoller Klaviermusik und Sinfonien. Damit erreichte der Musikus aus Hinterpommern, auch über seinen Tod vor 100 Jahren hinaus, vor allem in der Zeit der Weimarer Republik eine größere Nachwirkung.

Geisler wurde am 10. August 1856 in Stolp geboren, einem Ort, der am Fluss Stolpe liegt, wenige Kilometer von der Ostsee entfernt ist und 1013 erstmals urkundlich Erwähnung fand. Stolp entwickelte sich aus einer kaschubischen Siedlung an der Handelsstraße von Stargard nach Danzig zur Stadt mit lübischem Stadtrecht, die nach rund 400 Jahren unter pommerscher Herrschaft unter dem Preußenkönig Friedrich II. an Preußen kam. So wuchs Geisler unter preußischer Oberhoheit auf. Seine betuchten Eltern förderten seine musikalische Begabung. Den ersten ent-

sprechenden Unterricht erhielt der Junge vom musikalischen Großvater Wolfgang Viereck, der in Marienburg als Musikdirektor fungierte. Danach kam er zur weiteren Vervollkommnung in die Obhut von Konstantin Decker, der ihn instrumental, in der Dirigierpraxis und als Komponist prägte. Mit Folgen. 1881 wechselte Geisler mit großen Erwartungen in die Musikstadt Leipzig. Mit wachsendem Erfolg.

Er begann seine Leipziger Erfolgsjahre als Korrepetitor am Stadttheater und ersetzte als Pianist am Klavier das Orchester, wenn es darum ging, neue Stücke einzustudieren. Sein Klavierspiel und seine ersten Dirigate sorgten für Anerkennung. Geisler fiel Josef Angelo Neumann auf, der nach Wiener Erfolgen als Operndirektor in Leipzig mit seinen Opernaufführungen berühmt wurde. Im Mittel-

punkt standen neben Verdischöpfungen vor allem Wagneroper, die er brillant in Szene setzte. Den größten Erfolg hatte er mit dem

mit seinen Wagner-Aufführungen auf Europa-Tournee ging, gewann der Opernmacher den Mann aus Hinterpommern als Kapellmeister.

seinem Chef Neumann und Anton Seidl, als dessen zweiten Dirigenten, Erfolge in allen großen Musikstädten Europas, bis zum Triumph im Teatro La Fenice in Venedig. Das war zwei Monate nach dem Tod von Richard Wagner. Bis Juni 1883 erfolgten allein 135 Ring-Vorstellungen. Anschließend wurden Geisler und Seidl nach Bremen berufen, wo sie den städtischen Klangkörper über zwei Jahre gemeinsam leiteten und das Musikleben der Region bereicherten. Dann trennten sich die Wege beider. Seidl ging nach New York, wo er nach 1885 als Dirigent Triumphe feierte.

Geisler wechselte nach Zwischenaufenthalten in Leipzig und Berlin nach Posen und damit in jene geschichtsträchtige Stadt, die nach erster polnischer Blüte als Handelszentrum, ab 1793 als Provinzhauptstadt der preußischen

Provinz Südpommern zu einer Schlüsselmetropole aufstieg, mit viel Kultur und einer Bildungselite. Geisler nutze diesen kulturellen Anspruch in Posen und bereicherte ihn durch eigenes Wirken. Er dirigierte die Konzerte der Posener Orchestervereinigung, übernahm die Leitung des Provinzialsängervereins und wurde im Gefolge seiner Posener Leistungen 1902 zum königlichen Musikdirektor der Provinzhauptstadt erhoben. In dieser Eigenschaft hob er mit seinen Einstudierungen das Niveau des regionalen Musiklebens erheblich bis zu deutscher Bekanntheit. Zwischen durch glänzte der Musikus aus Hinterpommern zusätzlich mit einem eigenen Konservatorium, das viele musikalische Begabungen hervorbrachte. Eigene Kompositionen wurden geprägt durch seine Vorliebe für Geschichte und Literatur; er bevorzugte bei seinen Vertonungen Themen wie „Der Rattenfänger von Hameln“, „Till Eulenspiegel“ und „Maria Magdalena“, die er zur Grundlage seiner sinfonischen Dichtungen machte. Das festigte seinen Ruf. Darüber starb er nach dem Erlebnis des I. Weltkrieges und der nachfolgenden Gebietsverluste für Deutschland am 3. April 1919 in tiefer Resignation in seiner Wahlheimat.

Martin Stolzenau



La Fenice Opernhaus – Venedig, Blick von der Bühne (Foto: Pietro Tessarin)

„Ring der Nibelungen“. Dabei kam es zur Zusammenarbeit mit Geisler. Mehr noch. Als Neumann 1882

Das war sein Durchbruch, beschränkte ihn nach dem großen Auftakt in London in Zusammenarbeit mit

300. Ausgabe Folha Pomerana ... Pommern verbindet

Herzlichen Glückwunsch ... Seit dem 19. August 2013 erscheint regelmäßig die Internetzeitung Folha Pomerana, entstanden aus der Tatsache heraus, dass die Publikation „Pommerblad“ eingestellt wurde. Herr Prof. Dr. Ivan Seibel in Brasilien und Herr Helmut Kirsch in Deutschland stellen wöchentlich Pommernthemen zusammen, die dann in die ganze Welt gemailt werden.

Pomerode, das Zentrum der Pommern in Brasilien. Vor 150 Jahren sind die Familien ausgewandert, wagten den Schritt ins Neue, ins Unbekannte – doch niemals haben sie ihre Heimat vergessen, – Pommern – Pomorje – Das Land am Meer. Lebensart, Sitten und Gebräuche aus der Heimat wurden übernommen und gepflegt, oft auch in der Jetztzeit mehr als unter den Pommern in Deutschland oder Europa. So kann man immer wieder spannendes lesen – teils wie aus einer längst vergangenen Zeit. Sogar das pommersche Platt wird dort noch gesprochen und man kann es auch lernen.

Was zeigt uns das? Die Verbin-

dung zwischen den Pommern, egal wo sie leben, ist intensiv und sie ist ein deutliches Bekenntnis zur Heimat.

Mit der „Die Pommersche Zeitung“ in der Preußischen Allgemeinen Zeitung tragen auch wir gerne dazu bei, das historische und auch das jetzige Pommern darzustellen. Als Redakteurin dieser Seite bin ich glücklich, das Andenken an dieses wundervolle Land wachzuhalten, die Historie wöchentlich zu vermitteln, Persönlichkeiten vorzustellen. Aber auch Aktivitäten der Jetztzeit ergeben immer wieder interessante Themen. Die Kontakte nach Brasilien sind dabei eine ganz wichtige Verbindung.

Deshalb gehen ganz herzliche Glückwünsche zu den Pommern nach Brasilien – und ein Aufruf an die jungen Leute dort: Pflegen Sie weiter das Erbe, es gehört zu ihnen und zu ihrer Identität.

Arbeiten wir alle gemeinsam daran, hüben wie drüben.

Herzlichst
Brigitte Stramm

Land am Meer – Die Ostsee bei Kolberg (Foto B. Stramm)



Stettiner Treffen in der Patenstadt Lübeck



Stettiner Flagge am Lübecker Rathaus. Im Haus Stettin in Lübeck. Ursula Zander überreicht Herrn Dr. Haik Porada ein Präsent. Unten: Travemünde – in der Versöhnungskirche. (Fotos: Privat)

Das 66. Stettiner Treffen hat in Lübeck, im Haus Stettin stattgefunden. Ca. 40 Stettiner waren der Einladung der Vorsitzenden des Heimatkreises, Frau Ursula Zander, gefolgt. Ist das Treffen doch stets ein Höhepunkt im Laufe eines Jahres. Freudig begrüßt wurde Dr. Haik Porada, Pommerscher Kulturpreisträger 2018, der den Festvortrag: „Handelsbeziehungen und Aufgaben Stettins in der Zeit, als Stettin Mitglied der Hanse war“ hielt. Die wechselvolle und interessante Historie der ehemaligen Hauptstadt Pommerns bietet stets vielerlei Themen.

Am 3. August 2019 wurde auch der Heimatkreisausschuss Stettin für zwei Jahre neu gewählt. Zur Wiederwahl hatten sich folgende Heimatfreunde bereit erklärt:

Eberhard Gaese, Max Manke (beide Lübeck), Ursula Zander, Galmsbüll/Schleswig-Holstein, Wolfgang Dahle (Rostock) und in Abwesenheit Renate Jachow (Köln). Die

Wahl wurde in Abstimmung der anwesenden Mitglieder per Hand durchgeführt. Die Kandidaten wurden einstimmig wiedergewählt, mit einer Enthaltung.

Ursula Zander als Vorsitzende konnte die Wahl für die nächsten 2 Jahre als erfolgreich verkünden.

Es wurde nach einem Tätigkeitsbericht für den HKA beschlossen,



den Preis für den Stettiner Bürgerbrief ab nächstem Jahr auf 10,00 € zu erhöhen. Nicht zu kurz kamen auch heimatische Speisen, so gab es typisch pommersche Spezialitäten wie Salzkuchen mit Schmalz, Leberwurst und Lungwurst.

Bei Filmvorführungen über das historische Stettin und Bildershows der Jetztzeit kam sicher oft die Frage: „Weiß du noch ...“

Den Abschluß bildete am Sonntag der Gottesdienst in der Versöhnungskirche Travemünde, mit anschließender Andacht am Pommern-Gedenkstein.

BS



Die Fahrten der **STETTIN 2019**
Dampfen Sie mit uns!

Hamburger Hafengeburtstag, Elbfahrten, Rendsburg, Bremerhaven, Cuxhaven, Helgoland, Kiel „Kieler Woche“, Rostock „29. Hanse Sail“, Hamburg „Cruise Days“

Buchen Sie auch die Bus-Zubringerfahrten!

www.dampf-eisbrecher-stettin.de
sehenswert!
Telefon: 040/56 19 49 50

Ein besonderes Erlebnis:
Fahrten mit dem Dampf eisbrecher Stettin

Datum	Nr.	Uhrzeit	Fahrt	Preis
Hamburg-Cuxhaven-Helgoland				
Fr 16.08.	11.1	11:00 - 17:00	HH - Cuxhaven	47,00
Sa 17.08.	11.2	09:00 - 13:00	Cuxh. - Helgoland ***	
		16:00 - 20:00	Helgoland - Cuxh. ***	79,00
So 18.08.	11.3	11:00 - 17:00	Cuxhaven - HH	47,00
Hamburg - Elbfahrten				
So 01.09.	11.6	13:00 - 16:00	Hafen / Elbfahrt	32,00
Hamburg - NOK - Rendsburg				
Sa 07.09.	12.1	10:00 - 19:00	HH - Rendsburg	55,00
	12.1.B	** Bus: 19:30	Rendsburg - HH	18,00
So 08.09.	12.2	10:00 - 19:00	Rendsburg - HH	55,00
	12.2.B	** Bus: 08:00	HH - Rendsburg	18,00
Hamburg - Cruise - Days				
Fr 13.09.	13.1	15:00 - 19:00	Gästefahrt *	
Sa 14.09.	13.2.1	13:00 - 16:00	Hafen / Elbfahrt	32,00
	13.2.2	20:00 - 23:00	Parade/Feuerwerksfahrt	49,00
So 15.09.	13.3	13:00 - 16:00	Saisonabschluss	35,00

(kleiner Auszug aus dem Fahrplan)

Chancen verspielt

Zu: Länder fordern Ende der Sanktionen (Nr. 25)

Es gehört in diesem Land bereits zum guten Ton, Russland und besonders Putin als allgegenwärtig und aggressiv darzustellen, ohne jemals echte Beweise dafür nennen zu können. Die „gewaltsame Annexion der Krim im Jahre 2014“ ist nun der Universalvorwand für die unsinnigen Sanktionen gegen Russland.

Die Krim war jahrhundertlang russisches Gebiet, wurde erst 1954 von Chruschtschow an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert und blieb nach dem Ende der Sowjetunion Teil der Ukraine – also erst wenige Jahrzehnte lang. Fakt ist, dass die Bevölkerung der Krim mehrheitlich russisch ist und mit überwältigender Mehrheit zu Russland zurückkehren wollte.

Fakt ist auch, dass der Schwarzmeerhafen Sewastopol von den Russen niemals freiwillig aufgegeben wird – allein wegen ihrer Marine. Wenn wir dieses als gegebene Fakten anerkennen, werden die vorgeschobenen „Gründe“ für die Sanktionen niemals mehr aufgehoben. Doch in einer zivilisierten Welt sollten unsinnige Entscheidungen erkannt und rückgängig gemacht werden. Ganz besonders dann, wenn diese Sanktionen der deutschen Wirtschaft enormen Schaden zufügen.

Typisch dabei ist wieder einmal der vorauseilende Gehorsam der Regierung in Berlin, was die Umsetzung der Sanktionen betrifft. Egal, wie lange diese auch andauern werden: Sie schaden beiden Ländern jetzt und langfristig. Sie zwingen die russische Wirtschaft zu größerer Autonomie und geben Konkurrenten auf dem Weltmarkt – besonders den Chinesen – Chancen, in Russland Fuß zu fassen. Damit schwinden die Chancen der deutschen Wirtschaft enorm, einen verlässlichen und ausbaufähigen Exportmarkt bedienen zu können.

Wenn wir jetzt noch vor dem „ziemlich besten Freund jenseits des Atlantik“ einknicken und auch das Nordstream-2-Vorhaben kippen, dann ist uns nicht mehr zu helfen. Es ist verwunderlich, wie die Bundesregierung gerade unter dem Aspekt einer sich abzeichnenden Konjunkturabschwächung und immer höheren Kosten durch unsere Asylpolitik deutsche Wirtschaftsinteressen in einem der großen Zukunftsmärkte verspielt.

**Henry Stephan,
Himbergen**

Klimaextremes Drei-Kaiser-Jahr

Zu: „Alles schon dagewesen“ (Nr. 20)

Leider hat der Autor frühere Klimaextreme wie beim Drei-Kaiser-Jahr 1889 nicht angeführt. Unser Urahn Mathias Lottermoser aus Krauleidszen (Schöppenfelde) Kreis Gumbinnen, geb. 1849, gest. 1921, beschreibt das Jahr 1889 so:

„Das Jahr 1889 war in wirtschaftlicher Beziehung sehr schlecht, indem die Ernte so schlecht ausfiel, wie es nur kaum für möglich gehalten werden konnte. Das Jahr vorher war sehr nass, die Brache sehr schlecht bestellt, zum Teil auch spät eingesät. Der ganze Herbst dann wieder nass, wobei die Wintersaat ziemlich verloren ging und im Frühjahr umgeackert wurde. Das nächste Frühjahr und Sommer sehr trocken und die zweite Aussaat konnte nicht aufgehen. Dann als der Schnee aufgetaut und ausgetrocknet war, kam erst im August, als der Roggen in Hocken stand, der erste durchschlagende Regen. Die letzten Frühjahrssaaten, aber auch gleich den noch übrig gebliebenen Teil vom Roggen zum Keimen brachte. Als die Ernte eingeheimst war, konnte man, wenn

Opfer eines bunten Kölns

Zu: Meinungen“ (Nr. 21)

Der Sohn von Fritz Schramma, ehemaliger Bürgermeister von Köln, wurde von muslimischen Rasern türkischer Herkunft, denen ein Menschenleben nichts gilt, totgefahren. Nach 50 Verhandlungstagen kam als Strafmaß eine Bewährung von zwei Jahren heraus, ohne Führerschein und Fahrverbot, das heißt, dass diese Raser innerhalb dieser zwei Jahre keinen Menschen totfahren dürfen, danach können sie weitermachen wie bisher.

Während ein kleiner deutscher Taschendieb die ganze Härte der

deutschen Strafrecht zu spüren bekommt, werden die muslimischen Gewalttäter so behandelt, als hätten sie eben nur mal vergessen, einen Euro in den Parkscheinautomaten zu werfen.

Herr Schramma beklagt nur das schlechte Benehmen dieser türkisch-stämmigen Raser während der Verhandlung und nach deren Ende. Es ist derselbe Herr Schramma, dem Köln nicht bunt genug sein konnte, und es ist derselbe Herr Schramma, der die Mitglieder der Kölner Ortspartei „Pro Köln“ als braune Brühe bezeichnet hat.

**Barbara Koerber,
Gräfenberg**



Initiatoren eines Polen-Denkmal am Askanischen Platz vorm Anhalter Bahnhof: Stadtplaner Florian Mausbach, Stefan Troebst, Kulturgeschichtler an der Uni Leipzig, und Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt (v. l.)

Bild: imago/tagesspiegel

Beschränktes Sichtfeld beim Polendenkmal

Zu: Selbstanklage (Nr. 25)

Wenn man im Internet unter „Polendenkmal-Initiative“ nachsieht, stößt man auf „Deutsches Polen Institut“/Darmstadt. Dort waren als Initiatoren des Aufrufs mit Stand 7. August als Unterzeichner 125 Namen genannt, so Rita Süßmuth, Florian Mausbach (Ex-Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, d. Red.) oder Wolfgang Thierse.

Diese würde ich gerne in einem persönlichen Brief folgendermaßen

ansprechen: „Stammen Sie auch aus einer deutschen Familie aus Ost-/Westpreußen, Pommern oder Schlesien? Kennen Sie auch die über 700-jährige Geschichte des deutschen Ostens? Ihr Sichtfeld scheint auf die Zeit von 1939 bis 1945 beschränkt zu sein, sonst würden Sie ein solches Denkmal an solcher Stelle niemals befürworten und unterstützen.“

Wie viel Leid und Unrecht zwölf Millionen Bestohlenen und Vertriebenen angetan wurden, insbesondere indem Polen und

Aufgeschreckte Hühner

Zu: Triumph der Karrieristen (Nr. 30)

In Ihrer Ausgabe sind auf dem Titelbild drei „Hühner“ (Kramp-Karenbauer, von der Leyen, Merkel) auf einer Stange sitzend zu sehen – mit der Zeile „Triumph der Karrieristen“. Dies erinnert an ein Bild auf der Titelseite Ihrer Zeitung Anfang dieses Jahres (Nr. 1), auf dem zwei „Hühner“ (Merz, Kramp-Karrenbauer) zu sehen sind, übertitelt mit „Nichts dazugelernt“. Das suggeriert, dass die Welt von Hühnern gelenkt wird, die nur dazulernen müssten, damit sich etwas bessert.

Dieser Eindruck wäre leicht zu vermeiden, wenn man sich ansieht, für wen Merz arbeitet. Vor allem Herkunft und Zugehörigkeit der Eigner der Blackrock-, Blackstone- und anderer Hedgefonds-Firmen machen deutlich, wer die eigentlichen Heuschrecken sind, die die Hühner scheuchen, um mit deren Geschrei von den eigentlichen Zielen abzulenken. Es ist auch eine Aufgabe Ihrer Zeitung, diese Zustände aufzuzeigen, statt falsche Spuren zu legen, die darauf deuten, ein Dazulernen der Funktionäre würde etwas ändern.

**Thomas Hartmann,
Stralsund**

Neue Neandertaler

Zu: Klima klar, Wetter ungewiss (Nr. 30)

Ganz schön warm dieser Sommer – und trocken. Das könnte schon seit zehn bis 15 Jahren so gehen. Jedenfalls glauben Wissenschaftler einen Trend zu erkennen. Die Folgen erschrecken selbst Schulkinder.

Wie wohltuend ist da ein fester Glaube – der Glaube an die Zeit nach 2050 und die Gnade des geminderten Ausstoßes von Kohlendioxid (CO₂). Zumal jeder Einzelne sein Scherflein beitragen kann: Kasteiung durch Verzicht auf Flugreisen, gute Werke in Gestalt eines E-Mobils oder Solar-Daches, Kinderprozessionen. Die Verkündung eines allgemeinen Ablasses in Gestalt einer CO₂-Abgabe dürfte kurz bevorstehen.

Je mehr Hektik, desto weniger muss man sich mit der Ursache der Erwärmung beschäftigen. Oder sagen wir mal so: Wir haben zwar alle von einer Eiszeit gehört und dass wir in einer Nacheiszeit leben. Wir haben auch davon gehört, dass erdgeschichtlich 10 000 Jahre (also länger als die gesamte Menschheitsgeschichte) ein Klakks sind. Es wäre aber peinlich, wenn wir uns eingestehen müssten, dass wir machtlose Geworfene sind.

Peinlich? Es wäre unerträglich. Vielleicht nicht so sehr für uns Lemminge. Aber denken Sie doch mal an unsere Regierung, die wir gewählt haben, damit sie derartige Großschäden von uns abwende. Soll sie eine Bankrotterklärung abgeben? Kann sie den CO₂-Dampfer überhaupt noch verlassen? Darf sie unsere Substanz verschleudern, weil ohnehin nichts mehr zu machen ist? Oder können wir mit einer unausweichlichen Klimaverschiebung besser umgehen als der Neandertaler?

**Dietrich Bott,
Unterhain/Königssee**

Ein Seite-1-Thema

Zu: Grünen-Zwist in Hamburg (Nr. 29)

Ich kann meine Zeitung verstehen, wenn sie zu einigen Ereignissen einen zurückhaltenden, sachlichen Kommentar gibt, um die Glaubwürdigkeit zu erhalten und nicht als Revolverblatt verunglimpft zu werden. Den Streit der Grünen in Hamburg jedoch hätte ich mir auf der ersten Seite gewünscht.

**Peter Karstens,
Eckernförde**

Gewerkschaften genießen Narrenfreiheit

Zu: Die Deutschen flüstern wieder (Nr. 22)

Die deutschen Gewerkschaften sind Inflationstreiber und somit schadenstiftende Organisationen. Sie produzieren nichts, sondern zerstören die Stabilität der Währung durch mittels Streiks erpresste Lohnerhöhungen. Nach landesweit laufend durchgesetzten Lohnerhöhungen müssen die Unternehmen gezwungenermaßen ihre Preise erhöhen. Die Folge besteht darin, dass die Kaufkraft der Ersparnisse im Verhältnis der Lohnerhöhungen sinkt. Die Sparer werden durch die Gewerkschaften insoweit dauerhaft enteignet, obwohl kein Gewerkschaftsmitglied einen verbleibenden Vorteil erhalten hat.

Die Sparbeiträge, die etwa das Sparbuch ausweist, bleiben zwar zahlenmäßig konstant, sie repräsentieren aber nach den Lohnerhöhungen eine geringere Kaufkraft. Die Gewerkschaften haben dauerhaft zulasten der Sparer gehandelt, was es nach der deutschen Rechtsordnung nicht geben darf (§ 328 BGB).

Die durch Streiks erpressten Lohnerhöhungen lohnen sich

nicht wirklich. Sie werden durch die nachfolgenden Preiserhöhungen ausgeglichen und müssten demzufolge von vornherein unterbleiben. Den Gewerkschaften muss das Streikrecht entzogen werden. Soweit es erforderlich wäre, muss das Grundgesetz geändert werden. Sie müssen darauf beschränkt werden, sich nur um die Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu kümmern.

Für den Kontakt zwischen den Unternehmen und ihren Verbänden sowie den Gewerkschaften und staatlichen Stellen (etwa der Bundesbank) sollte eine neue „Deutsche Arbeitsfront“ installiert werden, die auch den gesetzlichen Auftrag erhalten müsste, die Währung stabil zu erhalten und die sonstigen Dinge von landesweiter wirtschaftlicher Bedeutung für die Betriebe zu regeln.

Im Übrigen hat die Bundesbank das vorrangige Ziel zu verfolgen, die Preisstabilität zu gewährleisten. Dem steht die Narrenfreiheit der Gewerkschaften gegenüber, als Inflationstreiber zu wirken. Dieser Widerspruch muss beseitigt werden, indem der obige Vorschlag im Interesse aller Bürger realisiert wird.

Die Währungsstabilität muss allen anderen Gesichtspunkten vorgehen. Die Tatsache, dass die Bundesbank von der EZB zurzeit noch entmachtet ist, darf im Hinblick auf die Währungsstabilität nicht übersehen werden. Die EZB betreibt eine konsequente Inflationspolitik, indem sie eine Inflation von mindestens zwei Prozent oder mehr anstrebt. Um für unser Land eine stabile Währung zu erreichen und abzusichern, ist der Austritt Deutschlands aus dem Euro notwendig.

Die Bundestagsparteien sollten es als ihre Verpflichtung betrachten, umgehend zugunsten der Währungsstabilität durch gesetzliche Regelungen tätig zu werden, um den skizzierten Missstand zu beseitigen und die Sparer vor weiteren heimlichen Enteignungen ihrer Sparguthaben zu schützen.

**Benno Koch,
Harsefeld**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Unser Freund, der Baum

Neuerdings liegt »Waldbaden« groß im Trend – Immer mehr Menschen finden zur Heilkraft inmitten der Natur zurück

Forschung rund um Bäume und den Wald hat Hochkonjunktur. Während einige Wissenschaftler sich mit der Frage beschäftigen, wie der Wald dem Menschen im Hinblick auf seine Gesundheit dienlich sein kann, setzen andere Forscher alles daran, den ältesten Baum der Welt zu entdecken.

Der Wald und seine Bäume sind die modernen Helden unseres selbstinszenierten Klima-Krimis. Immer neue Studien berechnen, wie viele Bäume gepflanzt werden müssen, damit wir überleben, damit sich die Welt auf ein verträgliches Maß abkühlt, damit die Umweltverschmutzung in Schach gehalten werden kann. Irgendwie scheint in dieser Zeit jedes Problem durch den Baum, besser gesagt durch den Wald, zu lösen zu sein. Irgendwie entsteht zunehmend der Eindruck, dass – abgesehen vom Wald – einzig Megahelden wie James Bond das Klima und damit das Leben auf der Erde noch retten können.

Eine Beispielrechnung: Ein vergleichsweise kleiner Baum mit rund 20 Metern Höhe produziert in etwa 10 000 Liter Sauerstoff an einem Tag. Ein Mensch benötigt am Tag zwischen 500 bis 2000 Liter Sauerstoff, je nachdem wie groß und alt er ist und was er macht. Mit der von einem Baum produzierten Sauerstoffmenge kommen dann entsprechend fünf bis zehn Menschen aus. Das klingt schon mal gut.

Mit einem Blick auf die Kohlendioxid-Belastung der Luft ist auch diese – sehr stark vereinfachte – Rechnung interessant: Ein Baum arbeitet mit seiner Photosynthese an einem guten Klima, indem er aus rund einer Tonne CO₂, die er der Luft entnimmt, einen Kubikmeter Holz produziert. Schon mit

diesen beiden einfachen Gleichungen ist klar – Bäume sind die Großmeister des Klimaproblems.

Das Holz der Bäume ist als natürliches Produkt begehrt, was bekanntermaßen zu starker Abholzung und Reduzierung der Wälder geführt hat. Werden Bäume nicht gefällt, können sie sehr alt werden. Und damit auch

Eiche im Landkreis Regensburg behauptet. In Deutschland sind es vor allem Linden, die zu den besonders alten Bäumen zählen.

Viele Orte und Dörfer hatten früher im Zentrum eine Dorflinde. Unter diesem Baum wurden Hochzeiten gefeiert und Urteile gesprochen. Eine ziemlich sichere Methode für einen Baum, der Axt

Landkreis Weilheim-Schongau sowie die Dorflinde in Aua (Hessen). Bei den Linden hält die Riesenlinde von Heede (Emsland) einen ganz besonderen Rekord: bei etwa 17 Metern Kronendurchmesser und 35 Metern Höhe gilt sie als größte Linde Europas. Die Öko-Bilanz dieser bemerkenswerten Bäume mit Best-Maßen fällt

namten Waldbaden geht es nicht prinzipiell um einen Spaziergang oder das Wandern. Es geht um den Aufenthalt im Wald. Dabei darf auch gemächlich geschlendert oder gesessen werden.

Das Waldbaden, japanisch „Shinrin-yoku“, ist inzwischen in Japan eine anerkannte Stress-Management-Methode. Neben der Entschleunigung, die der Aufenthalt in der Natur des Waldes bringt, punktet das Waldbad nach Meinung von Experten wie dem Umwelt-Immunologen Qing Li, Präsident der Japanischen Gesellschaft für Waldmedizin, vor allem mit dem Einatmen von sogenannten Phytonzyden, die die Bäume in die Luft abgeben. Diese Stoffe, die von den Bäumen gebildet werden, stärken das menschliche Immunsystem nachweislich wie Studien zeigen. Durch das Einatmen der Stoffe bildet der menschliche Körper vermehrt Killerzellen. Schon ein Tag im Wald zeigt eine deutliche Veränderung. Je länger und regelmäßiger der Aufenthalt im Wald ist, desto länger hält die Wirkung an.

Andere Untersuchungen belegen, dass bereits ein Aufenthalt von 20 bis 30 Minuten täglich den Cortisolspiegel senkt. Cortisol wird als Stresshormon bezeichnet und soll bei chronischem Stress unter anderem bei der Entstehung von Übergewicht, Herz-Kreislauf-Störungen mitverantwortlich sein. Gemessen wird der Cortisolspiegel im Speichel.

Besonders viele ätherische Öle und damit Heilkräfte sollen Nadelbäume aufweisen. Ein Waldbad in der Schweiz im 1000-jährigen Zirbelkieferwald im Aletschgebiet liegt damit auf der Hitliste der Wald-Jungbrunnen ganz weit vorne. 1000 Jahre – das klingt

bereits beeindruckend alt. Weit aus älter sind aber einige Bäume in den USA. Einer Kiefer mit dem Namen Methusalem werden 4723 Jahre zugeschrieben, darüber hinaus soll in den USA eine weitere Kiefer im Alter von 5062 Jahren existieren.

Nordamerika scheint ein guter Standort für alte Bäume zu sein. Im Jahr 2017 haben Forscher im US-Bundesstaat North Carolina in einem Gebiet mit vielen hundert 1000 Jahre alten Zypressen eine ganze Gruppe noch älterer Bäume finden können. Im Sumpfgebiet des Black River hat David Stahle von der University of Arkansas mit seinem Team eine Gruppe von 50 Sumpf-Zypressen entdeckt, die alle älter als 2000 Jahre sein sollen. Die Proben, die das Forscher-Team entnahm, zeigten, dass einer der Bäume sogar 2624 Jahre alt ist.

Rechnet man die Lebensleistung dieses Baumes aus, kommt man auf schwindelerregende Summen. Ungeachtet von Höhe und Umfang des Baumes, bringt es die uralte Sumpf-Zypresse bei rund 3,65 Millionen Litern Sauerstoff (Minimum) pro Jahr in 2624 Jahren auf fast 9,6 Milliarden Liter Sauerstoff, die sie produziert hat. Dabei hat sie bis zu 262 Tonnen Staub pro Jahr (rund 700 Kilogramm pro Tag) aus der Luft gefiltert. Ganz nebenbei hat dieser Baum pro Tag bis zu 500 Liter Wasser verdunstet, und damit die Kühlleistung von zehn bis 15 Klima-Anlagen erzielt. Bei 90 Milliarden Bäumen, die in Deutschland stehen, müsste man sich hier wie im Kühlfach fühlen. Diesen Sommer war das Gegenteil der Fall, auch weil viele Bäume jung aufgefördert und andere vom Borkenkäfer befallen und daher krank sind. *Stephanie Sieckmann*



Alte Eiche als Therapeut: Beim Waldbaden soll man die Energie des Baumes spüren

Bild: pa

größer. In Europa gelten Bäume als sehr alt, wenn sie 300 Jahre und älter sind. Dabei gibt es immer wieder Exemplare, die diese Grenze weit überschreiten. So soll die Muttereiche in Hechingen rund 1300 Jahre auf dem Buckel oder besser gesagt auf dem Stamm haben. Ähnliches wird von der Sankt-Wolfgang-

zu entkommen. So gibt es heute zahlreiche Linden im hohen Alter. Die Linde in Schluttenbach bringt es auf 1080 Jahre, der Edingalinde im Landkreis Fürstfeldbruck werden ebenfalls rund 1000 Jahre Lebensalter zugeschrieben.

Das gleiche gilt für die Kuni-gundenlinde im Landkreis Würzburg und die Tassilolinde im

natürlich weitaus höher und beeindruckender aus als die oben genannten 10 000 Liter Sauerstoff pro Tag und Baum.

Wie der Wald den Menschen positiv beeinflussen kann, erforschen seit 2012 Wissenschaftler an japanischen Universitäten in einem eigenen Forschungszweig, der Waldmedizin. Beim so-

Dolce Vita mit Musik

Italiens Städte machen sich im August fein für bewährte Festivals

Die Altstadt von Ferrara (133 000 Einwohner) in der oberitalienischen Region Emilia-Romagna zählt seit 1995 zum Weltkulturerbe der UNESCO. Geprägt von der Herrschaft des Hauses d'Este (14. bis 16. Jahrhundert) bietet sie den idealen Rahmen für das „Ferrara Buskers Festival“ vom 24. August bis 1. September. Den musikalischen Auftakt der 32. Auflage macht bereits am 23. August das „Anteprima Buskers Festival“ in der malerischen Lagunenstadt Comacchio, etwa 50 Kilometer südöstlich.

Aufgeschreckt durch einen Zeitungsbericht, nach dem Straßenmusiker von der Polizei verscheucht wurden, beschloss Stefano Bottoni, ein Macher in der italienischen Musikszene, den Künstlern offiziell Platz zu geben. Er gründete das Straßenmusik-Festival und leitet es bis heute. Über 800 000 Zuschauer werden zu den mehr als 130 Vorstellungen täglich erwartet. Das ist ein Superlativ der Straßenmusik! Die über 1000 Musiker aus 35 Ländern, dazu Jongleure und Akrobaten, treten dabei nur mit einem Hut zu ihren Füßen auf.

Begleitet wird das Festival zum diesjährigen 500. Leonardo-Jubiläum durch eine Ausstellung von Musikinstrumenten im Castello Estense, die anhand von Skizzen aus da Vincis Codex Madrid nachgebaut wurden.

Seine 40. Auflage feiert vom 25. bis 31. August das Festival „Benevento Città Spettacolo“ in der süditalienischen Region Kam-

panien. 1980 als Theater-Festival geboren, wurde es im Laufe der Jahre um Bildende Kunst, Film, Musik und Literatur erweitert und unter der künstlerischen Leitung des Regisseurs und Schauspielers Renato Giordano zum Publikumsmagneten. Von der Rivalität mit Neapel beflügelt, hat sich Benevento (60 000 Einwohner) vorgenommen, sein anspruchsvolles Festival lebendig zu halten.

Dabei werden auch in Benevento Theater, Plätze und Innenhöfe in

nach der Geschichte eines syrischen Tänzers, der wegen seiner Tanzleidenschaft vom Islamischen Staat bedroht wird. Am 28. August macht Italiens bekannte Sängerin Loredana Bertè auf der Piazza Castello Station.

Nur drei Minuten zu Fuß sind es von hier über den Corso Garibaldi zur Langobarden-Kirche Santa Sofia, seit 2011 Weltkulturerbe, mit dem angeschlossenen romanischen Kreuzgang und seinen hochinteressanten 48 Säulen-



Musikalische Stadt: Festival in Ferrara

Bild: Ferrara Buskers Festival

der historischen Innenstadt zu kapiteln. Treffpunkt schlechthin ist der Löwenbrunnen vor dem einstigen Kloster. Mag sich dem Fremden auch nicht jeder Programmpunkt sprachlich erschließen, die eigentliche Show sind die Beneventiner selbst. In bester südländischer Korso-Manier flanieren sie durch die Straßen und machen elegant „bella figura“. In der Hand ein Glas Falanghina, den guten Weißwein der Region. *Helga Schnehagen*

Ein doppelter Nutznießer ist der Schwarzstorch, der seit einigen Jahren in der Gegend beobachtet wird. Der „Joachim-Schwarzkopff-Waldweiher“, als besonntes Kleingewässer, ist ein gutes Nahrungshabitat und sorgt mit seiner Lage an einen angrenzenden Wald für ausreichend Rückzugsmöglichkeiten für den seltenen Schwarzstorch. Mit der Namensgebung des Waldweihers soll auch an den

Flüggel Wappentier

Seeadler fühlen sich im Norden wieder wohl

Seit über 50 Jahren engagiert sich die „Projektgruppe Seeadlerschutz“ für den Schutz der Großvogelarten in den Wäldern Schleswig-Holsteins. Weil die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter damit einen wertvollen Beitrag für den Schutz der Seeadler und anderer Großvögel des Bundeslandes leisten, haben die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (SHLF) dieses Engagement auf besondere Weise honoriert. Sie übergaben dem Naturschutzverein symbolisch – ein Stück Wasser, genauer gesagt den „Joachim-Schwarzkopff-Waldweiher“.

Das „übergebene“ Kleingewässer spielt, wie so viele Weiher, die in den Landesforsten geschaffen wurden, für die Verbreitung vieler Tierarten eine entscheidende Rolle. Es wärmt sich zu Jahresbeginn schnell auf und ermöglicht verschiedenen Amphibien wie Fröschen, Molchen und Kröten eine rasche Entwicklung im Frühjahr. Gleichzeitig zieht der Waldweiher auch zahlreiche Insekten, Vögel und Säugetiere an und bereichert die Landschaft.

Ein doppelter Nutznießer ist der Schwarzstorch, der seit einigen Jahren in der Gegend beobachtet wird. Der „Joachim-Schwarzkopff-Waldweiher“, als besonntes Kleingewässer, ist ein gutes Nahrungshabitat und sorgt mit seiner Lage an einen angrenzenden Wald für ausreichend Rückzugsmöglichkeiten für den seltenen Schwarzstorch. Mit der Namensgebung des Waldweihers soll auch an den

mittlerweile verstorbenen, ersten hauptamtlichen Seeadlerschützer der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten, Joachim Schwarzkopff, erinnert werden, dessen langjähriges und beispielloses Engagement für den Artenschutz maßgeblich die erfolgreiche Arbeit der „Projektgruppe Seeadlerschutz“ geprägt hat.

Nachdem die mit über zwei Metern Flügelspannweite größte europäische Adlerart in Schleswig-Holstein gegen Ende des



Wieder gut in Form: Seeadler

19. Jahrhunderts ausgerottet worden war, siedelten sich ab 1947 wieder Einzelpaare an. Seitdem nahm die Zahl der Brutvögel kontinuierlich zu. Im vergangenen Jahr gab es etwa 112 Revierpaare, dabei wurden 133 Jungadler flügge. Aufgrund dieser Bruterfolge wurde das einstmalige „stark gefährdet“ eingestufte Wappentier, auf dessen Speiseplan Fische und Seevögel stehen, auf „nicht gefährdet“ herabgestuft. *H. Tews*

Die Angst vor Zeckenbiss steigt

Laut der Universität Hohenheim und dem Münchner Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr hat die tropische Hyalomma-Zecke erstmals in Deutschland überwintert. Die spinnenartige Riesenzecke ist eigentlich in Asien, Afrika und Südeuropa heimisch. Fast jeder zweite Deutsche (43 Prozent) fürchtet sich vor der Übertragung gefährlicher Krankheiten durch solche exotischen Arten, wie eine Umfrage im Auftrag der KKH Kaufmännische Krankenkasse ergeben hat. „Der Parasit, der dreimal so groß ist wie hiesige Zecken, wurde in Deutschland aber bislang nur vereinzelt nachgewiesen“, sagt Sven Seibelberg, Apotheker bei der KKH.

Jeder dritte Gefragte, der in den vergangenen zwei Jahren von einer Zecke gebissen wurde, hat das Gefühl, häufiger unter den Plagegeistern zu leiden. Hierzulande sind vor allem Borreliose- und FSME-Infektionen durch die heimische Zecke, den gemeinen Holzbock, verbreitet. Die Zahl der Infektionen ist laut KKH gestiegen. Demnach erkrankten im ersten Halbjahr 2018 rund 7000 Versicherte nach einem Zeckenbiss an Borreliose oder Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME). Das entspricht rund zwei Drittel der Fälle vom gesamten Jahr 2017, als die Zahl bei rund 11 000 lag. Im ersten Halbjahr 2018 kamen damit vier Krankheitsfälle auf 1000 Versicherte. „Wenn alle Zahlen ausgewertet sind, rechnen wir für 2019 mit deutlich mehr Infektionen durch Zecken als in den Jahren zuvor“, prognostiziert Seibelberg. *tws*

Autorin macht chronisch Kranken Mut

Nicht von ungefähr beginnt das neueste Buch der Lyrikerin Maren Schönfeld mit einem Gedicht: „Du hast mir den Rücken gebeugt, mir im Nacken gesessen, meine Träume aufgezehrt, mir die Zeit gestohlen“. Bereits die ersten Zeilen von „Strategie des Schmerzes“ treffen den Leser mitten ins Herz. Da schreibt eine Autorin, die von früherster Kindheit an hat lernen müssen, mit kaum erträglichen Schmerzen zu leben. Da, wie Schönfeld im Vorwort anmerkt, Krankheit in unserer Gesellschaft als Störfaktor wahrgenommen wird, stellt der Umgang mit einem chronischen Leiden, gegen das es bis heute kein wirksames Mittel gibt, eine fast übermenschliche Herausforderung für die Betroffenen dar. Aber das Buch mit dem etwas sperrigen Titel „Wenn du Schmerzen hast, gehe langsam“, soll all jenen Mut machen, die sich bereits in ihr Schicksal ergeben haben und meinen, sie müssten ihr Leiden hinnehmen. Dass dem nicht so ist, beweist dieses schmale Werk auf jeder seiner 148 Seiten.

Eingangs schildert die Autorin ihre Odyssee durch die Praxen von Orthopäden, Physiotherapeuten, Allgemeinmediziner und Schmerztherapeuten, die ihrem Leiden hilflos gegenüberstehen und alles versuchen, die Schmerzen der Patientin mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu lindern. Akribisch blättert

Schönfeld ihr Leben vor uns auf, beginnend mit ihrer Geburt im Jahre 1970. Die Großmutter stellt fest, dass ihre neun Monate alte Enkelin zwei verschiedene lange Beine hat und konsultiert verschiedene Ärzte. Jetzt beginnt eine unendliche Leidenszeit für das kleine Mädchen. Nur ein paar Stichworte: Die diagnostizierte Hüftdysplasie erfordert ständiges

Wie man sein
Leben in den Griff
bekommt

Röntgen, Spreizhosen und Eingipsung bis zur Taille. Der Leser wundert sich, was ein Mensch – zumal ein so junger – alles ertragen kann.

Schönfeld protokolliert auf den folgenden Seiten, wie sie trotz aller Widerstände und Schmerzen ihr Leben in den Griff bekam. Es versteht sich, dass sie es in der Schule nicht leicht hatte und während der Sportstunden von den Mitschülern wegen ihrer krankheitsbedingten Langsamkeit gemobbt wurde.

Doch das junge Mädchen steckte die Kränkungen weg und wandte sich stattdessen der Literatur zu. Sie verschlang Bücher von Erich Kästner, Christine Nöstlinger, Otfried Preußler und Astrid Lindgren. Letztere dürfte

ein gutes Vorbild für die spätere Laufbahn Schönfelds als Schriftstellerin gewesen sein. Denn die geistige Mutter von Pipi Langstrumpf begann ihre Weltkarriere als Autorin ebenfalls während einer Krankheitsphase. Geschickt streut die Lyrikerin Schönfeld ihre Gedichte zwischen die Kapitel ihrer Krankheitsgeschichte.

In Kapitel sieben geht es um „benennbaren“ und „unbenennbaren“ Schmerz. Schmerzpatienten können ein Lied davon singen, dass all das, was sie beschreiben können, von den Mitmenschen akzeptiert und mit Ratschlägen bedacht wird, während der Leidende mit dem nicht benennbaren Schmerz ganz allein ist und keine Hilfe von außen erwarten kann. Das vorletzte Kapitel beinhaltet alphabetisch geordnete „Praktische Stärkungen von A bis Z.“ Die Autorin rückt hierin Arbeit, Disziplin und Experimentierfreudigkeit in den Fokus.

Zu guter Letzt noch einige wertvolle Tipps von A bis Z im Hinblick auf mentale Stärkungen: Von annehmen und achtsam sein

bis Zutrauen. Der letzte Punkt, der sich eingehend mit dem Fortschritt der Medizin und aktuellen Behandlungs- und Heilungsmethoden befasst, verdient spezielle Beachtung. Denn hier keimt Hoffnung für alle Betroffenen auf.

Wer Schönfelds Buch aufmerksam gelesen hat, ist um viele Erkenntnisse reicher. Gerade gesunden Menschen, die nur hin und wieder eine Schmerztablette schlucken, hilft es, sich in die Welt jener hineinzuversetzen, die tagtäglich mit Schmerzen leben müssen. Ein wenig Demut hat noch keinem geschadet. Das Buch ist in einem klaren verständlichen Stil geschrieben und beeindruckt besonders dadurch, dass die Autorin trotz ihres Leidensdrucks an keiner Stelle in Larmoyanz verfällt. Uta Buhr



Maren Schönfeld: „Wenn du Schmerzen hast, gehe langsam“, Verlag „Expeditionen“, Hamburg 2019, broschiert, 148 Seiten, 6,90 Euro, als E-Book 3,99 Euro

Sesshaftigkeit ist die Norm

Häufig behaupten Sozialwissenschaftler und Politiker, Immigration sei eine ebenso grundsätzliche Konstante des menschlichen Daseins wie Geburt, Fortpflanzung und Tod. Das freilich ist Unfug: An grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen beteiligte sich im letzten halben Jahrhundert weniger als ein Prozent der Weltbevölkerung – und in den Zeiten davor sah es auch kaum anders aus. Also ist Sesshaftigkeit die Norm und nicht Migration. Hierauf geht der Wiener Wirtschafts- und Sozialhistoriker Hannes Hofbauer in seinem Werk „Kritik der Migration“ ebenso ein wie auf die vielfältigen negativen Folgen der Wanderungsbewegungen und deren wahre Ursachen.

Der Mensch wolle eigentlich nur höchst selten migrieren, meint Hofbauer, denn das zerstöre seine Identität. Allerdings werde er durch die Globalisierungsgewinnler dazu gezwungen. Wobei diese zwar kräftig Profit aus der Migration zögen, sich dann aber für unzuständig erklärten, wenn es um die ebenfalls anfallenden Kosten gehe. Des

Weiteren steht für Hofbauer fest, dass die Migration nicht nur in den Zielländern für gravierende gesellschaftliche Verwerfungen Sorge, sondern auch in den Entsendestaaten.

Gleichzeitig warnt der Autor davor, die Immigranten zu stempeln, anstatt den „strukturell zerstörerischen Charakter“ der künstlich erzeugten Wanderungsbewegungen anzuprangern und daraus dann die entsprechenden politischen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das Bemerkenswerte an dem Buch Hofbauers ist neben seiner argumentativen Stringenz der Umstand, dass es von einem erklärten Linken geschrieben wurde. Aber offenbar gibt es auch unter diesen Menschen, die zur realistischen Betrachtung des Phänomens Migration fähig sind.

Wolfgang Kaufmann



Hannes Hofbauer: „Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien 2018, broschiert, 271 Seiten, 19,90 Euro

Gegen Hacker gewappnet

Ziehen Sie es vor, Ihr Haus abzuschließen und falls vorhanden, die Alarmanlage zu aktivieren, wenn Sie es verlassen, oder lassen Sie Ihre Haustüre offen stehen? Diesen Vergleich zieht Georg Stadler zum Umgang der meisten von uns mit der Sicherung unserer Computer und mobilen Geräten.

Um die digitale Sicherheit sei es bei den meisten Landeuten eher schlecht bestellt. Viel zu unbesorgt bewegten sich viele im Internet, und das, obwohl immer wieder Datenlecks immensen Ausmaßes bekannt werden.

Mit seinem Ratgeber „Digitale Sicherheit“ will Stadler

dem entgegenwirken. Absolute Sicherheit verspricht auch er nicht, aber wie mit der Sicherung des Hauses sei es auch bei Computern und modernen Smartgeräten möglich, die Gefahr eines Hackerangriffs zu minimieren. M. Rosenthal-Kappi



Georg Stadler: „Digitale Sicherheit. Die praktische Toolbox zum Schutz von E-Mail, Smartphone, PC & Co.“, Finanzbuch Verlag, München 2019, broschiert, 157 Seiten, 9,99 Euro

Verschwörungstheorien auf der Spur

Aussagen, die auf Gefühlen statt auf Fakten beruhen, bezeichnet man als „postfaktisch“. 2016 wurde der Begriff von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gekürt.

Der Physiker und Managementberater Holm Hümmler engagiert sich nicht nur in der „Gesellschaft zur Wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften e.V.“, sondern hat sich in seinem Buch „Verschwörungsmethoden. Wie wir mit verdrehten Fakten für dumm verkauft werden“ aufgemacht, der thematischen Irreführung den Kampf anzusagen. Sein Buch richte sich vor allem an Menschen, so Hümmler im Vorwort, die von Bekannten oder Angehörigen, vielleicht auch in den Medien, mit Verschwörungshauptungen konfrontiert würden. Allgemeinpsychologisch lässt sich,

laut Hümmler, leicht erklären, warum wir Menschen Verschwörungsideologien verfallen können. Menschen seien außerordentlich gute Muster-Erkenner. Auffinden von Mustern minimierte in früheren Zeiten Gefahren im Jahreslauf und im Zusammenleben mit wilden, gefährlichen Tieren. Es sei besser gewesen, einmal ein Muster, eine Gefahr mehr zu sehen, als vom Säbelzahniger gefressen zu werden bevor man die eigenen Gene weitergeben konnte.

Einigen der bekanntesten und fragwürdigsten Verschwörungsmethoden wird im Buch auf den Grund gegangen, wie die sogenannte „Inszenierte Mondlandung“ oder die „False Flag Operation 9/11“.

Als Wissenschaftler kann Hümmler kaum anders, als sich wissenschaftlich den Argumentationen zu nähern. Analytisch nimmt er die Aussagen unter die

Lupe, um diese dann nach und nach zu entlarven. Die „Beweise“ der Verschwörungstheoretiker seien mit naturwissenschaftlichem Halbwissen konstruierte Lügengebäude. Gefährlich werde das Ganze, wenn sich dahinter Rechtsextremisten und Rechtspopulisten verbergen, die auf diese Weise das „gesunde Volksempfinden“, auf die „rechte“ Seite bringen wollten.

In unterhaltlichem Stil geschrieben kann diese Lektüre durchaus zu umfassendem Kenntnisgewinn führen. Verschwörungstheoretiker von ih-

rem Weg abbringen, wird es aber sicher nicht. Schön ist der Satz, mit dem der Autor seine Leser als hoffentlich kritische Bürger am Ende entlässt: „Bleiben Sie im Kopf offen, aber nicht so offen, dass der Verstand herausfällt!“

Silvia Friedrich



Holm Gero Hümmler: „Verschwörungsmethoden. Wie wir mit verdrehten Fakten für dumm verkauft werden“, S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2019, 223 Seiten, kartoniert, 19,80 Euro

Gunter Nitschs Erinnerungen in neuer Auflage

Im Jahr 2011 erschien der Roman „Eine lange Flucht aus Ostpreußen“ von Gunter Nitsch als gebundene Ausgabe. Im vergangenen Jahr folgte eine broschiierte Sonderausgabe des Buches, das der Autor bereits 2006 unter dem Originaltitel „Weeds like us“ in den USA publiziert hatte. Das Vorwort für die deutschsprachige Version schrieb Arno Surminski. Der englische Titel bezieht sich auf das geflügelte Wort „Unkraut vergeht nicht“. In der Nachkriegszeit war dies der Leitspruch von Nitschs Mutter. Mit ihrem ungeborenen Überlebenswillen ermutigte sie ihre beiden Söhne Tag für Tag.

Mutter, Großeltern, die Tante und vier Kinder waren in die Hände der Russen gefallen, nachdem ihre Flucht über das Frische Haff gescheitert war. Aus der Geborgenheit der Familie wurden die Kinder in eine Hölle von Gewalt gestoßen. In ständiger Unsi-

cherheit verbrachte die Familie dreieinhalb Jahre im sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens.

Nitsch wurde 1937 in Königsberg geboren. Seine ersten Lebensjahre verbrachte er in Langendorf bei Schippenbeil auf dem Bauernhof des Großvaters. Nach der Flucht lebte er von 1950 bis 1964 bei seinen Eltern in Bergheim/Erft. 1964 wanderte er in die Vereinigten Staaten aus. Nach 44 Jahren New York ist seit 2007 Chicago sein Wohnsitz. In seinem spannenden Roman nimmt er seine damalige kindliche Perspektive ein, aus der er die Übergriffe gegen die ost-

preußische Zivilbevölkerung, aber auch manche freundliche Geste der Russen wahrgenommen hat.

Der gottesfürchtige Großvater verlor seinen Lebenswillen, als er in Palmnicken von den Sowjets dazu abgeordnet wurde, die sterblichen Überreste von Juden zu exhumieren, die von der SS ermordet

und am Ostseestrand verscharrt worden waren.

Per Lkw wurde die Familie im Frühjahr 1946 nach Goldbach gebracht, wo die Mutter und die Tante auf der Kolchose arbeiten mussten. Immer mehr Russen wurden im Dorf angesiedelt, sodass sie endlich im Dezember 1948 in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands ausreisen durften. In Ost-Berlin erfuhren sie von Verwandten, dass der Vater und Ehemann den Krieg überlebt hatte und in Uelzen wohnte. Ihnen stand somit noch die verbotene Überquerung der von russischen Soldaten bewachten Grünen Grenze zur englischen Besatzungszone bevor. Es gelang. Die lange Flucht des Autors, seines Bruders und ihrer Mutter endete in einem Barackenlager in der Lüneburger Heide. Diverse Fähnisse mussten noch überwunden werden, bevor beide Eltern und die Kinder wieder vereint waren. Dagmar Jestrzemski



Gunter Nitsch: „Eine lange Flucht aus Ostpreußen“, Elert & Richter Verlag, Hamburg 2018, kartoniert, 380 Seiten, 12,95 Euro

Baedeker neu gestaltet

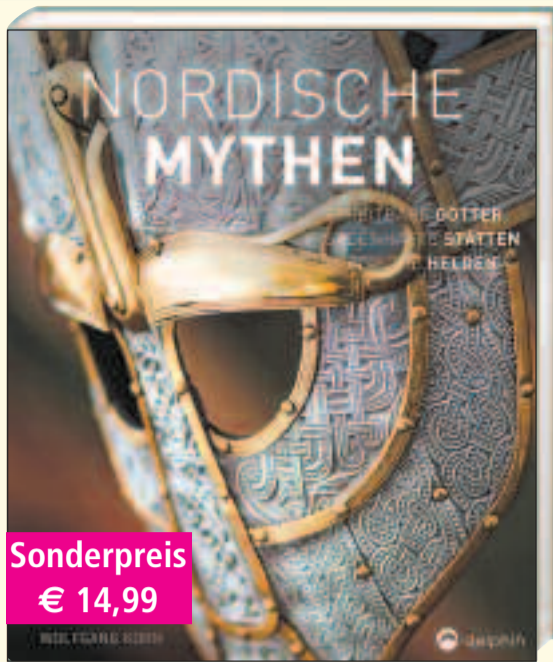
Neu ist der Baedeker Reiseführer zwar nicht, dafür kommt er aber mit einem völlig neuen Konzept daher. Waren die zwar mit umfangreichem Wissen ausgestatteten Führer früher etwas sperrig und nicht sehr lesefreundlich gestaltet, so ist es jetzt eine wahre Freude, darin zu stöbern.

Im Hamburg-Führer folgen einer allgemeinen Vorstellung der Hansestadt verschiedene Tourenvorschläge entlang der Sehenswürdigkeiten, bei denen der Besucher jedoch nicht nur Maritimes zu sehen bekommt, sondern das kanalenlernen, was Hamburg an Na-

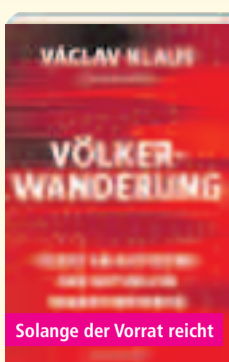
tur und Kultur zu bieten hat. Neu sind 3D-Grafiken von Bauwerken, wie dem Hamburger Michel, in denen Aufbau und Funktion der Gebäudeteile erklärt werden. Die einzelnen Kapitel sind spannend erzählt. Info-Kästen zu bestimmten Themen sowie zahlreiche Fotos lockern das Ganze auf. MRK



„Baedeker Reiseführer Hamburg. Mit Karte EASY ZIP“, Baedeker Verlag, Ostfildern, 18. Auflage 2018, broschiert, 290 Seiten, 21,99 Euro



Nordische Mythen
Streitbare Götter, sagenhafte Stätten, tragische Helden
 Die Erzählungen um König Artus und die Ritter der Tafelrunde, Hermann den Cherusker oder die Nibelungen haben bis heute nichts von ihrer Strahlkraft verloren. Doch was ist Sage, was Geschichte? Während sich die Kulturen der Kelten und Germanen dank neuester Forschung und spektakulärer Funde immer mehr erhellen, liegen die Ursprünge der ersten Siedler des Nordens noch weitgehend im Dunkeln. Wer waren die Erbauer so einzigartiger Kultstätten wie Stonehenge? Wo kamen sie her? Und hinterließen auch sie schon erste Mythen? Wolfgang Korn bringt Licht ins dunkle Zeitalter. Er geht den frühesten Quellen auf den Grund, erklärt den germanischen Götterhimmel, besucht magische Stätten und erläutert anhand archäologischer Funde, wie verwurzelt wir mit dieser uns fremden Zeit auch heute noch sind. Von den frühesten Kulturplätzen bis zu modernen Nibelungen-Adaptionen entfaltet sich ein farbenprächtiges Spektakel – Mythologie und Geschichte waren nie spannender! 336 Seiten
 Nr. P A1150 Gebunden 14,99 €



Völkerwanderung
 Kurze Erläuterung der aktuellen Migrationskrise
 96 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A1165 12,80 €

Allein nach Deutschland kam im Jahr 2015 über eine Million Migranten. Weitere Millionen Menschen machen sich auf den Weg nach Europa. Die Verantwortungslosigkeit der europäischen Politik mit Angela Merkel an der Spitze feuert die neue Völkerwanderung zusätzlich an. Statt die natürlichen Interessen souveräner Nationalstaaten zu pflegen, predigt die deutsche Kanzlerin einen fahrlässigen Willkommenseifer. Städte und Kommunen versuchen derweil verzweifelt, das Chaos zu verwalten. Die Bürger laufen ihren politischen Vertretern davon, und die Hegemonie deutschen Gefühlsdusels zerstört den Frieden Europas. Den protestierenden ost- und mitteleuropäischen Staaten droht Brüssel schon mit Sanktionen ... Dagegen ergriff einer der herausragenden Staatsmänner Europas das Wort. Der langjährige Präsident Tschechiens Václav Klaus fordert, sich von den barmherzigen Tagträumen zu verabschieden.



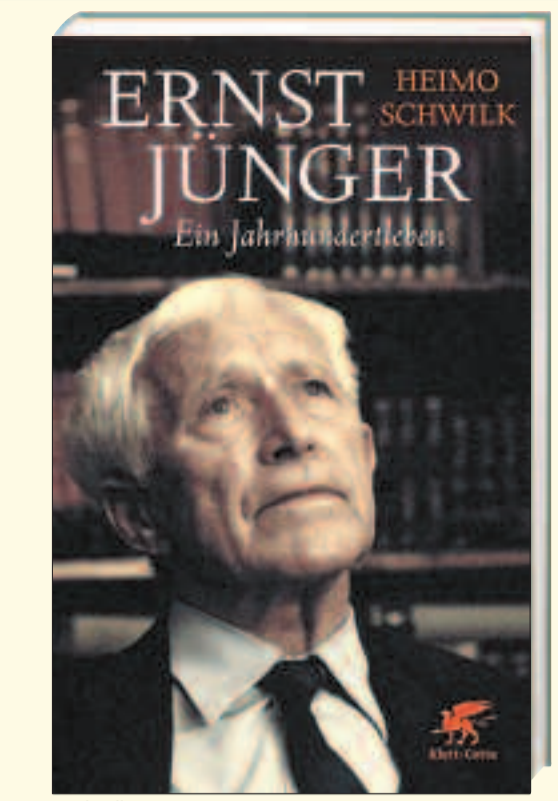
Sagen des klassischen Altertums
 960 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1162 9,95 €

Bis heute gilt sie als die maßgebliche Sammlung antiker Mythen in deutscher Sprache – Gustav Schwabs berühmte Nacherzählung der „Sagen des klassischen Altertums“. Dank ihrer Lebendigkeit und Detailfülle gehört sie seit Langem ähnlich den Märchen der Brüder Grimm zum Kanon der deutschen Literatur. Hier findet sich der gesamte Mythenschatz der antiken Welt: der Sagenkreis um den Trojanischen Krieg und die Gründung Roms ebenso wie die Argonautensage und die Geschichten von Herakles, Odysseus und Ödipus. Diese vollständige Ausgabe enthält alle drei Bände, die Schwab in den Jahren 1838 bis 1840 herausgab.

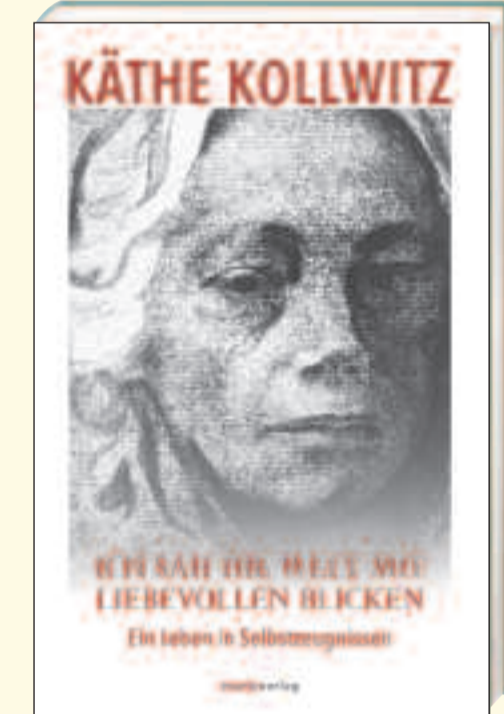


Ernst Jünger In Stahlgewittern
 296 Seiten
 Taschenbuch
 Nr. P A0719 19,00 €

Die Erlebnisse Ernst Jüngers vom Januar 1915 bis zum August 1918 an der Westfront spiegeln sich in den „Stahlgewittern“ wider: vom Grabenkrieg in der Champagne und der Schlacht bei Cambrai bis hin zu den Stoßtrupputernehmen in Flandern und zuletzt der Verleihung des Ordens „Pour le Mérite“ nach seiner Verwundung. „In Stahlgewittern“ machte ihn zum Helden einer Generation junger Offiziere, die alles gegeben hatten und am Ende bestenfalls das Eiserne Kreuz davontrugen. André Gide pries es als „das schönste Kriegsbuch, das ich je las“. Tatsächlich ähnelt es keinem anderen Buch der damaligen Zeit. Ein Buch ohne Mitleid und Pathos.



Ernst Jünger Ein Jahrhundertleben
 Ernst Jüngers Lebensbogen reichte vom Kaiserreich bis in die Berliner Republik. Mit seinem Kriegsbuch „In Stahlgewittern“ begründete er früh seinen Weltruhm. Seine literarischen Tagebücher machten ihn zu einem herausragenden Zeitzeugen der Epoche. Heimo Schwilks im In- und Ausland hochgelobte Biographie bezieht ihren Rang nicht nur aus einer tiefen Kenntnis von Quellen und Werk, sie dokumentiert auch seine langjährige, persönliche Beziehung zu dem großen Autor. Die vorliegende Neuauflage wurde aufgrund neuer Quellen überarbeitet, erweitert und mit einem neuen Vorwort des Verfassers versehen. 648 S.
 Nr. P A1193 Gebunden 25,00 €

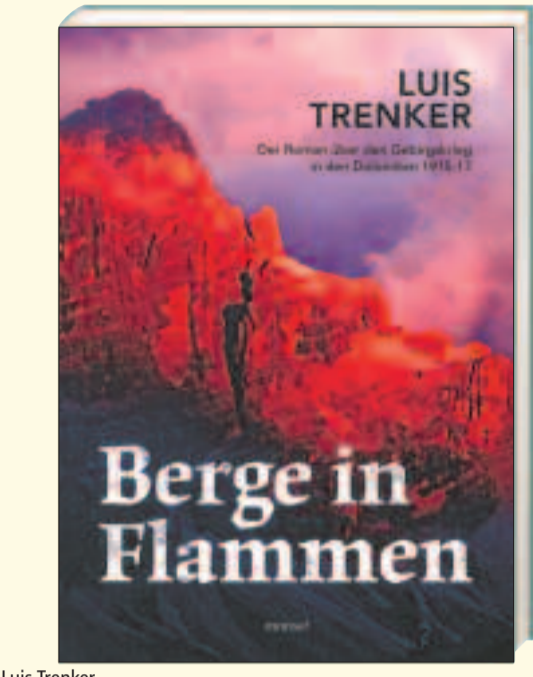


Käthe Kollwitz Ich sah die Welt mit liebevollen Blicken
 Ein Leben in Selbstzeugnissen
 Die Grafikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz zählt zu den bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Von ihren Zeitgenossen hoch geschätzt und 1919 als erste Frau in die Preußische Akademie der Künste gewählt, war sie 1933 weit über Deutschlands Grenzen hinaus anerkannt und musste doch erleben, dass ihre Kunst von den Nationalsozialisten aus der Öffentlichkeit verbannt wurde. In ihren Bildwerken ging es immer um das Leben, immer gegen Krieg und Gewalt. Ihre Tagebücher, in denen sie uns auf anrührende Weise Einblick in ihr Privatleben, in ihre Rolle als Mutter, Ehefrau und Künstlerin, in ihre Ansichten über Malerei und Politik gibt, rechnet Theodor Heuss zu den „wenigen und wohl bleibenden Veröffentlichungen dieser Gattung“. 420 Seiten
 Nr. P A1196 Gebunden 20,00 €

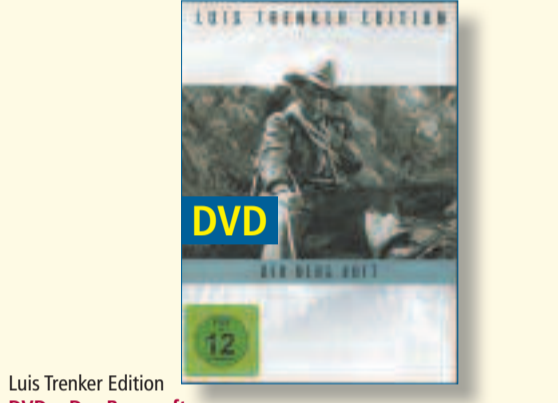


Königsberg Geschichte einer Weltrepublik
 736 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P 9585 17,50 €

Vor 750 Jahren wurde Königsberg gegründet, vor vielen Jahren verschwand es von der Landkarte: Mit dem Untergang Königsbergs in den letzten Wochen des 2. Weltkriegs fiel jene Stadt in Schutt und Asche, in der die moderne Philosophie, die moderne Literatur und die moderne Politik Deutschlands erfunden wurden. Königsberg ist für immer ausgelöscht, doch die Ideen Kants, Herders, Kleists, E.T.A. Hoffmanns, Hannah Arendts und vieler anderer Bürger dieser großartigen Stadt leben weiter. Ein epochales Buch, das Königsberg in unsere Gegenwart zurückholt.



Luis Trenker Berge in Flammen
 Der Roman über den Gebirgskrieg in den Dolomiten 1915-1917
 Mit der Kriegserklärung Italiens gegen Österreich 1915 werden die Alpen zum Kriegsgebiet. Der österreichische Bergführer Dimai und sein italienischer Freund Franchini werden so über Nacht zu Gegnern. Ohne voneinander zu wissen kämpfen sie an der Dolomitenfront bei Cortina gegeneinander. Die italienische Kompanie unter Franchini arbeitet sich mittels eines Stollens unter die Gipfelstellung der Österreicher vor, um sie mit siebzig Tonnen Sprengstoff in die Luft zu jagen. Dimai und seinen Kameraden auf dem Gipfel bleiben die Tunnelarbeiten der Italiener nicht verborgen, können aber nichts dagegen tun. Ihr Lage scheint aussichtslos, denn die Stellung muss „unter allen Umständen“ gehalten werden. Die Fotos im Text wurden der illustrierten Ausgabe des Romans aus dem Jahre 1931 entnommen. Sie illustrieren die Bedingungen des Gebirgskrieges anhand dokumentarischer Aufnahmen der Alpenfront aber auch anhand Szenenfotos aus dem Spielfilm „Berge in Flammen“. 242 Seiten.
 Nr. P A1201 Kartoniert 18,00 €



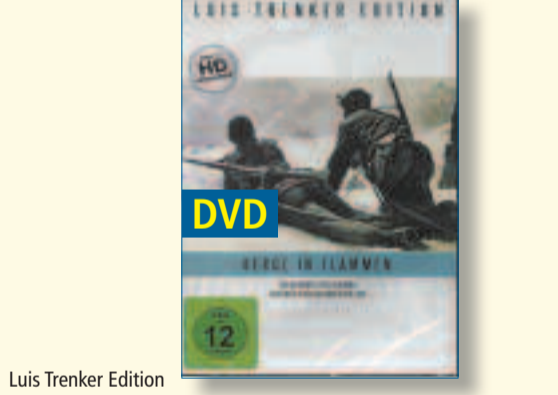
Luis Trenker Edition DVD – Der Berg ruft
 Dieses mitreißende Hochgebirgsdrama zeigt Luis Trenker in einer seiner berühmtesten Rollen: als italienischen Bergführer Tonio Carell. Im Mittelpunkt des Films steht der authentische Konkurrenzkampf zweier Seilschaften um die Erstbesteigung des Matterhorns. (Laufzeit: 94 Min.)
 Nr. P A1202 DVD 15,99 €



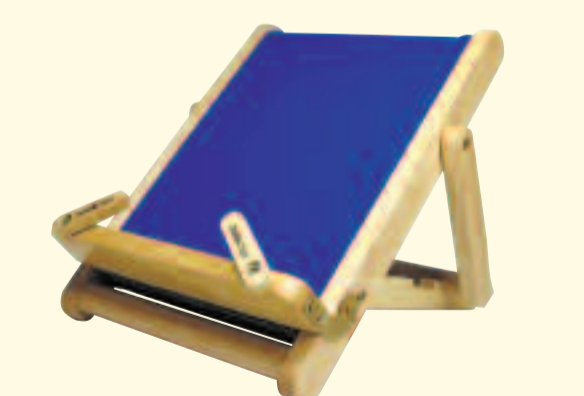
Das große Buch der Heilpflanzen
 Gesund durch die Heilkräfte der Natur
 Der große Pahlow – das Standardwerk der Heilpflanzen. Wissenswertes über 400 einheimische und fremdländische Heilpflanzen, ihre Inhaltsstoffe und Heilwirkung. Rezepte für Tees und Tinkturen, Anwendungsvorschläge für Bäder, Umschläge, Inhalationen. Heilpflanzen in der Homöopathie, ihre Anwendung und Dosierung. Ausführliches Beschwerden-Register – Wegweiser zur passenden Anwendung. Mit vielen Farbfotos und botanischen Zeichnungen. 528 Seiten
 Nr. P A1365 Gebunden 14,99 €



Etwas von den Wurzelkindern
 Am Jahresanfang weckt Mutter Erde die kleinen Wurzelkinder, dann werden die bunten Kleidchen genäht und die Käfer frisch bemalt und danach ist endlich der Frühling da! Seit über 100 Jahren begleiten die Wurzelkinder von Sibylle von Olfers Familien durch die Jahreszeiten. Ein zeitlos schöner Bilderbuch-Klassiker! 36 Seiten
 Nr. P A1222 Gebunden 4,95 €



Luis Trenker Edition DVD – Berge in Flammen
 Den österreichischen Bergführer Florian Dimai und den italienischen Grafen Arthur Franchini verbindet eine langjährige Freundschaft. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stehen sich die beiden plötzlich als Feinde gegenüber. (Laufzeit: 94 Min.)
 Nr. P A1203 DVD 12,99 €



Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
 Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm. Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung. Farbe des Bezugs: Blau
 Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 22,95 €



Leselupe mit Licht
 (ohne Batterie)
 Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
 Nr. P A0445 11,95 €



Schlüsselanhänger mit Wappen Pommern
 45 mm in der Diagonale
 Nr. P A0259 (1 Expl.) 4,95 €
 Nr. P A0260 (3 Expl.) 13,95 €



Leselampe (Farbe blau)
 Der lange schwenkbare Leuchtturm sorgt für eine flexible Ausrichtung des Lichts, die kräftige Klammer sorgt für sicheren Halt am Buchdeckel. Die Batterien sind nicht im Lieferumfang enthalten.
 Nr. P A1098 Leselampe 12,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Islam-Netzwerk an Uni Tübingen

Tübingen – Junge männliche Studenten am Islamzentrum der Uni Tübingen verlangen von ihren Mitstudentinnen, dass sie während der Lehrveranstaltungen der Sitzordnung in der Moschee entsprechend hinter den Männern sitzen. Das berichten die „Stuttgarter Nachrichten“. Außerdem berichtet das Blatt von einer Universitätsangestellten, die während des Ramadan eine Flasche Wasser auf ihrem Schreibtisch stehen hatte und deshalb von Studenten unter Druck gesetzt wurde. Ein muslimischer Professor rollte nicht nur seinen Teppich zum Gebet aus, sondern forderte obendrein die Studenten dazu auf, dies ebenfalls zu tun. Der Zeitung zufolge wächst am Islamzentrum „ein Netzwerk der Muslimbrüder“. Der Rektor der Universität, Bernd Engler, bestätigte die Vorfälle und erklärte, die Universitätsleitung werde zu Beginn des Wintersemesters auf die Studenten „in geeigneter Form einwirken“. Derartige Verhaltensweisen würden an einer staatlichen Universität in Baden-Württemberg nicht toleriert werden. Eine „Nähe zu verfassungsfeindlichen Positionen“ sehe er nicht. J.H.

ZUR PERSON

Ein Fall, der ein Zittern auslöst

Nach dem Tod des Millionärs Jeffrey Epstein werden in den USA einige Wirtschaftsleute und Politiker nach außen Trauer zeigen, innerlich aber erleichtert aufatmen. Ein Zeuge weniger, der ihnen mit seinen Aussagen über Sexaffären mit Minderjährigen gefährlich werden könnte.

Dass der Vermögensverwalter in einer New Yorker Gefängniszelle, in die er nach seiner Verhaftung wegen sexuellen Missbrauchs gesperrt wurde, sich selbst erhängt haben soll, bezweifeln Anhänger von Verschwörungstheorien. Nachdem man ihn zwei Wochen vorher nach einem möglichen Selbstmordversuch bewusstlos in seiner Zelle aufgefunden hatte, stand Epstein unter Totalüberwachung. Weil diese kurz vor seinem Tod aus unerfindlichen Gründen aufgegeben wurde, wittern jetzt viele Mord.

Warum sollte sich auch ein erfolgreicher Investmentbanker, der eine halbe Milliarde Dollar besitzt, mit 66 Jahren das Leben nehmen? Noch war er ja nicht verurteilt. Dem aus einem jüdischen Elternhaus in Brooklyn stammenden Epstein, der nach abgebrochenem Studium Mathematiklehrer war und danach groß ins Investmentgeschäft einstieg, drohten 45 Jahre Haft. Er soll Prominenten 14-jährige Mädchen zugeführt haben.

Nach einer ersten Anklage konnte er sich schon 2008 mit dem damaligen Bundesstaatsanwalt von Florida, Alexander Acosta, auf eine milde Strafe einigen. Als Epstein im Juli erneut angeklagt wurde, räumte Acosta wegen seinen damaligen Verstrickungen seinen neuen Posten als Arbeitsminister unter Donald Trump. Trump selbst stand mit Epstein früher auf gutem Fuß, ehe der Streit um eine Villa beide entzweite. Epstein war ohnehin ein Freund der Demokraten. In seiner Privat-Boeing, die inoffiziell „Lolita Express“ hieß, flog häufig Ex-Präsident Bill Clinton mit. (Siehe auch Seite 6.) H. Tews



Altöl und Altlasten

Gummiboot verzweifelt gesucht

Warum das Klima blubbert, dicke Diesel beliebt sind, Grüne viel fliegen und Greta fürstlich segelt / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Sagen wir mal so: Der Murks von heute ist ein – nun ja, ich hätte beinahe geschrieben „Fliegenschiss“. Das wäre ein gängiges Bild gewesen, bevor Alexander Gauland den eher harmlosen Fliegenschiss missbrauchte. Da hätte er sich besser auf die Zunge gebissen, wie er Teilen seiner Parteigänger berechnigt empfahl. Dann wäre ein Fliegenschiss nur ein Fliegenschiss geblieben. Merkwürdigerweise nimmt trotz des Insektensterbens die Zahl der Fliegenschisse zu. Diese Woche war voll davon.

Auch mit großer Mühe ist es kaum möglich, die Methanblasen zu zählen, die aus dem Klimaausgang blubbern. Jeden Tag werden wir überrascht mit einer neuen Idee. Eine überholt die andere. Flugscham und Kreuzfahrtscham, das überbeuerte Glück auf Schienen, das war gestern. Aktuell überlagern die SUV-Scham und Fleisch-Scham (was nun nicht das Gegenteil von Fleischelust ist). Jeder Prophet des baldigen Untergangs hat seine eigene Spielweise. Beispielsweise Maria Krautzberger, die Honorar-Kassandra vom Bundesumweltamt. Die mag keine dicken Autos. Und Sport Utility Vehicle (SUV, Geländelimosinen) mit Diesel schon gar nicht. Darum setzt Frau Krautzberger in ihrem Kampf für das Klima auf die SUV-Scham. Sie schlug vor, SUV-Fahrer mit einer Extrasteuer zu bestrafen. Je dicker der Motor, desto dicker die Rechnung der Kfz-Steuer. Fairerweise ist zu registrieren, dass Krautzberger mit ihrem Dienstfahrzeug in dieser Hinsicht kein Problem mehr haben dürfte. Sie wird in einem VW Passat mit Hybridantrieb chauffiert. Das war allerdings nicht immer so. Bis zum VW-Abgasskandal war sie in einem Audi A6 Ultra unterwegs. Schließlich war das Klima vor dem VW-Abgasskandal auch noch total in Ordnung. Wie sollte man da auf die Idee kommen, im unablässigen Kampf für die Umwelt könnte eine Limousine mit 190 PS nicht der angemessene fahrbare Untersatz sein? Ein Kohlendioxidstoß von 109 Gramm pro Kilometer, was ist das schon? Als es dann dem Diesel an den Auspuff ging, als Fahrverbote heraufschlammten, wurde der schwere Schlamm der Präsidenten des Umweltbundesamtes lästig. Sie

wünschte – durchaus löblich – einen klimaverträglichen Wagen. Was aber, wie sich herausstellte, gar nicht so einfach war. Denn für alles gibt es Vorschriften, auch für Größe und Ausstattung eines Dienstfahrzeuges. Und so musste die Präsidentin verwundert feststellen, dass ein nicht in der Liste geführter kleinerer Dienstwagen höhere Leasingraten hat als eine schwere Karosse. Ist alles eine Frage der Kosten. Da hat der Finanzminister den Daumen drauf. Und der hat von Audi, Mercedes und BMW für die fetten Karren so günstige Angebote, „da würde jeder Privatkunde neidisch“, bemerkte Maria Krautzberger. Ganz abgesehen davon, dass es eine Frage des Arbeitsschutzes ist, wenn der Fahrer sich in ein kleineres Auto zwingen muss. Eben, alles ist geregelt. Zum Glück für die Finanzbehörde ist Maria Krautzberger die Ausnahme, andere Chefs sind nicht so renitent. Der Fuhrpark der Bundesregierung und der obersten Behörden gehört nahezu durchgängig zur stark motorisierten Oberklasse, mit Diesel betrieben.

Aber warum sollten die Damen und Herren, die das Reisen mit der teuren, selten pünktlichen Deutschen Bahn preisen und selbst in den Flieger steigen, irgendwelche Skrupel plagen? Sie können sich die Bahnfahrt gar nicht leisten, wichtig und bedeutsam, wie sie sind. Ohne Flugzeug bekämen sie die Termine, bei denen ihre Anwesenheit zwingend erforderlich ist, nicht unter einen Hut. Da wäre nutzlos auf der Bahn verbummelte Zeit reine Verschwendung von Steuergeldern. So gesehen, ist es den Grünen hoch anzurechnen, dass ihre Abgeordneten pro Kopf häufiger auf Kosten der Steuerzahler flogen als alle anderen Volksvertreter. Aus gutem Grund, wie die Fraktion der Vielflieger erklärt: „Aufgabe von Abgeordneten ist es, sich umfassend zu informieren und auf einer validen Wissensgrundlage parlamentarische Initiativen auf den Weg zu bringen.“ Darauf muss man erst mal kommen.

Klar, man muss sich doch informieren für den Klimaschutz. Nur so kann man eine Initiative auf den Weg bringen, die uns die Lust am Grillabend gründlich nehmen soll.

Was Klimaschutz mit Ihrem Grillabend zu tun hat? Vergessen Sie diese Frage! Und stellen Sie sie niemals mehr! Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, wie viel Treibhausgas entsteht, nur damit Sie ein Steak auf dem Grill brutzeln können? Und: In den Ställen, auf den Weiden, überall steht viel zu viel Viehzeug herum, pausenlos damit beschäftigt, Methan zu produzieren. Dies schreckliche Pupsen und Rülpsen belastet die Umwelt mehr als Sie

denken. 7,3 Prozent der Treibhausgase in Deutschland entstehen in der Landwirtschaft. Die schrecklichen Flieger, egal ob billig oder teuer, bringen es lediglich auf ein Prozent. Da sieht man, wo die wahren Probleme liegen: im Stall. Also weg vom Fleisch. Nur leider verhält es sich auch in diesem Punkt wie bei den verdammten Dienst-Dieseln und schmutzigen Fliegern: Sie werden viel zu gerne genutzt. Übrigens: Der Fleischkonsum steigt gerade bei der Generation Schulstreik. Wenn Greta das wüsste.

Unser aller Klimagewissen, Greta Thunberg, bereitet sich gerade darauf vor, auf einer Rennyacht über den Atlantik gesegelt zu werden. Fliegen schadet dem Klima. So umweltbewusst ist Greta. Verantwortungsbewusst ist sie auch, Donald Trump wird sie drüben keine Audienz gewähren, weil das reine Zeitverschwendung wäre. Ihr Bewusstsein für andere Zusammenhänge scheint allerdings getrübt. Einer der Skipper, die Greta an Bord nehmen, ist Pierre Casiraghi. Für Leser, deren ständige Lektüre nicht die „Bunte“ ist, zur Erklärung: Pierre Casiraghi ist ein Enkel des Fürsten von Monaco, eines Zwergstaates, dessen eng aufstrebende Luxusbebauung jedes grüne Herz höherschlagen lässt. Pierre ist der Sohn von Prinzessin Caroline und Stefano Casiraghi, dessen Leidenschaft Offshore-Ren-

nen waren, ein Sport, dessen schonender Umgang mit der Umwelt gerühmt wird. Ja, und Sohn Pierre fuhr gerne Autorennen. Nicht mit Elektroautos, ein paar PS mehr durften es schon sein. Das ist für Greta der absolut passende Begleiter zum UN-Klimagipfel.

Nach all diesen sorgenvollen Bemühungen um das dahinsiechende Klima, nach all diesen nebensächlichen Widersprüchen wäre es wohl an der Zeit für einen konstruktiven Vorschlag, meckern kann schließlich jeder. Bitte, hier ist er: Wir machen die heiße Luft, die unablässig aus dem Klimaausgang ploppt, steuerpflichtig. Die zu erwartenden Mehreinnahmen werden selbstverständlich nur für Klimaschutz, Bildung und Kultur eingesetzt. Wenn dann noch Geld übrigbleibt, dann könnte man den Kauf eines aufblasbaren Gummiboots für jeden Bürger vorschlagen. Für den übermorgen erwarteten Fall, dass die Nordsee am Harzer Brocken plätschert. Wie, diesen Vorschlag finden Sie jetzt doch ein bisschen überzogen? Nun ja, in den 1950er Jahren wurde uns auch amtlich empfohlen, zum Schutz gegen einen atomaren Fallout eine Aktentasche auf den Kopf zu legen. Das war nicht komisch gemeint, weil damals fast jeder „Bio-Deutsche“ (Karl Lauterbach/ SPD) noch eine Aktentasche bei sich hatte.

Selbstverständlich hatte Fliegen-Lauterbach nicht im Zusammenhang mit der Atom-Aktentasche von Bio-Deutschen gesprochen. Solch feine Unterscheidungen der Bürger dieses Landes kannte man damals noch nicht, solch abwertende schon gar nicht. Lauterbach stört sich an „Bio-Deutschen“, die ihr Kind nicht neben ein Kind ohne Kenntnis der deutschen Sprache auf die Schulbank setzen möchten. Einwürfe wie dieser kommen bei sozialdemokratischen „Bio-Deutschen“ sicher gut an. Vorsichtshalber lässt die darben SPD schon mal die Hoffnung einer Morgenröte am Horizont auftauchen. Damit hat man Erfahrung. „Sonnenaufgang“ stand auf dem Programm, als in der DDR die Zwangsehe von SPD und KPD arrangiert wurde. Nun denkt man eher an eine grün-rot-rote Notgemeinschaft. Nur das mit der grünen Doppelspitze im Kanzleramt, das muss noch geregelt werden.

MEINUNGEN

Von Dunja Hayali in ihrer TV-Sendung (7. August) befragt, ob sie Verständnis dafür habe, dass es vielen Deutschen Sorge bereite, 50 Millionen weitere Asylsucher aufzunehmen, antwortete Asyl-Aktivistin Carola Rackete:

„Nee, eigentlich nicht.“

Gegenüber dem „Cicero“ (7. August) weist Astrid-Sabine Busse, Leiterin einer Berliner Grundschule und Vorsitzende des Interessenverbands Berliner Schulleitungen (IBS), auf das Problem Lehrermangel hin, dem zunehmend durch „Quereinsteiger“ abgeholfen werden muss:

„In Zukunft wird es grauhaft werden. Immer mehr Schulen greifen auf Quereinsteiger zurück. Wir haben noch Glück. Wir haben 2018 die ersten drei Quereinsteiger durchs Examen geführt. Ich denke, dass man zehn Prozent Quereinsteiger gut betreuen kann. Es gibt aber Schulen, da beträgt ihr Anteil schon die Hälfte. Das geht nicht.“

Der Volkswirt, Historiker und Politikwissenschaftler Bruno Bandulet klagt in der „Jungen Freiheit“ (9. August) Politiker und Notenbank der Euro-Zone an, die Deutschen ins wirtschaftliche Verderben zu führen:

„Die Deutschen werden sich noch wundern, wie hoch der für den Euro zu entrichtende Preis ausfallen wird. Gelddrucken, Nullzinsen, Umverteilung und Verarmung sind die Bedingungen seines Überlebens. Die Alternative bestünde darin, das misslungene Experiment zu beenden.“

In der „Welt“ (9. August) weist die frühere Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) auf einen blinden Punkt in der deutschen Debatte über Gewalt hin:

„Es sind nicht alle Migrantengruppen, die eine höhere Gewaltneigung aufweisen. Sondern es sind vor allem die, die aus einem islamisch geprägten Kulturkreis stammen. An diesem Punkt ist die Debatte nach wie vor verschämt.“

Der Militärljournalist Thomas Wiegold fordert in seinem Blog „Augen geradeaus“ (8. Juni), die Aussage, das Bundesverteidigungsministerium habe mit mehr als 150 Millionen Euro allein fast so viel Geld für Berater ausgegeben wie die übrigen Bundesministerien, differenziert zu betrachten:

„Die Einführung neuer Technologien wie die Private Cloud des Bundes, Architektorentwicklung in Bezug auf vorhandene Softwarelösungen und Lösungen für die Anpassung genutzter Verfahren hätten dabei im Mittelpunkt gestanden, sagt das Ministerium. Zu den Unterstützungsleistungen hätten aber auch (vermutlich zu einem geringen Teil) die Kosten für Firmen gehört, die mit ihrem Bagger den Schacht für eine Kabeltrasse aushoben. Nun kann man drüber streiten, ob die Bundeswehr solche Dinge selber können muss. Auf Dauer sicherlich mehr als bisher – aber die Expertise ziviler Softwareexperten wird auch der Bund, wie jedes Großunternehmen, vermutlich immer brauchen, weil es schlicht unwirtschaftlich wäre, für alles eigene Leute vorzuhalten. Die Brötchen für die Truppenverpflegung werden schließlich auch nicht von Soldaten in der Kaserne gebacken.“